

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 1

1. Der Begriff Verein 1

2. Der Begriff Verband 3

3. Der Verein in rechtshistorischer Sicht 3

4. Der Verein als Grundform aller privatrechtlichen Körperschaften 6

5. Arten, Strukturen und Betätigungen heutiger Vereine 7

5.1. Rechtsfähige und nichtrechtsfähige Vereine 7

5.2. Nichtwirtschaftliche und wirtschaftliche Vereine 7

5.3. »Werbender« Verein und Liquidationsverein 8

5.4. Weltlicher Verein und religiöser Verein bzw.
Weltanschauungsgemeinschaft 8

5.5. Monoverein 8

5.6. Mehrspartenverein 8

5.7. Hauptverein 9

5.8. Vereinsverband 9

5.9. Gesamtverein 10

5.10. Tätigkeitsgebiete von Vereinsverbänden und Gesamtvereinen ... 11

5.11. Heutige Verwendungsformen des Vereins 12

5.12. Internationaler Verband; Ausländerverein 12

5.13. Deutsche Sektionen ausländischer Personenvereinigungen 13

5.14. Der Verein als Kaufmann 13

A. Das private Vereinsrecht 15

I. Die Entstehung des rechtsfähigen Vereins 15

1. Die Vorgründungsgesellschaft 15

2. Die Vereinsgründung 16

2.1. Die Fähigkeit, Gründungsbeteiligter sein zu können 16

2.1.1. Unbeschränkt geschäftsfähige natürliche Personen 16

2.1.2. Geschäftsunfähige, beschränkt geschäftsfähige und unter
Betreuung stehende Personen 16

2.1.3. Juristische Personen 17

2.1.4. Andere Personengemeinschaften 18

2.1.5. Vertragliche Teiligungsbeschränkungen 18

2.1.6. Treuhänderische Gründungsbeteiligung 18

2.2. Der werdende Verein (Vorverein) 18

2.2.1. Der Vertragsschluss der Gründer 18

2.2.2. Der errichtete Vorverein 19

2.2.3. Die Beachtung staatlicher Vorschriften bei der Gründung
bestimmter Vereine 19

2.2.4. Die Rechtsnatur der Satzung 19

2.3. Mängel der Vereinsgründung 20

2.3.1. Erheblichkeit bis zur Erlangung der Rechtsfähigkeit 20

2.3.2. Unmaßgeblichkeit von Gründungsmängeln nach der
Erlangung der Rechtsfähigkeit 21

3. Der Verein im Stadium der werdenden juristischen Person 21

3.1. Der Vorverein 21

3.1.1. Begriff 21

Inhaltsverzeichnis

3.1.2.	Die Rechtsfähigkeit und zivilprozessuale Parteifähigkeit des Vorvereins	21
3.1.3.	Zweck und Dauer des Vorvereins	22
3.1.4.	Innenrecht des Vorvereins	22
3.1.5.	Außenrecht des Vorvereins	23
3.1.6.	Haftung der Mitglieder des Vorvereins und der für diesen Handelnden	23
3.1.6.1.	Haftung der Mitglieder des nichtwirtschaftlichen Vereins	23
3.1.6.2.	Haftung der Mitglieder des wirtschaftlichen Vorvereins	23
3.1.6.3.	So genannte Handelndenhaftung	24
4.	Voraussetzung für die Erlangung der Rechtsfähigkeit durch den nichtwirtschaftlichen Verein	25
4.1.	Die Eintragungsfähigkeit	25
4.1.1.	Der Normzweck der §§ 21, 22 BGB	25
4.1.2.	Idealverein und nichtwirtschaftlicher Verein	25
4.1.3.	Der Nachweis der nichtwirtschaftlichen Vereinsbetätigung	26
4.1.4.	Fälle nichtwirtschaftlicher Vereinsbetätigung	26
4.2.	Die Abgrenzung des nichtwirtschaftlichen Vereins vom Wirtschaftsverein	28
4.2.1.	Allgemeines	28
4.2.2.	Abgrenzungskriterien	28
4.2.3.	Innerer Geschäftsbetrieb	29
4.2.4.	Eigenvermögensverwaltung	30
4.2.5.	Halten von Beteiligungen	30
4.3.	Wirtschaftliche Vereinsbetätigungen	32
4.3.1.	Die unternehmerische Betätigung	32
4.3.2.	Wirtschaftliche Vereinsaktivitäten infolge Binnenmarktstätigkeit	34
4.3.3.	Wirtschaftliche Vereinsaktivitäten infolge genossenschaftsähnlicher Kooperation	36
4.4.	Das Nebentätigkeitsprivileg	37
4.4.1.	Bedeutung	37
4.4.2.	Voraussetzungen für das Eingreifen	37
5.	Die Erlangung der verbandsrechtlichen Rechtsfähigkeit durch Eintragung im Vereinsregister	38
5.1.	Die Anmeldung des Vereins	38
5.1.1.	Die Anmeldepflicht	38
5.1.2.	Das zuständige Amtsgericht (Registergericht)	39
5.1.3.	Die Anmeldung des Vereins durch den Vorstand	40
5.1.4.	Die Vertretung der Vorstandsmitglieder	41
5.1.5.	Der Inhalt der Anmeldeerklärung; die Unterschriftsbeglaubigung; die Einreichung durch den Urkundsnotar	41
5.1.5.1.	Der Inhalt der Anmeldeerklärung; die Unterschriftsbeglaubigung	41
5.1.5.2.	Das Antragsrecht der Notare	42
5.1.6.	Die der Anmeldung beizufügenden Urkunden	42
5.1.6.1.	Der Nachweis von mindestens sieben Mitgliedern	42
5.1.6.2.	Vorzulegende Urkunden	43
5.1.7.	Rechtsnatur der Anmeldung	44
5.2.	Die Prüfung der Anmeldung des Vereins durch das Registergericht	45

5.2.1.	Die Zuständigkeit des Rechtspflegers	45
5.2.2.	Der Rechtsgrund und die Notwendigkeit der Prüfung	45
5.2.3.	Allgemeine Grundsätze zum Gegenstand und Umfang der Prüfung sowie deren Zeitpunkt	45
5.2.4.	Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Anmeldung	47
5.2.4.1.	Form der Anmeldungen	47
5.2.5.	Die Anmeldungen und Einreichungen beim Registergericht in elektronischer Form	47
5.2.6.	Die Prüfung der formellen und materiellen Ordnungsmäßigkeit der Gründung des Vorvereins oder des Bestands eines älteren nichtrechtsfähigen Vereins, der die Eintragung anstrebt	48
5.2.7.	Die Prüfung des Rechtsbestands der Satzung	48
5.2.7.1.	Der Gesetzesverstoß	48
5.2.7.2.	Der Verstoß gegen allgemeine Grundsätze des Vereinsrechts (Körperschaftsrechts)	50
5.2.7.3.	Die Prüfung und Behandlung teilnichtiger Satzungen	50
5.2.8.	Die Prüfung der nichtwirtschaftlichen Vereinsbetätigung; Erholung einer Stellungnahme	51
5.3.	Die Beanstandung der Anmeldung durch Zwischenverfügung; die Aussetzung des Eintragsverfahrens	51
5.3.1.	Die Zwischenverfügung; Beschlusserfordernisse	51
5.3.2.	Die Anfechtung der Zwischenverfügung durch den Vorverein . . .	52
5.3.3.	Satzungsänderungen auf Grund der Beanstandung	53
5.3.4.	Die Aussetzung des Eintragsverfahrens	53
5.4.	Die Zurückweisung der Anmeldung des Vereins	53
5.4.1.	Verfahrensgrundsätze	53
5.4.2.	Die Anfechtung	54
5.4.3.	Unzulässigkeit und Zulässigkeit der Wiederholung eines abgelehnten Eintragungsantrags	54
5.5.	Wegfall der Beteiligung der Verwaltungsbehörde	54
5.6.	Die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister	55
5.6.1.	Sachliche, örtliche und funktionelle Zuständigkeit	55
5.6.2.	Grundsätze zur Registereintragungsfähigkeit	55
5.6.3.	Der Anspruch auf Eintragung	56
5.6.4.	Die Verfügung der Eintragung	56
5.6.5.	Der gesetzlich notwendige Eintragungsinhalt	56
5.6.6.	Nicht eintragungsfähige Tatsachen	59
5.6.7.	Die konstitutive Wirkung der Eintragung des Vereins, die nur deklaratorische Wirkung der weiteren Eintragungen	59
5.6.8.	Angabe des Tages der Eintragung und Unterschrift	59
5.7.	Die Rechtswirkungen der Eintragung	59
5.7.1.	Das Entstehen einer juristischen Person	59
5.7.2.	Beseitigung der Rechtswirkungen der Eintragung	61
5.7.3.	Die Pflicht zur Führung des Namenszusatzes »eingetragener Verein«	61
5.7.4.	Die Bekanntmachung der Eintragung an den Verein und Aufbewahrung von Dokumenten, Bekanntmachung der Ersteintragung	61
5.7.5.	Die Mitteilung der Eintragung bei möglichen Ausländervereinen und bei ausländischen Vereinen sowie bei Vereinen, die sich mit dem Abschluss von Versicherungen befassen	62

5.7.6.	Steuerliche Anzeigepflicht	62
5.8.	Rechtsmittel im Zusammenhang mit der Eintragung.	62
5.9.	Erreichbarkeit des Vereins	63
5.10.	Das Legitimationszeugnis für den Vorstand	63
6.	Die Verleihung der Rechtsfähigkeit an einen wirtschaftlichen Verein sowie an einen ausländischen Verein	64
6.1.	Die Verleihung der Rechtsfähigkeit an einen inländischen Wirtschaftsverein	64
6.1.1.	Allgemeines	64
6.1.2.	Die für die Verleihung zuständigen Behörden	64
6.1.3.	Der Verleihungsantrag und die vorzulegenden Urkunden	66
6.1.4.	Die Prüfung der Verleihungsbehörde	66
6.1.5.	Das Ermessen der Verleihungsbehörde; Ausnahmen.	68
6.1.6.	Die Verleihung der Rechtsfähigkeit	69
6.1.7.	Die Zulässigkeit von Nebenbestimmungen	69
6.1.8.	Kosten	70
6.1.9.	Steuerliche Anzeigepflicht	70
6.1.10.	Die Aufhebung des Verwaltungsakts der Verleihung.	70
6.2.	Die Anfechtung von Nebenbestimmungen des Verleihungsakts, der Versagung der Verleihung sowie der Aufhebung der Verleihung	71
6.2.1.	Ziele der Anfechtung	71
6.2.2.	Das Widerspruchsverfahren und die verwaltungsgerichtliche Klage	71
6.3.	Einsicht in die bei der Verleihungsbehörde eingereichte Satzung und in sonstige den Verein betreffende Schriftstücke	72
7.	Sonderfall: Die Erlangung der privaten Rechtsfähigkeit der Landesinnungsverbände und des Bundesinnungsverbandes durch staatliche Genehmigung der Satzung	72
7.1.	Rechtshistorisches	72
7.2.	Die Erlangung der Rechtsfähigkeit durch staatliche Genehmigung der Satzung	72
7.3.	Nur teilweise Anwendung des Rechts der privaten Vereine.	73
7.4.	Rechtswegzuständigkeit	73
8.	Bedeutung, Inhalt und Umfang der Rechtsfähigkeit	73
8.1.	Die Bedeutung der Rechtsfähigkeit für den Verein.	73
8.1.1.	Die Identitätstheorie und die Kontinuitätstheorie	73
8.1.2.	Der Übergang der vom Vorverein begründeten Rechtsverhältnisse einschließlich der Verbindlichkeiten auf den rechtsfähigen Verein	74
8.1.3.	Prozesse	75
8.2.	Inhalt und Umfang der Rechtsfähigkeit.	75
8.2.1.	Allgemeines; die »ultra-vires-Lehre«	75
8.2.2.	Die Rechtsfähigkeit im privatrechtlichen Bereich	76
8.2.3.	Die Rechtsfähigkeit im Bereich des öffentlichen Rechts	78
9.	Die staatliche Anerkennung bestimmter Vereine	79
9.1.	Die Anerkennung als Tätigkeitsvoraussetzung	79
9.1.1.	Lohnsteuerhilfvereine	79
9.1.2.	Betreuungsvereine	80
9.1.3.	Vereinsvormundschaft	80
9.1.4.	Schießsportverbände	80
9.2.	Die Anerkennung als Voraussetzung staatlicher Förderung.	80
9.2.1.	Tierzuchtvereine	80

9.2.2.	Forstbetriebsgemeinschaften.	80
9.2.3.	Erzeugergemeinschaften.	81
9.3.	Anerkennung als Voraussetzung für eine Verfahrensbeteiligung . . .	81
9.4.	Anerkennung von Vereinen nach Landesrecht	81
II.	Das für den Verein verbindliche Recht.	82
1.	Grundsätze des staatlichen Verfassungsrechts.	82
1.1.	Die Vereinsautonomie	82
1.2.	Die Satzungsautonomie	82
1.3.	Die Satzungsgestaltungsfreiheit als Kernstück der Vereinsautonomie	82
1.4.	Zulässige Einschränkungen durch staatliche Regelungen	83
2.	Die Verfassung des Vereins	83
2.1.	Begriff und Bedeutung der Vereinsverfassung.	83
2.2.	Die notwendige satzungsmäßige Regelung der Vereinsorganisation . . .	84
2.3.	Die notwendige satzungsmäßige Regelung der Mitgliedschaft . . .	86
2.4.	Notwendigkeit einer Satzungsregelung auf Grund der Betätigung des Vereins	86
2.5.	Zwingende gesetzliche Bestandteile der Vereinsverfassung	86
2.6.	Weitere disponible gesetzliche Verfassungsbestandteile.	87
3.	Das vom Verein kraft seiner Autonomie gesetzte Recht	88
3.1.	Die Rechtsnatur des vereinsrechtlichen Binnenrechts.	88
3.2.	Die Selbstregelungsbefugnis durch satzungsgleiche oder satzungsnachrangige Ordnungen	90
3.3.	Die Beachtung des Bestimmtheitsgrundsatzes	90
4.	Die Vereinssatzung	90
4.1.	Die Satzung im materiellen und formellen Sinne	90
4.2.	Unechte Satzungsbestandteile	90
4.3.	Der Mindestinhalt der Satzung	91
4.4.	Die Verbindlichkeit von Fremdsatzungen; die Übernahme von Mustersatzungen	92
4.5.	Die Grenzen der Satzungsgestaltungsfreiheit; die richterliche Inhaltskontrolle	92
4.6.	Die Auslegung der Satzung	93
4.7.	Die Auslegung der Satzung in der Rechtsbeschwerde- und in der Revisionsinstanz.	94
4.8.	Teilnichtigkeit der Satzung; salvatorische Klauseln.	94
4.9.	Die Satzungsergänzung	95
4.10.	Undurchführbarkeit einer Satzungsbestimmung	95
5.	Vereinsregelungen außerhalb der Satzung	95
5.1.	Vereinsordnungen mit Satzungsqualität; erforderliche Einreichung beim Registergericht	95
5.2.	Unwirksamkeit von nicht zum Satzungsbestandteil erklärten Vereinsordnungen	96
5.3.	Satzungsnachrangige Vereinsordnungen.	97
5.4.	Übernahme von Fremdordnungen.	98
5.5.	Vereinsregelungen zur Ausführung von Vereinsordnungen.	99
5.6.	Möglichkeit der Kenntnisnahme von Vereinsordnungen	99
6.	Die Geschäftsordnung.	99
6.1.	Kein einheitlicher Begriff.	99
6.2.	Kompetenz zum Erlass und zur Änderung von Geschäftsordnungen	100
6.3.	Verbindlichkeit und Verletzung der Geschäftsordnung.	101

7.	Die Verbindlichkeit der Satzung und der Vereinsordnungen	101
7.1.	Der Geltungsbereich beim Verein mit nur eigener Satzung oder Nebenordnung.	101
7.2.	Die Verbindlichkeit der Satzung des Mehrspartenvereins beim Vorhandensein einer Abteilungssatzung	102
7.3.	Die Verbindlichkeit mehrerer Satzungen bei Gesamtvereinen. . . .	102
7.4.	Die Verbindlichkeit des Regelungswerks eines übergeordneten Vereinsverbands für die Einzelmitglieder der Mitgliedsvereine . . .	102
7.5.	Die Verbindlichkeit von Verbandsrecht für Nichtmitglieder durch einzelvertragliche Anerkennung	103
8.	Das Vereinsgewohnheitsrecht (Observanz) als Quelle des Vereinsrechts	103
8.1.	Der Begriff ständige Übung.	103
8.2.	Der Begriff Vereinsgewohnheitsrecht	104
8.3.	Der persönliche Geltungsbereich des Vereinsgewohnheitsrechts. .	104
8.4.	Rangordnung und sachlicher Geltungsbereich des Vereinsgewohnheitsrechts.	105
8.5.	Die Veränderung und die Unverbindlichkeit der ständigen Übung und des Vereinsgewohnheitsrechts	106
9.	Der Name, Sitz und Zweck des Vereins sowie der Namensschutz	106
9.1.	Der Vereinsname	106
9.1.1.	Die grundsätzlich freie Namenswahl	106
9.1.2.	Das Erfordernis der deutlichen Unterscheidbarkeit von Namen der Vereine in der gleichen Gemeinde	108
9.1.3.	Der Grundsatz der Namenswahrheit	109
9.2.	Der Schutz des Vereinsnamens.	113
9.2.1.	Gesetzesvorschrift.	113
9.2.2.	Persönlicher Schutzbereich.	113
9.2.3.	Erweiterter sachlicher Anwendungsbereich.	113
9.2.4.	Beginn und Ende des Namensschutzes.	114
9.2.5.	Bestreiten des Vereinsnamens	115
9.2.6.	Namensanmaßung.	115
9.2.7.	Einzelfälle	115
9.2.8.	Schutz der Vereinswappen und Vereinsemele	116
9.2.9.	Bezeichnungsschutz nach § 15 MarkenG.	116
9.2.10.	Der Namensschutz politischer Parteien	117
9.2.11.	Der gerichtliche Schutz	117
9.3.	Der Sitz des Vereins	118
9.3.1.	Die erforderliche Festlegung des Sitzungssitzes	118
9.3.2.	Die grundsätzlich freie Wahl des Sitzungssitzes und die Grenzen der Festlegung	118
9.3.3.	Grundsätze für die Festlegung des Sitzungssitzes	119
9.3.4.	Die Verlegung des Sitzungssitzes als Satzungsänderung	119
9.3.5.	Die Sitzverlegung eines rechtsfähigen Wirtschaftsvereins in ein anderes Bundesland	119
9.3.6.	Die Sitzverlegung ins Ausland	120
9.3.7.	Die Sitzverlegung eines ausländischen Vereins in das Inland. . . .	120
9.3.8.	Registertechnische Behandlung der Sitzverlegung	120
9.3.9.	Rechtliche Anknüpfungen an den Sitzungssitz.	120
9.3.10.	Andere Anknüpfungen hinsichtlich der Vereinstätigkeit als an den Sitzungssitz	121
9.3.10.1.	Der Verwaltungssitz	121
9.3.10.2.	Bedeutung des Verwaltungssitzes	121
9.3.10.3.	Anknüpfungen bei unternehmerischer Tätigkeit des Vereins	122

9.3.10.4.	Zuständigkeit der Verbotsbehörde	122
a)	Zuständigkeit des Handelsregistergerichts	122
b)	Zuständigkeit des Insolvenzgerichts	122
c)	Zuständigkeit des Finanzamtes.	122
d)	Örtliche Zuständigkeit des Unfallversicherungsträgers	122
9.4.	Der Zweck des Vereins.	123
9.4.1.	Vereinszweck und Vereinstätigkeit	123
9.4.2.	Die freie Festlegung des Vereinszwecks und die Grenzen	124
10.	Die Änderung der Satzung	125
10.1.	Die grundsätzliche Abänderbarkeit.	125
10.1.1.	Der Ausschluss durch die Satzung	125
10.1.2.	Die Grenzen der Abänderbarkeit	125
10.2.	Die Begriffe Satzungsänderung und Zweckänderung	125
10.2.1.	Die Änderung korporativer Satzungsbestandteile	125
10.2.2.	Der Begriff Satzungsänderung	125
10.2.3.	Der Begriff Zweckänderung.	126
10.3.	Das formelle Recht der Satzungsänderung einschließlich der Zweckänderung	127
10.3.1.	Das zuständige Organ	127
10.3.2.	Die Ankündigung in der Tagesordnung	128
10.3.3.	Die Mehrheitsverhältnisse bei der Satzungsänderung	128
10.3.4.	Die Mehrheitsverhältnisse bei der Zweckänderung.	129
10.3.5.	Protokollierung	130
10.3.6.	Zur Zustimmung Dritter bei Satzungsänderungen (Zweckänderungen)	131
10.3.7.	Satzungsänderungen beim Vorverein sowie beim Verein im Liquidations- und Insolvenzstadium	131
10.3.8.	Befristete, bedingte und rückwirkende Satzungsänderungen	131
10.3.9.	Zur Bindung an den satzungsändernden Beschluss vor der Eintragung bzw. der staatlichen Genehmigung.	132
10.3.10.	Die Prüfungen des Vorstands vor der Anmeldung	132
10.4.	Die Anmeldung und Eintragung der Satzungsänderung beim e ingetragenen Verein	133
10.4.1.	Die Bedeutung des § 71 BGB	133
10.4.2.	Die erforderliche Anmeldung.	134
10.4.3.	Der anmeldende Vorstand	134
10.4.4.	Gerichtszuständigkeit; Form und Inhalt der Anmeldung; beizufügende Urkunden.	135
10.4.5.	Die Rücknahme der Anmeldung	136
10.4.6.	Die Prüfung des Registergerichts	136
10.4.7.	Die Prüfungen bei einer Sitzverlegung in den Bezirk eines anderen Registergerichts und innerhalb des gleichen Gerichtsbezirks	137
10.4.8.	Die Zwischenverfügung und ihre Anfechtung; die Mängelbehebung	137
10.4.9.	Die Zurückweisung der Anmeldung und ihre Anfechtung.	138
10.4.10.	Das Verlangen nach einer fortlaufend lesbaren Satzung	138
10.4.11.	Der Inhalt der Eintragungen und deren Bekanntmachung.	138
10.4.12.	Keine Anfechtung der Eintragung	139
10.4.13.	Die Wirkung der Eintragung	139
10.4.14.	Insbesondere: Das Wirksamwerden ausführender Beschlüsse	140
10.4.15.	Die Mitteilungspflicht bei Ausländervereinen	140

10.5.	Die staatliche Genehmigung bei kraft Verleihung rechtsfähigen Vereinen.	140
10.6.	Die Pflicht des Vorstands zur Mitteilung einer Satzungsänderung	141
10.7.	Sonderfälle.	141
10.7.1.	Vereinsabsaltungen.	141
10.7.2.	Die Ausgliederung von Vereinsabteilungen.	142
10.7.3.	Satzungsdurchbrechungen	142
10.7.3.1.	Der Begriff.	142
10.7.3.2.	Die zustandsbegründende Satzungsdurchbrechung	142
10.7.3.3.	Die punktuelle Satzungsdurchbrechung.	143
10.7.4.	Faktische Satzungsdurchbrechung	143
10.7.5.	Keine Verpflichtung Dritten gegenüber zur Satzungsänderung.	144
III.	Die Mitgliedschaft im Verein.	145
1.	Das Wesen der Mitgliedschaft	145
1.1.	Die Mitgliedschaft als Rechtsverhältnis zum Verein	145
1.2.	Die Mitgliedschaft als subjektives Recht und als sonstiges Recht i. S. d. § 823 Abs. 1 BGB.	146
1.3.	Nur eine Mitgliedschaft im gleichen Verein	146
1.4.	Rechtsbeziehungen unter Mitgliedern	146
1.5.	Der höchstpersönliche Charakter der Mitgliedschaft	146
1.6.	Die Übertragung und Vererbung der Mitgliedschaft sowie Überlassung der Ausübung der Mitgliedschaftsrechte bei satzungsmäßiger Gestattung.	148
2.	Arten von Mitgliedschaften	150
2.1.	Die »gewöhnliche« Mitgliedschaft und die Selbstorganschaft ...	150
2.2.	Ordentliche Mitgliedschaften.	150
2.2.1.	Inhalt einer ordentlichen Mitgliedschaft.	150
2.2.2.	Die ordentliche Mitgliedschaft unter Beschränkung auf eine Vereinsabteilung.	150
2.2.3.	Die auf korporative Mitglieder beschränkte Mitgliedschaft (Vereinsverbände)	151
2.3.	Die automatisch erworbene Mehrfachmitgliedschaft	151
2.3.1.	Zentralverein/Gesamtverein mit eingegliederten Zweigvereinen	151
2.3.2.	Satzungsmäßige Doppel- oder Mehrfachverankerung.	151
2.3.3.	Die durch jeweiligen Beitritt begründete Doppelmitgliedschaft.	152
2.3.4.	Faktische Doppelmitgliedschaften	152
2.4.	Mitgliedschaften anderer Art als Vollmitgliedschaften	152
2.4.1.	Die satzungsmäßige Grundlage einer außerordentlichen Mitgliedschaft	152
2.4.2.	Mindestrechte bei einer außerordentlichen Mitgliedschaft	153
2.5.	Einzelne außerordentliche Mitgliedschaften	153
2.5.1.	Auswärtiges Mitglied	153
2.5.2.	Förderndes Mitglied.	153
2.5.3.	Gastmitglied	153
2.5.4.	Jugendmitglied.	154
2.5.5.	Korrespondierendes Mitglied	154
2.5.6.	Passives Mitglied	154
2.5.7.	Probemitglied	154
2.6.	Die Zahl der Vereinsmitglieder.	154

2.7.	Das Ehrenmitglied; der Ehrenvorstand.	155
2.7.1.	Die bloße Ehrung ohne mitgliedschaftlichen oder organschaftlichen Bezug.	155
2.7.2.	Die Ehrung als Sonderrecht	156
2.7.3.	Ehrung ohne Sonderrechtscharakter.	156
2.8.	Mittelbare bzw. indirekte Mitgliedschaften sowie mitgliedschaftsähnliche Rechtsverhältnisse.	156
2.8.1.	Begriff und Notwendigkeit der mittelbaren Mitgliedschaft.	156
2.8.2.	Die Begründung von mittelbaren Mitgliedschaften bzw. von mitgliedschaftsähnlichen Rechtsverhältnissen.	157
2.8.2.1.	Die Vertragslösung im nichtarbeitsrechtlichen Bereich bei mittelbaren Mitgliedern.	157
2.8.2.2.	Vertragsverhältnisse bei Mitgliedern und Nichtmitgliedern	157
2.8.2.3.	Die nichtarbeitsrechtliche Vertragslösung bei Außenstehenden; mitgliedschaftsähnliche Rechtsverhältnisse.	158
2.8.2.4.	Die Vertragslösung im arbeitsrechtlichen Bereich, insbesondere die Vereinbarung von Vertragsstrafen	159
2.9.	Die Quasi-Mitgliedschaft bei Fremdorganschaft	160
2.9.1.	Die notwendige Mitgliedschaft	160
2.9.2.	Umfang mitgliedschaftlicher Rechte und Pflichten	161
2.9.3.	Erforderliche Vertragsgestaltung.	161
3.	Die Mitgliederrechte	161
3.1.	Arten von Mitgliedschaftsrechten.	161
3.1.1.	Allgemeine Mitgliedschaftsrechte und Sonderrechte.	161
3.1.2.	Die Mitverwaltungsrechte	162
3.1.3.	Die Schutzrechte	162
3.1.4.	Die Wertrechte.	162
3.1.5.	Die Drittgläubigerrechte	163
3.1.6.	Die gläubigerrechtsähnlichen Wertrechte bzw. die Gläubigerrechte auf Grund Vereinsmitgliedschaft	163
3.2.	Die Änderung, Einschränkung und Entziehung der Mitgliedschaftsrechte durch den Verein	164
3.2.1.	Allgemeines und Vergleich mit verwandten Rechtsgebieten	164
3.2.2.	Der Stand der herrschenden Ansicht im Vereinsrecht.	165
3.2.3.	Absolut unentziehbare Mitgliedschaftsrechte	166
3.2.4.	Relativ unentziehbare Mitgliedschaftsrechte.	166
3.2.5.	Grundsätze für die Abänderung anderer Mitgliedschaftsrechte durch den Verein	166
3.2.6.	Keine einseitige Abänderbarkeit von Drittgläubigerrechten und gläubigerrechtsähnlichen Rechten.	168
3.2.7.	Schadensersatzanspruch bei unberechtigter Verletzung von Mitgliedschaftsrechten durch Vereinsorgane.	168
3.3.	Der Gleichbehandlungsgrundsatz	168
3.3.1.	Der Anspruch des Mitglieds auf Gleichbehandlung	168
3.3.2.	Der Inhalt des Anspruchs; zulässige Differenzierungen.	169
3.3.3.	Die Rechtsfolgen einer ungerechtfertigten Ungleichbehandlung	170
3.3.4.	Gleichbehandlung auf Grund höherrangigen EU-Rechts	171
3.4.	Sonderrechte eines Mitglieds oder einer Mitgliedergruppe	171
3.4.1.	Der Begriff Sonderrecht	171
3.4.2.	Keine Vorzugsrechte für alle Mitglieder	172
3.4.3.	Keine Vorzugsrechte: erlangte Erlaubnisse, Lizenzen oder sportliche Qualifikationen	172

3.4.4.	Keine Sonderrechte bei allgemeinen Mitgliedschaftsrechten.	172
3.4.5.	Keine Sonderrechte: die Drittgläubigerrechte und die gläubigerrechtsähnlichen Wertrechte	173
3.4.6.	Die Entstehung des Sonderrechts.	173
3.4.7.	Einzelne Sonderrechte	174
3.4.7.1.	Mitverwaltungsrechte.	174
3.4.7.2.	Vermögensrechtliche Vorteilsrechte	175
3.4.8.	Die Schutzwirkungen des Sonderrechts	175
3.4.9.	Die grundsätzlich erforderliche Zustimmung des Sonderbegünstigten zur Beeinträchtigung seines Rechts.	176
3.4.10.	Die Rechtsfolgen der erforderlichen, aber fehlenden Zustimmung	176
3.4.11.	Der Wegfall des Sonderrechts durch Beendigung der Mitgliedschaft	176
3.4.12.	Die Einschränkung oder die Entziehung des Sonderrechts durch den Verein ohne Zustimmung des Begünstigten.	176
3.4.13.	Der gerichtliche Rechtsschutz des Sonderberechtigten	177
4.	Mitgliederpflichten	177
4.1.	Rechtsgrundlagen für Mitgliederpflichten	177
4.2.	Die Beitragspflicht	177
4.2.1.	Der Begriff Beitrag.	177
4.2.2.	Die erforderliche Festlegung von Beitragspflichten in der Satzung; Beitragsordnung	179
4.2.3.	Sonderfall: Gespaltene Beitragspflicht	180
4.2.4.	Steuerliche Hinweise	181
4.2.5.	Beitragsänderung	182
4.2.6.	Beginn und Ende der Beitragspflicht sowie deren Wiederaufleben.	183
4.2.7.	Keine Verpflichtung eines Dritten durch Satzungsanordnung	183
4.2.8.	Der Anspruch auf Beitragszahlung	184
4.2.8.1.	Zahlungsverzug	184
4.2.8.2.	Verjährung; Verwirkung.	185
4.2.8.3.	Zurückbehaltung, Abtretung, Aufrechnung, Pfändung	185
4.3.	Die Pflicht zur Zahlung von Umlagen; keine Zahlungspflicht bei Fälligestellung nach dem Ausscheiden	185
4.4.	Zur Verpflichtung Vereinsschulden zu begleichen	186
4.5.	Mitverwaltungspflichten	186
4.6.	Sonstige satzungsmäßig angeordnete Pflichten.	187
4.7.	Die Einführung neuer und die Vermehrung bestehender nichtvermögensrechtlicher Pflichten	188
4.8.	Sonderpflichten	188
4.9.	Steuerliche Höchstgrenzen für Mitgliedsbeiträge, Mitgliedsumlagen und Aufnahmegebühren.	188
4.10.	Arbeits- bzw. Dienstleistungen als Mitgliederpflicht.	189
4.11.	Auftragsgemäße Geschäftsbesorgungen von Mitgliedern für den Verein; zum Anspruch auf Haftungsfreistellung bei gefahr geneigten Tätigkeiten	189
5.	Die Treuepflicht der Mitglieder und des Vereins	190
5.1.	Begriff und Adressaten der Treuebindung.	190
5.2.	Grundsätze zu Inhalt und Umfang der Treuepflicht	190
5.3.	Die aktiven Mitglieder-Förderpflichten	191
5.4.	Die passiven Förderpflichten	192

5.5.	Die Rücksichtspflicht des Vereins gegenüber seinen Mitgliedern	192
5.6.	Treuepflicht der Mitglieder untereinander	193
5.7.	Organschaftliche Treuepflichten.	193
5.8.	Rechtsfolgen bei Treuepflichtverletzungen	194
6.	Die Erlangung der Mitgliedschaft	195
6.1.	Die Mitgliedsfähigkeit	195
6.2.	Arten des Erwerbs der Mitgliedschaft.	195
6.3.	Der Vereinsbeitritt	196
6.3.1.	Der Aufnahmevertrag	196
6.3.2.	Das mit einer Bedingung verbundene Aufnahmegesuch; die befristete Aufnahme; keine rückwirkende Aufnahme	198
6.3.3.	Das zeitliche Ende der Aufnahmebefugnis	198
6.3.4.	Zur Wirksamkeit von durch eigensüchtige Gründe des Vorstands zustande gekommene Aufnahmeverträge	198
6.3.5.	Satzungsbestimmungen über die Aufnahme von Mitgliedern.	199
6.3.6.	Die autonome Festsetzung der Bedingungen der Mitgliedschaft; die Aufnahmegebühr	199
6.3.7.	Aufnahmeverfahren	200
6.3.8.	Zur Frage der Begründungspflicht für eine ablehnende Aufnahmeentscheidung	201
6.3.9.	Die vereinsintern zulässige Anfechtung der Ablehnung der Aufnahme	201
6.3.10.	Beitrittsmängel.	202
6.3.11.	Die rechtlichen Wirkungen der Aufnahme.	203
6.3.12.	Die Wiederaufnahme.	203
6.4.	Recht zur Mitgliederwerbung.	203
7.	Der Anspruch auf Aufnahme in einen Verein	204
7.1.	Die Aufnahmefreiheit	204
7.2.	Der Aufnahmeanspruch auf Grund einer Selbstbindung des Vereins und kraft Gesetzes	204
7.2.1.	Die vertragliche Bindung.	204
7.2.2.	Die satzungsmäßige Bindung.	205
7.2.3.	Die gesetzliche Verpflichtung zur Aufnahme	205
7.3.	Der kartellrechtliche Aufnahmeanspruch und der Aufnahmeanspruch wegen Monopol- oder monopolähnlicher Stellung.	206
7.3.1.	Der kartellrechtliche Aufnahmeanspruch	206
7.3.2.	Der nichtkartellrechtliche Anspruch auf Aufnahme in einen Monopolverband oder in einen Verband mit monopolähnlicher Stellung	208
7.3.3.	Die erforderliche Interessenabwägung bei einer Zwangsaufnahme.	209
7.3.4.	Die Durchsetzung des kartellrechtlichen Aufnahmeanspruchs	210
7.3.5.	Die Aufnahmeklage bei Monopol- oder monopolähnlicher Stellung	211
7.3.6.	Einstweilige Verfügung.	211
8.	Das Ende der Mitgliedschaft und deren Ruhen	211
8.1.	Übersicht über die Beendigungsgründe	211
8.2.	Der Austritt aus dem Verein.	212
8.2.1.	Die Austrittsfreiheit	212
8.2.2.	Die Austrittserklärung	212
8.2.3.	Satzungsmäßige Formvorschriften für die Austrittserklärung	213
8.2.4.	Die satzungsmäßige Befristung der Wirkungen des Austritts	214

8.2.5.	Die Mitgliedschaft während des Laufs einer Austrittsfrist	216
8.2.6.	Unzulässige Austrittserschwerungen	216
8.2.7.	Der sofort wirksame Austritt trotz satzungsmäßiger Befristung . .	217
8.2.8.	Die Prüfung der Austrittserklärung	219
8.2.9.	Sonderfall: Konkludente Austrittserklärung bei jahrelangem Fehlen eines Vorstands durch Einstellung der Beitragszahlung . . .	219
8.2.10.	Der Austritt eines Anschlussvereins aus einem übergeordneten Verband	219
8.3.	Die Kündigung des Mitgliedschaftsverhältnisses durch den Verein	219
8.4.	Der Vereinsausschluss.	219
8.5.	Die Streichung aus der Liste der Mitglieder	219
8.6.	Der Verlust der Mitgliedschaft wegen Eintritts satzungsmäßig bestimmter Beendigungsgründe.	220
8.7.	Der Verlust der Mitgliedschaft durch Satzungsänderung	221
8.8.	Erlöschen der Mitgliedschaft durch Tod oder Vollbeendigung eines korporativen Mitglieds	221
8.9.	Die Rechtsfolgen der Beendigung der Mitgliedschaft	222
8.9.1.	Die Erhaltung der vor der Beendigung bereits begründeten Rechte und Pflichten	222
8.9.2.	Sonstige vermögensrechtliche Fragen	223
8.9.3.	Nachwirkungen des beendeten personenrechtlichen Verhältnisses.	224
8.10.	Das Ruhen der Mitgliedschaft	224
IV.	Die Vereinsorgane	225
1. Abschnitt.	Allgemeine Grundsätze zu den Vereinsorganen und Organmitgliedern . .	225
1.	Der Begriff Organ	225
2.	Die Selbst- und Drittorganschaft.	225
3.	Rechtliche Möglichkeiten der Einbindung von Fremdorganen in die Vereinsordnung.	226
4.	Die notwendigen Vereinsorgane	226
4.1.	Die Mitgliederversammlung.	226
4.2.	Die Vertreter- oder Delegiertenversammlung anstelle einer Mitgliederversammlung	227
4.3.	Ausnahme: Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	227
4.4.	Der notwendige Vorstand	227
5.	Die fakultativen Vereinsorgane	227
6.	Das faktische Vereinsorgan	230
7.	Zur Zulässigkeit der Mitgliedschaft in mehreren Vereinsorganen.	230
8.	Hierarchie und Gleichordnung der Vereinsorgane	230
8.1.	Grundsätzlich keine satzungsmäßige Abbedingung der Mitgliederversammlung	230
8.2.	Die Mitglieder-(Vertreter-)Versammlung als oberstes Vereinsorgan	231
8.3.	Der grundsätzliche Gleichrang der übrigen Vereinsorgane	233
8.4.	Die grundsätzliche Unwirksamkeit von Entscheidungen oder Maßnahmen bei Unzuständigkeit eines Organs	233
9.	Organstellung und Anstellungsverhältnis – ehrenamtliche und besoldete Organstellung	234

2. Abschnitt. Die Mitgliederversammlung	238
1. Die Einberufung der Mitgliederversammlung durch das zuständige Vereinsorgan	238
1.1. Die satzungsmäßig bestimmte Zuständigkeit	238
1.2. Die Einberufungszuständigkeit des Vorstands bei Schweigen der Satzung	238
1.3. Das Einberufungsrecht des ausgeschiedenen, aber noch eingetragenen Vorstands sowie des faktischen Vorstands.	239
1.4. Grundsätzlich kein Vorstandsbeschluss über Einberufung	239
1.5. Keine Delegation des Einberufungsrechts.	240
1.6. Zuständigkeit des Einberufungsbefugten auch bei schriftlicher Abstimmung	240
1.7. Widerruf der Einberufung und Verlegung	240
1.8. Doppeleinberufungen	241
1.9. Rechtsfolgen der Einberufung durch Unbefugte und sonstiger Einberufungsfehler.	241
2. Die Pflicht zur Einberufung der Mitgliederversammlung	242
2.1. Der durch die Satzung bestimmte Einberufungsgrund; ordentliche und außerordentliche Mitgliederversammlung	242
2.2. Der gesetzliche Einberufungsgrund: Vereinsinteresse	243
2.3. Die Folgen der Verletzung der Einberufungspflicht	243
2.4. Die Einberufungspflicht auf Grund Minderheitsverlangens sowie das Recht einer Vereinsminderheit auf Ankündigung von Tagungsordnungspunkten	244
2.4.1. Das Verlangen auf Einberufung einer Mitgliederversammlung.	244
2.4.1.1. Gesetz, Rechtsvergleichung sowie allgemeine Grundsätze zum Minderheitenschutz	244
2.4.1.2. Die erforderliche Vereinsminderheit.	244
2.4.1.3. Der Anspruch auf Kenntniserlangung von Mitgliederanschriften	246
2.4.1.4. Der erforderliche Inhalt des Verlangens	246
2.4.1.5. Die Fristsetzung.	246
2.4.1.6. Die Prüfungspflicht des Einberufungsorgans; nur ausnahmsweise Zurückweisung des Verlangens.	247
2.4.1.7. Die Ablehnung des Verlangens und die Einberufung der Mitgliederversammlung.	247
2.4.2. Das Verlangen nach Ankündigung von Tagesordnungspunkten	247
2.4.3. Die Rücknahme des Verlangens	248
2.5. Die Vereinsminderheit als Einberufungsberechtigte nach gerichtlicher Ermächtigung	248
2.5.1. Die Einleitung des gerichtlichen Verfahrens; der Verein als Antragsgegner	248
2.5.2. Die Anrufung des Gerichts und dessen Prüfung.	249
2.5.3. Die beschränkte sachliche Antragsprüfung.	250
2.5.4. Die Zurückweisung des Antrags.	251
2.5.5. Beschwerde der Antragsteller	251
2.5.6. Die erfolglose und die erfolgreiche Beschwerde; bei Zurückweisung der Beschwerde/nur Rechtsbeschwerde	251
2.5.7. Die gerichtliche Ermächtigung und ihre Wirksamkeit	252
2.5.8. Die Durchführung der gerichtlichen Ermächtigung.	253
2.5.9. Mängel der gerichtlichen Ermächtigung.	254
2.5.10. Erledigung der Hauptsache	254
2.5.11. Kosten	255
2.5.11.1. Einberufungskosten	255

2.5.11.2.	Gerichtskosten	255
2.5.12.	Beschwerde des Vereins gegen den Ermächtigungsbeschluss bzw. wegen der gerichtlichen Ermächtigung zur Ergänzung der Tagesordnung	255
2.6.	Rechtsmittel des Vereins bei Ermächtigung an eine Vereinsminderheit	256
2.7.	Die Anwendung des § 37 BGB bei Delegiertenversammlungen . .	256
2.8.	Die entsprechende Anwendung des § 37 BGB.	256
3.	Die Vornahme der Einberufung	257
3.1.	Ort und Zeit der Mitgliederversammlung	257
3.1.1.	Der Ort und der Raum der Versammlung	257
3.1.2.	Die Versammlungszeit	258
3.2.	Form und Frist der Einberufung sowie die Bekanntmachung der Tagesordnung.	258
3.2.1.	Form und Inhalt der Einberufung	258
3.2.2.	Die Einberufungsfrist.	260
3.2.3.	Die Mitteilung der Tagesordnung und deren Ergänzung	262
3.2.3.1.	Gesetzliche Regelung sowie der Zweck der Tagesordnung	262
3.2.3.2.	Abweichende Satzungsregelungen	263
3.2.3.3.	Die Aufstellung der Tagesordnung	263
3.2.3.4.	Die Aufnahme von Mitgliederanträgen in die Tagesordnung . . .	264
3.2.3.5.	Dringlichkeitsanträge und Initiativanträge	264
3.2.3.6.	Inhaltliche Anforderungen an die Ankündigung von Tagesordnungspunkten mit beabsichtigter Beschlussfassung. . . .	265
3.2.3.7.	Die Zugänglichmachung von Versammlungsunterlagen	267
3.2.3.8.	Ankündigungsfehler.	267
3.2.4.	Die Eventualeinberufung zu einer zweiten Versammlung am gleichen Tag; die Einberufung zu einer Wiederholungsversammlung; Hinweispflichten	268
3.2.5.	Die individuelle Einladung aller Teilnahmeberechtigten.	268
3.2.6.	Die Ladung anwesenheitsberechtigter Personen	270
3.2.7.	Unterrichtung der Aufsichtsbehörde bei Lohnsteuerhilfvereinen	270
3.3.	Die Vollversammlung (Universalversammlung)	270
4.	Die Rechte und Pflichten der Mitglieder sowie Teilnahmeberechtigter in der Mitgliederversammlung.	271
4.1.	Übersicht über die Rechte	271
4.2.	Das Teilnahmerecht	272
4.2.1.	Der Inhalt des Rechts.	272
4.2.2.	Satzungsregelungen	272
4.2.3.	Der Träger des Rechts (ohne Vertretungsfall)	273
4.2.4.	Zum Teilnahmerecht bei Drittorganschaft	273
4.2.5.	Kein Teilnahmerecht Geschäftsunfähiger	274
4.2.6.	Zum Teilnahmerecht Minderjähriger und Betreuer.	274
4.2.7.	Teilnahmerecht der gesetzlichen Vertreter von Körperschaften, Kapitalgesellschaften usw.	275
4.2.8.	Zum Teilnahmerecht des Insolvenzverwalters hinsichtlich des Vermögens eines Vereins sowie eines Vereinsmitglieds	275
4.2.9.	Teilnahmerecht rechtsgeschäftlich Bevollmächtigter.	275
4.2.10.	Gesetzliches Teilnahmerecht bei Lohnsteuerhilfvereinen.	275
4.3.	Das Rederecht	276
4.3.1.	Das Rederecht als Mitgliedschaftsrecht.	276

4.3.2.	Die Besonderheiten bei Vereinsverbänden und bei Delegiertenversammlungen	276
4.3.3.	Vereinsregelungen zum Rederecht	276
4.3.4.	Die Beachtung des Grundsatzes der Gleichbehandlung	276
4.3.5.	Bedeutung des Rederechts für die Beschlussanfechtung	276
4.4.	Das Auskunfts- und Einsichtsrecht	277
4.4.1.	Das Auskunftsrecht in der Mitgliederversammlung	277
4.4.2.	Informationsverweigerung	278
4.4.3.	Das Recht auf Auskunft und auf Einsicht in die Schriften und Bücher des Vereins außerhalb einer Mitgliederversammlung	278
4.4.4.	Anspruchsdurchsetzung	279
4.5.	Das Antragsrecht	279
4.5.1.	Begriff	279
4.5.2.	Das Antragsrecht vor der Mitgliederversammlung	279
4.5.3.	Die Antragstellung in der Mitgliederversammlung	279
4.6.	Das Stimmrecht	280
4.6.1.	Das Stimmrecht als Mitgliedschaftsrecht	280
4.6.2.	Die Stimmenzahl (Stimmkraft)	281
4.6.3.	Die Stimmrechtsausübung bei gesetzlicher Vertretung	282
4.6.4.	Die Stimmvollmacht	284
4.6.4.1.	Die erforderliche satzungsmäßige Verankerung	284
4.6.4.2.	Weitere mögliche Satzungsregelungen, insbesondere hinsichtlich der Person des Vertreters und der Zahl seiner Vollmachtstimmen	285
4.6.4.3.	Der Nachweis der Vollmacht	285
4.6.4.4.	Zur Frage des Vertretungsverbots wegen eines Inlichgeschäftes nach § 181 BGB	286
4.6.4.5.	Zur Genehmigung einer Stimmabgabe ohne – nachgewiesene – Vertretungsbefugnis	286
4.6.4.6.	Die Rechte und Pflichten des nicht vereinsangehörigen Stimmbevollmächtigten	286
4.6.4.7.	Zum Teilnahmerecht sowohl des Trägers der Stimmrechtsvollmacht als auch des vollmachtgebenden Vereins- oder Organmitglieds.	287
4.6.4.8.	Verfahrensfehler bei Nichtberücksichtigung einer oder mehrerer Vollmachtstimmen; Feststellung des richtigen Beschlussergebnisses auf Klage durch das Gericht	287
4.6.4.9.	Keine Stimmrechtsübertragung durch Delegierte	287
4.6.5.	Einheitliche Stimmrechtsausübung und gespaltene Stimmabgabe	287
4.6.6.	Unzulässigkeit einer Stimmrechtsbündelung	287
4.6.7.	Die grundsätzliche Freiheit zur Stimmrechtsausübung	288
4.6.8.	Beginn und Ende des Stimmrechts	288
4.7.	Die gesetzlichen und statutarischen Stimmverbote	289
4.7.1.	Die gesetzlichen Stimmverbote als zwingendes Recht	289
4.7.2.	Allgemeines zum sachlichen Geltungsbereich der gesetzlichen Stimmverbote	289
4.7.3.	Der persönliche Geltungsbereich des Stimmverbots	289
4.7.4.	Das Stimmverbot wegen Vornahme eines Rechtsgeschäfts zwischen dem Verein und einem Mitglied	290
4.7.5.	Kein Stimmverbot bei Geschäften mit eindeutig körperschaftsrechtlichem Charakter (körperschaftliche Sozialakte)	291

4.7.6.	Das Stimmverbot bei der Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits	292
4.7.7.	Das Stimmverbot aus dem Gesichtspunkt der Billigung oder Missbilligung eigenen Verhaltens	293
4.7.8.	Regelung des Stimmverbots durch die Satzung	294
4.7.9.	Rechtsfolgen des Stimmverbots	294
4.8.	Stimmbindungsvereinbarungen	294
4.8.1.	Zulässigkeit und Rechtsnatur	294
4.8.2.	Partner der Stimmbindung	295
4.8.3.	Unwirksame Stimmbindungen	295
4.8.4.	Satzungsklausel zur Stimmbindung	296
4.8.5.	Nichtbefolgung der Stimmbindung	296
4.8.6.	Die gerichtliche Durchsetzung der Stimmbindung	296
5.	Der Ablauf der Mitgliederversammlung	297
5.1.	Die Versammlungsleitung	297
5.1.1.	Allgemeines	297
5.1.2.	Versammlungsleiter bei fehlender Satzungsregelung	297
5.1.3.	Bestimmung des Leiters durch die Mitgliederversammlung	297
5.1.4.	Bestimmung des Leiters durch die Satzung	298
5.1.5.	Abberufung des durch die Satzung bestimmten Leiters	298
5.1.6.	Abberufung des durch die Mitgliederversammlung bestellten Leiters	298
5.1.7.	Amtsniederlegung	298
5.1.8.	Amtsstellung des Versammlungsleiters	299
5.1.9.	Befugnisse des Versammlungsleiters	299
5.1.9.1.	Maßgeblichkeit einer Geschäftsordnung	299
5.1.9.2.	Befugnisse auf Grund der übertragenen Aufgabe	299
5.1.9.3.	Ausübung des Hausrechts	299
5.1.10.	Allgemeines zu den Aufgaben des Leiters	300
5.1.11.	Leiter als nachteilig Betroffener	300
5.1.12.	Übersicht über die Befugnisse des Leiters	301
5.1.12.	Gerichtliche Anfechtung von Leitungsfehlern	301
5.1.13.	Anfechtung von Leitungsmaßnahmen in der Versammlung	302
5.1.14.	Ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliederversammlung (Übersicht).	302
5.2.	Eröffnung der Mitgliederversammlung und die hierbei zu treffenden Prüfungen, Feststellungen und Bekanntmachungen.	303
5.2.1.	Die Versammlungseröffnung	303
5.2.2.	Feststellung und Bekanntgabe der erschienenen und stimmberechtigten Mitglieder bzw. der Vertreter	303
5.2.3.	Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung	304
5.2.4.	Feststellung der Beschlussfähigkeit u. U. vor der Abstimmung über jeden Beschlussgegenstand; keine Beschlussfähigkeit eines Vereins mit weniger als drei Mitgliedern	304
5.2.5.	Bekanntgabe der Tagesordnung und deren Genehmigung	305
5.2.6.	Die grundsätzliche Behandlung der Tagesordnungspunkte in der Reihenfolge der Tagesordnung	306
5.3.	Die Zulassung nichtteilnahmeberechtigter Personen	306
5.3.1.	Gäste in der Mitgliederversammlung	306
5.3.2.	Die Zulassung eines Beistands oder Beraters	307
5.4.	Sachanträge und Verfahrensanträge in der Versammlung	308
5.4.1.	Die Begrenzung der Sachanträge durch die Tagesordnung; Ausnahmen kraft ausdrücklicher Satzungsanordnung.	308

5.4.2.	Die Verfahrensanhträge	308
5.4.3.	Die Behandlung von Verfahrensanhträgen	309
5.5.	Der Bericht des Vorstands, sonstiger Vereinsorgane oder von Vereinsabteilungen	309
5.5.1.	Allgemeines zur Berichterstattung in Vereins- und Verbandsversammlungen	309
5.5.2.	Der Geschfts- und/oder Rechenschaftsbericht des Vorstands . . .	310
5.5.2.1.	Der Geschftsbericht	310
5.5.2.2.	Der Rechenschaftsbericht.	311
5.5.2.2.1.	Gesetzliche Vorgaben	311
5.5.2.2.2.	Inhalt des Rechenschaftsberichts	311
5.5.3.	Die Berichte weiterer Vereinsorgane sowie der Rechnungs- und Kassenprfer	312
5.5.4.	Auskunfts- und Einsichtsrechte der Mitglieder.	312
5.6.	Grundsätze für die Beratung (Aussprache, Debatte)	312
5.6.1.	Die Verwirklichung des Rede-, Antrags- und Auskunftsrechts . . .	312
5.6.2.	Die Freiheit der Meinungsäußerung und ihre Grenzen	313
5.6.2.1.	Die Verwirklichung des Rede-, Antrags- und Auskunftsrechts . . .	313
5.6.2.2.	Tatsachenbehauptungen.	313
5.6.2.3.	Schmähkritik	313
5.6.2.4.	Meinungsäußerungen bzw. Werturteile	313
5.6.2.5.	Würdigung des vollständigen Aussagegehalts bei Zweifeln, ob Tatsachenbehauptung oder Meinungsäußerung	314
5.6.2.6.	Wertung mehrdeutiger Äußerungen.	314
5.6.2.7.	Weitere Fälle der Versagung des Grundrechtsschutzes.	314
5.6.2.8.	Beweislast.	314
5.6.2.9.	Grundrechtskollision	314
5.6.2.10.	Einzelfälle	315
5.6.2.11.	Zurückhaltung bei Redebeiträgen in Mitgliederversammlungen auf Grund mitglied- oder organschaftlicher Treueverpflichtungen vor allem vor Abstimmungen	315
5.6.3.	Die für die Beratung und Abstimmung erforderliche ausreichende Information der Mitglieder	316
5.7.	Der verfahrensmäßige Ablauf der Beratung	316
5.7.1.	Vereinsregelungen	316
5.7.2.	Worterteilung und Rednerliste	317
5.7.3.	Allgemeine Beschränkung der Redezeit; keine Einrechnung der Zeit des Fragerechts	317
5.7.4.	Individuelle Redezeitbeschränkung durch Wortentzug aus Ordnungsgründen	318
5.7.5.	Der Saalverweis	318
5.7.6.	Zur Zulässigkeit des Antrags auf »Schluss der Rednerliste« und auf »Schluss der Debatte«	320
5.7.7.	Zulässigkeit der Benutzung von Tonbandgeräten, von Film- und Fernsehaufnahmen sowie von Übertragungen im Internet	320
5.7.8.	Die Unterbrechung	321
5.7.9.	Die Vertagung	321
5.7.10.	Der vorzeitige Abbruch	322
5.7.11.	Zur Anfechtung von Geschäftsordnungsbeschlüssen	322
5.8.	Die Abstimmung	323
5.8.1.	Die u. U. erforderliche Feststellung der Beschlussfähigkeit.	323
5.8.2.	Die Reihenfolge der Abstimmungsgegenstände	323
5.8.3.	Abstimmungsunfähige Anträge	323

5.8.4.	Zur Zulässigkeit von Sammel- bzw. Blockabstimmungen.	324
5.8.5.	Die Formulierung des Beschlussantrags	325
5.8.6.	Die Art und Weise der Stimmabgabe	325
5.8.7.	Die kombinierte Abstimmung	326
5.8.8.	Die Stimmabgabe als Willenserklärung	327
5.8.9.	Stimmabgabe durch gewillkürte oder gesetzliche Vertreter	328
5.8.10.	Die einheitliche und uneinheitliche Stimmabgabe bei Mehrstimmrechten	328
5.9.	Die für die Annahme eines Beschlussantrags erforderlichen Mehrheiten	328
5.9.1.	Die einfache oder absolute Stimmenmehrheit	328
5.9.2.	Die qualifizierte Mehrheit	329
5.9.3.	Die Einstimmigkeit	329
5.9.4.	Die relative Mehrheit	329
5.9.5.	Die absolute Stimmenmehrheit	329
5.9.6.	Satzungsgestaltungen	329
5.10.	Rechtsnatur, Wirksamkeit und Abänderbarkeit von Versammlungsbeschlüssen	330
5.10.1.	Rechtsnatur; positiver und negativer Beschluss.	330
5.10.2.	Wirksamkeit	331
5.10.3.	Die Wiederholung der Abstimmung bei unklarem Abstimmungsergebnis, bei behebbaren Verfahrensfehlern sowie kraft Satzungsanordnung in derselben Versammlung	332
5.10.4.	Die nur eingeschränkt mögliche Aufhebung eines fehlerfreien Sachbeschlusses und die Unzulässigkeit der Aufhebung einer Personalentscheidung.	332
5.10.5.	Der einen Beschluss bestätigende Beschluss	335
5.11.	Die Feststellung des Abstimmungsergebnisses	335
5.11.1.	Das Additionsverfahren	335
5.11.2.	Das Subtraktionsverfahren	335
5.11.3.	Die Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses	336
5.11.4.	Die Beanstandung des verkündeten Abstimmungsergebnisses . . .	336
5.12.	Die Schließung der Versammlung und deren ausnahmsweise zulässige Fortsetzung	336
5.12.1.	Die unbedingte Verbindlichkeit der Schließungserklärung nach Erledigung aller Tagesordnungspunkte.	336
5.12.2.	Die grundsätzliche Verbindlichkeit der Schließungserklärung vor der Erledigung aller Tagesordnungspunkte.	337
5.12.3.	Die Fortsetzung der Versammlung nach rechtlich unverbindlicher Schließungserklärung	337
5.13.	Die Kosten der Versammlung.	337
6.	Die Wahl des Vorstands und sonstiger Organmitgliedern	338
6.1.	Das Vorschlagsrecht	338
6.2.	Das Präsentations- bzw. Benennungsrecht mit und ohne Bindungswirkung.	338
6.3.	Aktives und passives Wahlrecht; Vorstandsfähigkeit	339
6.4.	Wahlabsprachen.	339
6.5.	Wahlvorstand.	339
6.6.	Die Wahl nach gesetzlicher Regel.	340
6.6.1	Allgemeines	340
6.6.2.	Einzelwahl	340
6.6.3.	Gesamtwahl.	341

6.7.	Insbesondere: geheime Wahl bei Mehrstimmrechten oder Vollmachtstimmen.	341
6.8.	Wahlen nach satzungsmäßiger Abbedingung der Regelungen in § 32 BGB	341
6.8.1.	Wahlzuständigkeit eines anderen Organs als der Mitgliederversammlung	341
6.8.2.	Kooptationsbefugnis des Vorstands	342
6.8.3.	Ermessen des Satzungsgebers hinsichtlich der Auswahl des Wahlsystems und der Festlegung der Wahlrechtsgrundsätze	342
6.8.4.	Wahlarten in Abweichung von § 32 BGB	342
6.8.4.1.	Stimmzählung unter Berücksichtigung der anwesenden Mitglieder	342
6.8.4.2.	Stichwahl	342
6.8.4.3.	Die Global- oder Listenwahl	342
6.8.4.4.	Listen-Mehrheitswahl	343
6.8.4.5.	Verhältniswahl mit gebundenen Listen.	344
6.9.	Notwendige Annahme der Wahl	344
6.10.	Anfechtung der Wahl	345
6.10.1.	Vereinsinterne Anfechtung; Beschleunigungsgebot.	345
6.10.2.	Gerichtliche Anfechtung; Anfechtungsberechtigte	346
6.11.	Wahlfehler als Anfechtungsgründe.	346
6.11.1.	Beweislast.	346
6.11.2.	Urteilswirkungen	346
6.12.	Kein Nachrücken in Vorstandsämter bei Ausscheiden des Gewählten	347
7.	Die Protokollierung von Beschlüssen und sonstigen Vorgängen in einer Mitgliederversammlung	347
7.1.	Die erforderliche Protokollierung.	347
7.2.	Das Protokoll als Privaturkunde i. S. d. § 416 ZPO und seine Bedeutung	347
7.3.	Satzungsregelungen	348
7.3.1.	Protokoll als Wirksamkeitsvoraussetzung	348
7.3.2.	Sonstige Satzungsregelungen bzw. Regelungen in einer Geschäftsordnung	348
7.4.	Zeit der Niederschrift.	349
7.5.	Belege	349
7.6.	Unterzeichnung und deren Fehlen	349
7.7.	Änderung, Berichtigung, Anspruch auf Berichtigung.	349
7.8.	Zulässigkeit einer von einem Versammlungsteilnehmer privat erstellten Niederschrift über den Versammlungsverlauf; eingeschränkte Zulassung eines Tonbandmitschnitts	350
7.9.	Zum Anspruch eines teilnahmeberechtigten Mitglieds auf Einsicht in das Versammlungsprotokoll und auf Erteilung einer Protokollabschrift.	350
7.10.	Die Aufbewahrungspflicht	350
7.11.	Das notarielle Protokoll über die Beurkundung eines Verschmelzungsbeschlusses.	350
7.12.	Der Inhalt eines Ergebnisprotokolls	350
7.13.	Änderung und Berichtigung des Protokolls	352
7.14.	Übersendung bzw. Einsicht in das Versammlungsprotokoll, Erteilung einer Abschrift; Information über einen Redebeitrag.	352
7.15.	Die Folgen des unterlassenen Widerspruchs gegen den Protokollinhalt.	352

7.16.	Die Anlagen (Belege) zum Protokoll	353
7.17.	Ausnahmsweise öffentliche Beglaubigung der Protokollunterschriften	353
8.	Die schriftliche Abstimmung ohne Mitgliederversammlung	354
8.1.	Die Beschlussfassung in einer Mitgliederversammlung und ohne eine solche.	354
8.2.	Satzungsregelungen zur schriftlichen Beschlussfassung ohne Versammlung.	354
8.3.	Online-Versammlung.	355
8.4.	Beschlussfassung per Telefon- oder Videokonferenz	356
9.	Die Prüfungspflicht des Vorstands bei ausführenden Beschlüssen der Mitgliederversammlung.	356
10.	Der unwirksame (noch nicht wirksame) Beschluss der Mitgliederversammlung.	356
11.	Der fehlerhafte Beschluss der Mitgliederversammlung.	357
11.1.	Keine kassatorische Anfechtungsklage; Feststellungsklage.	357
11.2.	Unterscheidung bei Vereinsbeschlüssen zwischen nichtigen und fehlerhaften mit Rügeerfordernis.	358
11.3.	Der aus materiellen Gründen nichtige Vereinsbeschluss	358
11.3.1.	Vorbemerkung	358
11.3.2.	Materielle Nichtigkeitsgründe	358
11.4.	Der aus verfahrensrechtlichen Gründen nichtige Versammlungsbeschluss	360
11.4.1.	Vorbereitungs- und Einberufungsmängel	360
11.4.2.	Fehler in der Versammlung	361
11.4.3.	Fehler bei schriftlicher Abstimmung.	363
11.4.4.	Rechtsfolgen der Nichtigkeit; keine Heilung durch Fristablauf; amtswegige Beachtung durch das Registergericht.	363
11.5.	Fehlerhafte, aber nicht unwirksame Versammlungsbeschlüsse ...	363
11.5.1.	Rechtslage	363
11.5.2.	Herrschende Ansicht: Rüge bei Verletzung mitgliederschützender Verfahrensvorschriften.	364
11.5.3.1.	Notwendigkeit einer Korrektur	364
11.5.3.2.	Aus materiellen Gründen fehlerhafte Beschlüsse.	364
11.5.3.3.	Aus verfahrensrechtlichen Gründen fehlerhafte Versammlungsbeschlüsse	365
11.5.3.4.	Der erforderliche Widerspruch.	365
11.5.3.5.	Die Widerspruchsberechtigten	366
11.5.3.6.	Widerspruchsfrist; Verwirkung.	367
11.5.3.7.	Registergerichtliche Behandlung	367
11.5.4.	Darlegungs- und Beweislast	367
11.5.5.	Die Relevanz von Verfahrensfehlern	367
11.6.	Der teilnichtige Beschluss; Folgewirkungen eines nichtigen Beschlusses.	368
11.7.	Die Heilung der Nichtigkeit	369
11.7.1.	Heilung durch Vollzugsgeschäft	369
11.7.2.	Mängelheilung durch rügelose Vollversammlung	369
11.8.	Die Bereinigung der Beschlussnichtigkeit durch den Verein	369
11.8.1.	Die Prüfungspflicht des Vorstands	369
11.8.2.	Keine Bestätigung nichtiger Versammlungsbeschlüsse	369
11.8.3.	Die Wiederholung der mängelfreien Beschlussfassung	370
12.	Die Verbindlichkeit der Versammlungsgesetze des Bundes und der Länder in Mitglieder- bzw. Delegiertenversammlungen.	370

12.1.	Vorbemerkung	370
12.2.	Der Begriff Versammlung; die nichtöffentliche und die öffentliche Versammlung	370
12.3.	Geltung versammlungsgesetzlicher Bestimmungen für nichtöffentliche Versammlungen	371
12.3.1.	Uniformverbot; Ausnahmen nach Bundesrecht	371
12.3.2.	In Bayern: Militanzverbot	371
12.3.3.	Störungsverbot	371
12.3.4.	Aufrufverbot (Bayern)	372
12.4.	Verbindlichkeit von Bestimmungen des Versammlungsrechts des Bundes bei öffentlichen Versammlungen in geschlossenen Räumen	372
12.4.1.	Vorbemerkung	372
12.4.2.	Teilnahmebegrenzung	372
12.4.3.	Der erforderliche Leiter und seine Befugnisse	372
12.4.4.	Anwesenheitsrecht der Polizei und deren Befugnis	373
12.5.	Versammlungsverbot	373
3. Abschnitt. Der Vorstand.		375
1. Allgemeines		375
1.1. Die zwingende Vorstandsbestellung		375
1.2. Die Freiheit der Organbezeichnung		375
1.3. Die Zahl der Vorstandsmitglieder		375
1.4. Die Rechtsfolgen bei Fehlen eines Vorstands		376
2. Die Vorstandsfähigkeit		376
2.1. Amtsfähigkeit nicht voll Geschäftsfähiger		376
2.2. Vorstandsfähigkeit von Ausländern		376
2.3. Vorstandsfähigkeit von juristischen Personen oder nichtrechtsfähigen Personengemeinschaften		377
2.4. Beschränkungen durch Dienstrecht oder Arbeitslosigkeit		377
2.5. Satzungsregelungen zur Vorstandsfähigkeit		377
2.6. Rechtsfolgen der Bestellung Amtsunfähiger		378
3. Die Bestellung des Vorstands nach dem jeweiligen Organisationsrecht des Vereins		378
3.1. Bestellung durch die Satzung; grundsätzlich zulässige Selbstergänzung (Kooptation)		378
3.2. Die Bestellung durch Wahl in der Mitgliederversammlung		379
3.3. Sonderrecht auf Vorstandsstellung oder -bestellung		379
3.4. Zulässigkeit der Bestellung durch Dritte; Zustimmungsrecht eines Dritten		379
3.5. Die Unzulässigkeit einer nur bedingten Bestellung zum Mitglied des Vertretungsvorstandes		380
3.6. Die notwendige Annahme der Bestellung		381
3.7. Dauer der Bestellung		381
3.8. Die Rechtsnatur der Bestellung		382
4. Das Anstellungsverhältnis mit Vorstandsmitgliedern		383
4.1. Organstellung und Anstellung		383
4.2. Der nach Auftragsgrundsätzen tätige ehrenamtliche Vorstand		383
4.3. Der entgeltliche Geschäftsbesorgungsvertrag mit Vorstandsmitgliedern		383
4.3.1. Allgemeines		383
4.3.2. Zuständigkeit zum Vertragsabschluss		383
4.3.3. Inhalt des Anstellungsvertrages		384

4.3.4.	Der Vergütungsanspruch	384
4.3.5.	Sozialversicherungspflicht von Vorstandsmitgliedern	385
4.3.6.	Zur Geltung arbeitsrechtlicher Grundsätze und von Schutzbestimmungen für persönlich Dienstleistende	385
4.3.7.	Die ordentliche Kündigung des Anstellungsvertrages	386
4.3.8.	Die Kündigung aus wichtigem Grund	386
4.3.9.	Die Gerichtszuständigkeit bei Kündigungstreitigkeiten zwischen Vorstandsmitgliedern und dem Verein.	390
4.3.10.	Sonstige Gründe für die Beendigung des Anstellungsverhältnisses	391
4.3.11.	Das Verhältnis des Endes der Organstellung und des Anstellungsvertrages zueinander.	391
5.	Die Vorstandsbestellung durch das Gericht (Notvorstand)	392
5.1.	Rechtsgrundlage und Anwendungsbereich.	392
5.2.	Die Antragsberechtigung	392
5.3.	Die Bestellungs voraussetzung: Fehlen der erforderlichen Vorstandsmitglieder	393
5.4.	Die Bestellungs voraussetzung: dringender Fall; zur Frage, ob die Bestellung eines Prozesspflegers gem. § 57 ZPO die Dringlichkeit entfallen lässt	395
5.5.	Das gerichtliche Bestellungsverfahren.	396
5.5.1.	Zuständigkeit.	396
5.5.2.	Ausnahmsweise amtswegiges Verfahren	396
5.5.3.	Evtl. erforderliche Beteiligungen und Anhörungen.	397
5.5.4.	Die Prüfung des Gerichts; Erfordernis eines Kostenvorschusses.	397
5.5.5.	Der Bestellungsbeschluss und seine Wirksamkeit	398
5.5.6.	Die Organstellung des Bestellten und sein Rechtsverhältnis zum Verein; Weiterbestand bestehender Vorstandsämter	399
5.5.7.	Gerichtliche Abberufung und Neubestellung eines Notvorstands	400
5.5.8.	Das Ende des Notvorstandsamtes aus anderen Gründen als durch gerichtliche Abberufung.	401
5.5.9.	Die Rechtsbehelfe und Rechtsmittel.	402
5.5.10.	Die Registereintragungen.	403
6.	Der faktische Vorstand	404
6.1.	Begriff und Entstehung faktischer Organschaftsverhältnisse.	404
6.2.	Das Rechtsverhältnis zwischen dem faktischen Vorstand und dem Verein	404
6.3.	Das Außenhandeln des faktisch tätigen Vorstands; Anwendung der Grundsätze der Rechtsscheinvollmacht	405
6.3.1.	Anwendung der Grundsätze der Duldungsvollmacht	405
6.4.	Das Innenhandeln des faktischen Vorstands.	406
6.5.	Die Erfüllung gesetzlicher Pflichten	406
6.6.	Die Haftung des Vereins für den faktischen Vorstand.	406
6.7.	Die Haftung des faktischen Vorstands gegenüber Dritten und dem Verein.	406
7.	Das Ende des Vorstandsamtes	407
7.1.	Die Abberufung des Vorstands.	407
7.1.1.	Die jederzeitige Abberufungsmöglichkeit.	407
7.1.2.	Die Beschränkung der freien Abberufung durch die Satzung, insbesondere auf das Vorliegen eines wichtigen Grundes	408
7.1.3.	Insbesondere: Zerstrittenheit	410
7.1.4.	Die Abberufungszuständigkeit	410
7.1.5.	Verfahrensfragen	411

7.1.5.1.	Mitteilung der Tagesordnung	411
7.1.5.2.	Stimmrecht des Betroffenen	412
7.1.5.3.	Anhörung des Betroffenen	413
7.1.6.	Der Abberufungsbeschluss	413
7.1.7.	Zum Erfordernis einer Begründung	414
7.1.8.	Wirksamwerden der Abberufung und die Rechtsfolgen	414
7.1.9.	Die fehlerhafte Abberufung; der Streit um deren Wirksamkeit. . .	414
7.1.10.	Einstweiliger Rechtsschutz	416
7.2.	Amtsenthebung, Tätigkeitsverbot und vorläufige Amtsenthebung. . .	416
7.2.1.	Die Amtsenthebung bzw. das Tätigkeitsverbot aus disziplinären Gründen	416
7.2.2.	Das gerichtliche Tätigkeitsverbot	417
7.2.3.	Die vorläufige Amtsenthebung (Suspendierung)	417
7.3.	Die entsprechende Anwendung der Grundsätze für die Vorstandsabberufung bei der Abberufung anderer Organmitglieder.	418
7.4.	Die Amtsniederlegung des Vorstands	419
7.4.1.	Allgemeine Grundsätze	419
7.4.2.	Korporationsrechtliche Wirksamkeit der grundlosen Kündigungserklärung; Ausnahme	419
7.4.3.	Rückgängigmachung, Befristung der Erklärung	420
7.4.4.	Zulässige Satzungsregelungen.	420
7.4.5.	Amtsniederlegung und Anstellung	420
7.5.	Der Aufhebungsvertrag	421
7.6.	Das Ende des Vorstandsamtes aus anderen Gründen	421
7.6.1.	Ablauf der Bestelldauer	421
7.6.2.	Austritt und Ausschluss aus dem Verein	421
7.6.3.	Auflösung des Vereins	422
7.6.4.	Geschäftsunfähigkeit	422
7.6.5.	Tod	422
7.6.6.	Verschmelzung.	422
7.6.7.	Wegfall der satzungsmäßigen Bestellungsvoraussetzungen	423
7.6.8.	Tätigkeitsverbot	423
7.6.9.	Grundsätzlich kein Beendigungsgrund: der Verlust der Rechtsfähigkeit des Vereins	423
7.7.	Die Folgen der Beendigung des Vorstandsamtes; keine automatische Nachfolge in ein erloschenes Vorstandsamt	423
7.8.	Die Anmeldung und Eintragung der Vorstandsänderung	424
7.8.1.	Die Änderung des Vorstands	424
7.8.2.	Die Anmeldung der Änderung der Vertretungsbefugnis.	425
7.8.3.	Die Anmeldung der Vorstandsänderung beim Registergericht und ihr Inhalt	425
7.8.4.	Vorzulegende Urkunden	428
7.8.5.	Die Prüfung des Registergerichts	429
7.8.6.	Die Zwischenverfügung; die Ablehnung der Eintragung	429
7.8.7.	Die Eintragung der Änderungen im Vorstand und ihre Wirkung . . .	430
7.8.8.	Die Wiedereintragung des Vorstands im Wege der Löschung. . . .	430
7.8.9.	Die formlose Mitteilung der erneuten Bestellung.	431
7.8.10.	Die Erzwingung der Anmeldung; die Rechte ausgeschiedener Vorstandsmitglieder; Amtslöschung	431
7.9.	Die Mitteilung an die Verleihungsbehörde.	431
8.	Die (grundsätzlich) dem Vorstand obliegende Vertretung des Vereins vor Gerichten und Verwaltungsbehörden	432

8.1.	Allgemeines	432
8.1.1.	Vertretungsgrundsätze und Ausnahmen	432
8.1.2.	Keine gesetzliche oder satzungsmäßige Befugnis des Vorstands zur Vertretung von Vereinsmitgliedern	433
8.1.3.	Einschränkungen der Vertretungsbefugnis des Vorstands	433
8.1.4.	Der mehrgliedrige Vorstand als Vertretungsorgan	434
8.2.	Die gerichtliche Vertretung im Einzelnen	434
8.2.1.	Die Vertretung im Erkenntnisverfahren	434
8.2.2.	Die Vertretung im Vollstreckungsverfahren (der ZPO).	436
8.2.3.	Die Vertretung des Vereins in Verfahren auf Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung	436
8.3.	Die Vertretung des Vereins durch den Vorstand bei Rechtsgeschäften mit Dritten	438
8.4.	Das erkennbare Handeln für den Verein	439
8.5.	Die Vertretung des Vereins im Innenverhältnis	439
8.5.1.	Die Vertretung durch den Vorstand	439
8.5.2.	Die Vertretung des Vereins im Innenbereich durch andere Organe	439
8.6.	Der Umfang der (Außen-)Vertretungsbefugnis des Vorstands.	440
8.6.1.	Die nach dem Gesetz unbeschränkte (Außen-)Vertretungsmacht des Vorstands	440
8.6.2.	Sachliche Vertretungsbeschränkungen durch die Satzung	440
8.6.3.	Die Grenzen der satzungsmäßigen Beschränkung der Vertretungsbefugnis	441
8.7.	Die Ausübung der Aktivvertretung beim mehrgliedrigen V orstand	442
8.7.1.	Gesamtvertretung oder mehrheitliche Vertretung	442
8.7.2.	Satzungsgestaltungen	442
8.7.3.	Mögliche Gestaltungen des Außenhandelns bei notwendiger gemeinsamer Vertretung	443
8.7.4.	Verhinderung und Wegfall eines Gesamtvertreters	445
8.7.5.	Widersprechende Erklärungen bei Einzelvertretungsbefugnis	445
8.7.6.	Die Passivvertretung des Vereins durch jedes Mitglied des Vorstands	446
8.7.7.	Die Vereinszurechnung von Umständen in der Person eines Gesamtvertreters	447
8.7.7.1.	Die Wissens- bzw. Kenntnisszurechnung	447
8.7.7.2.	Die Zurechnung von Willensmängeln und die Geltendmachung von Anfechtungen	448
8.7.7.3.	Die Zurechnung tatsächlichen Verhaltens	448
8.8.	Die zulässige und unzulässige gemischte Gesamtvertretung	449
8.8.1.	Vertretung durch ein Vorstandsmitglied und durch den besonderen Vertreter	449
8.8.2.	Vertretung durch Vorstand und Prokuristen bzw. Handlungsbevollmächtigten	449
8.8.3.	Keine Gesamtvertretung durch Vorstand und Vereinsbediensteten	449
8.9.	Gesetzliche Vertretungsbeschränkung durch § 181 BGB	449
8.9.1.	Beschränkung der Vertretungsmacht bei In-Sich-Geschäften	449
8.9.2.	Ausnahmen vom Vertretungsverbot, insbesondere die Gestattung	451
8.9.3.	Registereintragung der Befreiung	452

8.10.	Die Vertretung des Vereins durch einen Geschäftsführer oder durch einen Bevollmächtigten	453
8.10.1.	Zur heutigen Vertretungsstruktur von Verbänden	453
8.10.2.	Die Außenvertretung durch den Geschäftsführer	453
8.10.3.	Personalunion zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vereinsgeschäftsführer	453
8.11.	Die Vollmachterteilung durch den Vorstand	454
8.11.1.	Grundsätze.	454
8.11.2.	Unzulässigkeit einer Generalvollmacht.	454
8.11.3.	Grenzen des Weisungsrechts des Vorstands.	455
8.12.	Die fehlerhafte Vertretung des Vereins	455
8.12.1.	Handeln für einen nicht existierenden Verein.	455
8.12.2.	Handeln für den Verein durch einen nicht wirksam bestellten oder bereits ausgeschiedenen Vorstand	455
8.12.3.	Die Überschreitung der Vertretungsbefugnis durch den Vorstand sowie durch sonstige den Verein nach außen vertretende Personen	456
8.12.3.1.	Die grundsätzliche Eigenhaftung	456
8.12.3.2.	Keine Eigenhaftung des Vereinsvertreters bei Fahrlässigkeit des Vertragsgegners; zur Erkundigungspflicht über die Vertretungsverhältnisse in einem Verein	456
8.12.3.3.	Verpflichtung des Vereins trotz Überschreitung der Vertretungsbefugnis	456
8.12.3.4.	Haftung des Vereins oder seines Vertreters bei Verschulden bei einem Vertragsschluss	457
8.13.	Die Bindung des Vereins an eine Rechtsscheinsvollmacht.	457
8.13.1.	Allgemeines	457
8.13.2.	Die Anscheinsvollmacht.	458
8.13.3.	Die Duldungsvollmacht.	458
8.14.	Der Missbrauch der Vertretungsbefugnis	459
9.	Die Beschlussfassung beim mehrgliedrigen Vorstand	460
9.1.	Allgemeines; gesetzliche Regelung	460
9.2.	Abdingbarkeit der gesetzlichen Regelung für Vorstandsbeschlüsse durch die Satzung	460
9.3.	Erweiterter Vorstand	460
9.4.	Keine Anwendung des § 28 BGB als Voraussetzung für ein gültiges Vertretungshandeln des Vorstands	460
9.5.	Sitzungsvorbereitung	461
9.5.1.	Zuständigkeit.	461
9.5.2.	Einberufungszeitpunkt; Antragsrecht	461
9.5.3.	Ladung; Mitteilung der Tagesordnung; Einberufungsfrist	461
9.5.4.	Absage	462
9.6.	Sitzungsablauf	462
9.6.1.	Eröffnung und Schließung der Sitzung	462
9.6.2.	Insbesondere: Sitzungsleitung; grundsätzlich kein Recht des Leiters, ein Vorstandsmitglied durch Saalverweis von der Sitzung auszuschließen.	462
9.6.3.	Teilnahmeberechtigung; keine Stellvertretung	462
9.6.4.	Nichtöffentlichkeit.	462
9.6.5.	Anwesenheitsliste	463
9.6.6.	Gegenstand der Beratung und Abstimmung.	463
9.6.7.	Beschlussfähigkeit	463
9.6.8.	Stimmrecht; Beschlussfassung; Vetorecht; Stichentscheid	464

Inhaltsverzeichnis

9.6.9.	Stimmrechtsausschluss	464
9.6.10.	Niederschrift	464
9.7.	Vorstandsbeschlüsse außerhalb einer Sitzung	465
9.8.	Entbehrlichkeit von Vorstandsbeschlüssen	465
9.9.	Wirksamkeit und Fehlerhaftigkeit von Vorstandsbeschlüssen	465
9.10.	Gerichtliche Nichtigkeitsfeststellung	466
9.11.	Wirksame Aktivvertretung trotz Beschlussfehler.	467
10.	Der Vorstand als Geschäftsführungsorgan	467
10.1.	Allgemeines	467
10.1.1.	Der Begriff Geschäftsführung	467
10.1.2.	Der Vorstand als Geschäftsführungsorgan, mögliche weitere Geschäftsführungsorgane	468
10.2.	Die Aufteilung der Gegenstände der Gesamtgeschäftsführung auf einzelne Sachgebiete (Ressorts).	468
10.2.1.	Der Grundsatz vom Gleichlauf von Geschäftsführungs- und Vertretungsbefugnis	468
10.2.2.	Gründe für eine Ressortaufteilung	468
10.2.3.	Die erforderliche satzungsmäßige Grundlage	469
10.2.4.	Die Zuweisungsfähigkeit	469
10.2.5.	Die schriftliche Zuweisung.	470
10.2.6.	Die erforderliche Qualifikation	470
10.2.7.	Vorrangige Zuständigkeit des Ressortleiters; Überwachungspflicht der übrigen Mitglieder des Kollegiums	470
10.2.8.	Die Beschränkung der Ressortzuweisung auf das Haushaltswesen	471
10.2.9.	Änderung und Aufhebung der Ressortzuweisung.	471
10.2.10.	Die Delegierung von Geschäftsführungsaufgaben auf Mitarbeiter.	472
10.3.	Die Geschäftsführung nach Auftragsgrundsätzen; die Weisungsgebundenheit des Vorstands und die Grenzen der Folgepflicht	472
10.3.1.	Die einschlägigen Auftragsbestimmungen des BGB.	472
10.3.2.	Der Anspruch auf Ersatz von Aufwendungen; Anspruch auf Erstattung von Kosten, die durch eine zu Unrecht erhobene Beschuldigung als Organmitglied entstanden sind	473
10.3.3.	Die Weisungsgebundenheit und die Grenzen der Folgepflicht	474
10.4.	Insbesondere: die Vermögensverwaltung	475
10.4.1.	Allgemeines	475
10.4.2.	Der Verein als Träger des Vereinsvermögens	475
10.4.3.	Die Regelung der Vereinsfinanzwirtschaft in einer Finanzordnung.	475
10.4.4.	Der Haushaltsplan	476
10.4.5.	Aufzeichnungs- und Buchführungspflichten	476
10.5.	Die Prüfung der Vermögensverwaltung des Vorstands	477
10.5.1.	Gesetzliche Pflichtprüfungen	477
10.5.2.	Freiwillige Prüfung durch Außenstehende	478
10.5.3.	Vereinsinterne Prüfung durch Rechnungsprüfer, Revisoren oder Kassenprüfer	478
10.6.	Die Entlastung des Vorstands, eines sonstigen Vereinsorgans sowie des Geschäftsführers	479
10.6.1.	Satzungsregelungen	479
10.6.2.	Die Funktion der Entlastung	479
10.6.3.	Die Rechtsnatur der Entlastung	480

10.6.4.	Der Entlastungszeitraum	480
10.6.5.	Die Entlastung in persönlicher Hinsicht	481
10.6.6.	Der Beschluss über die Entlastung oder Nichtentlastung	481
10.6.6.1.	Die Zuständigkeit der Mitgliederversammlung	481
10.6.6.2.	Die erforderliche Ankündigung in der Tagesordnung.	481
10.6.6.3.	Einzel- und Gesamtabstimmung über die Entlastung; Stimmverbote	482
10.6.6.4.	Bedeutung des Geschäfts- und Rechenschaftsberichts des Vorstands für das Stimmverhalten	482
10.6.6.5.	Die grundsätzliche Freiheit des Abstimmungsverhaltens; unzulässige Beeinflussungen.	483
10.6.6.6.	Mehrheiten	483
10.6.6.7.	Der Inhalt des Entlastungsbeschlusses; konkludente Entlastung . . .	483
10.6.6.8.	Zur Zulässigkeit der Aufhebung eines Entlastungs- bzw. Nichtentlastungsbeschlusses	484
10.6.6.9.	Die Vertagung der Entlastungsentscheidung	484
10.6.7.	Die Präklusionswirkung der Entlastung im Einzelnen	484
10.6.8.	Keine Präklusion beim Verein im Insolvenzverfahren.	485
10.6.9.	Die vereinsinterne Wirkung der Entlastung	485
10.6.10.	Die fehlerhafte Entlastungsentscheidung	486
10.6.10.1.	Nichtigkeit.	486
10.6.10.2.	Sonstige Fehler.	486
10.6.10.3.	Die Nichtigkeitsfeststellung	486
10.6.11.	»Durchschlagen« eines Entlastungsfehlers auf anschließende Vorstandswahlen	486
10.6.12.	Die (Un-) Zulässigkeit der Entlastungsklage; die Klage auf Feststellung des Nichtbestehens von Vereinsansprüchen.	487
10.6.12.1.	Allgemeines	487
10.6.12.2.	Kein Anspruch auf Entlastung	487
10.6.12.3.	Ausnahmsweise zulässige Entlastungsklage	487
10.6.12.4.	Die zulässige Klage auf Feststellung des Nichtbestehens von Vereinsansprüchen	488
10.6.13.	Entscheidung der Mitgliederversammlung über die Verfolgung von Ansprüchen gegen nicht entlastete Organmitglieder	488
10.6.14.	Die Generalbereinigung.	488
10.7.	Die Pflicht des Vorstands zur Stellung des Antrags auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens	489
10.7.1.	Der Insolvenzgrund Überschuldung.	489
10.7.2.	Der Insolvenzgrund Zahlungsunfähigkeit	489
10.7.3.	Die gesetzliche und organschaftliche Pflicht des Vorstands zur Antragstellung bei einem Insolvenzgrund.	489
10.7.4.	Die Antragspflicht des faktischen Vorstands.	490
10.7.5.	Insolvenzverfahren; Haftung des Vorstands (Hinweis)	490
10.8.	Die Erfüllung der den Verein treffenden steuerlichen Pflichten durch den Vorstand (die Liquidatoren)	490
10.8.1.	Die steuerlichen Pflichten (Übersicht)	490
10.8.2.	Die Pflichterfüllung durch den Vorstand (die Liquidatoren)	491
10.8.3.	Die Pflichterfüllung durch einen gem. § 81 AO bestellten Vertreter.	491
10.8.4.	Der Beginn und das Ende der steuerlichen Vertretung.	491
10.8.5.	Die steuerliche Haftung	492
10.9.	Die Bedeutung des Bundesdatenschutzgesetzes für den Verein . . .	492
10.9.1.	Schutzbereich.	492

Inhaltsverzeichnis

10.9.2.	Die Datenerhebung	492
10.9.3.	Wahrung des Datengeheimnisses; Verpflichtung des Vorstands. . . .	492
10.9.4.	Die Bekanntgabe der Mitgliederanschriften an Mitglieder zur Wahrung der Minderheitsrechte nach § 37 BGB durch den Verein	493
10.9.5.	Weitergabe von Mitglieder Daten an Nichtvereinsmitglieder	493
10.9.6.	Zum Erfordernis der Bestellung eines Datenschutzbeauftragten und zu dessen Rechtsstellung	494
10.9.7.	Bei Fehlen einer gesetzlichen Verpflichtung zur Bestellung eines Datenschutzbeauftragten, Sicherstellung des Datenschutzes durch den Vorstand	494
10.9.8.	Haftungsfragen	495
10.9.9.	Keine Geltung des BDSG für korporative Vereinsmitglieder.	495
10.9.10.	Datenschutzrechtliche Verpflichtungen des Vereins als Arbeitgeber	496
11.	Rechtsfragen zu Vereinszeitschriften	496
11.1.	Allgemeines, insbesondere Satzungserfordernisse, Zuständigkeit .	496
11.2.	Die Beachtung der Landespressegesetze	497
11.3.	Der presserechtliche Gegendarstellungsanspruch	497
11.4.	Die gerichtliche Geltendmachung	499
11.5.	Zivilgerichtlicher Berichtigungs- bzw. Widerrufsanspruch, Schadensersatz in Geld.	499
12.	Die strafrechtliche Verantwortlichkeit des Vorstandes und sonstiger Organpersonen sowie von Bevollmächtigten wegen Veruntreuung von Vereinsvermögen	500
12.1.	Strafvorschrift	500
12.2.	Verantwortliche Personen: Vorstand und andere Organmitglieder.	500
12.3.	Die Pflicht zur Vermögensbetreuung und ihre Verletzung	501
12.4.	Zum gerechtfertigten Verhalten auf Grund Zustimmung der Mitgliederversammlung	503
12.5.	Die erforderliche Schädigung des Vereinsvermögens.	504
12.6.	Vorsatz	504
12.7.	Tatbeteiligungen	504
12.8.	Zur Untreue wegen Empfangnahme von Vergütungen bzw. überhöhter Aufwandsentschädigungen durch Vorstands- oder sonstige Organmitglieder	505
4.	Abschnitt. Weitere Vereinsorgane	506
1.	Der besondere Vertreter.	506
1.1.	Bestellung kraft Satzungsanordnung	506
1.2.	Der Verbandsgeschäftsführer	507
1.3.	Bestellungsorgan; Amtsfähigkeit.	507
1.4.	Anstellung	507
1.5.	Arbeitsrechtliche Behandlung des besonderen Vertreters	508
1.6.	Personalunion zwischen Vorstandsvorsitzenden und Geschäftsführer	508
1.7.	Ausschließliche Innenbereichszuständigkeit des besonderen Vertreters.	508
1.8.	Innen- und Außenzuständigkeit.	508
1.9.	Von der Satzung/dem Gesetz nicht gedeckte Vertretung.	509
1.10.	Die Beendigung der Organstellung	510
1.11.	Parteivernehmung des besonderen Vertreters	510

1.12.	Die Eintragungen im Vereinsregister	510
1.13.	Analoge Anwendung des § 64 BGB auf den besonderen Vertreter.	510
1.14.	Der Haftungsvertreter (Repräsentantenhaftung)	511
2.	Die fakultativen Vereinsorgane	512
2.1.	Der Aufsichtsrat.	512
2.2.	Der Ausschuss und der Hauptausschuss	514
2.3.	Das Präsidium, der geschäftsführende bzw. erweiterte Vorstand und der Gesamtvorstand	514
2.4.	Das für die Durchsetzung der Vereinsordnung zuständige Organ (Rechtsorgan)	514
V.	Die Ordnung im Verein und deren Durchsetzung	516
1.	Die autonome Vereinsordnung mit disziplinären Folgen	516
1.1.	Die erforderliche satzungsmäßige Grundlage	516
1.1.1.	Allgemeines	516
1.1.2.	Die erforderliche Normierung des sanktionsbedrohten Verhaltens; der Bestimmtheitsgrundsatz.	516
1.1.3.	Vereinsbezogene Verhaltensbestimmungen mit Sanktionsandrohung	517
1.1.4.	Zur Strafbefugnis wegen eines nicht unmittelbar vereinsbezogenen Verhaltens, insbesondere wegen der staatlichen Bestrafung eines Mitglieds ohne unmittelbaren Vereinsbezug.	517
1.1.5.	Durch Satzungsänderung neu eingeführte Verhaltensbestimmungen	519
1.1.6.	Maßgeblichkeit der Sanktionsbestimmung zur Zeit der Tat	519
1.1.7.	Die ausnahmsweise zulässige Sanktion ohne satzungsmäßige Verhaltensfestlegung.	519
1.1.8.	Verhaltenspflichten auf Grund Fremdsatzung oder -ordnung. . . .	519
1.1.9.	Die Zurechnung des Verhaltens eines Dritten	520
1.1.10.	Unzulässigkeit von satzungsmäßigen Sanktionen zur Erfüllung vertraglicher Pflichten	521
1.2.	Die Rechtsfolgen von Ordnungsverstößen	521
1.2.1.	Der Begriff Vereinsstrafe; keine Vertragsstrafe.	521
1.2.2.	Vertragsstrafen gegen Mitglieder und Nichtmitglieder	521
1.2.3.	Erfordernisse einer Vertragsstrafenvereinbarung an Stelle einer Vereinsstrafe.	522
1.2.4.	Die erforderliche satzungsmäßige Grundlage für die Festsetzung eines Ordnungsmittels.	523
1.2.5.	Übliche Vereinsstrafen	523
1.2.6.	Zum Verschulden.	524
1.2.7.	Zum Verschuldensnachweis bei Doping.	525
1.2.7.1.	Satzungsregelungen	525
1.2.7.2.	Fehlen von Verbandsregelungen	526
1.2.7.3.	Exkurs: Dopingeinwand und Spielwertung	527
1.2.8.	Die Sanktionsvoraussetzungen Vereinsmitgliedschaft oder vertragliche Unterwerfung	527
1.2.9.	Keine unzulässige Drittwirkung.	527
2.	Die Ausschließung aus dem Verein	528
2.1.	Formen der einseitigen Beendigung des Mitgliedschaftsverhältnisses durch den Verein	528
2.2.	Die freie Ausschließung (Kündigung) kraft Satzungsanordnung . . .	528
2.3.	Faktische Ausschließungen	529

Inhaltsverzeichnis

2.4.	Verlust der Mitgliedschaft durch Satzungsänderung	530
2.5.	Die automatische Beendigung der Mitgliedschaft kraft Satzungsanordnung	530
2.6.	Die Ausschließung eines Mitglieds wegen Verwirklichung eines satzungsmäßig festgelegten Grundes	531
2.6.1.	Satzungsmäßige Grundlage: Unzumutbarkeit der Fortsetzung des Mitgliedschaftsverhältnisses	531
2.6.2.	Der gelockerte Bestimmtheitsgrundsatz	531
2.6.3.	Zum Verschulden.	531
2.6.4.	Kein Ausschluss eines Nichtmitglieds; grundsätzlich auch kein wirksamer Ausschluss eines Ehrenmitglieds	532
2.7.	Die Ausschließung aus dem Verein aus einem wichtigen Grund bei Fehlen eines in der Satzung benannten konkreten Ausschlussstatbestandes	532
2.7.1.	Grundsätzlich kein Vereinsausschluss aus wichtigem Grund bei Benennung konkreter Ausschlussstatbestände in der Satzung	532
2.7.2.	Der wichtige Ausschließungsgrund	533
2.7.3.	Fälle möglicher Ausschlussgründe und Verneinung solcher Gründe	533
2.7.4.	Ausschluss einer Vereinsminderheit	533
2.7.5.	Frage des Verschuldens.	534
2.7.6.	Ausschließungsermessen.	534
2.7.7.	Verfahrensfragen	534
2.8.	Ausschluss von Organmitgliedern; Unwirksamkeit des Ausschlusses von Vorstandskollegen; Ausnahmen.	534
2.9.	Die bedingte und die zeitweise Ausschließung	535
2.10.	Die Ausschließung auf Grund echt und unecht rückwirkender Satzungsänderungen	535
2.11.	Ausschluss als ultima ratio	536
2.12.	Fälle nichtiger Vereinsausschließungen.	536
2.13.	Folgewirkungen gerichtlich für unwirksam erklärter Vereinsausschließungen	537
3.	Ordnungsmaßnahmen des Vereins ohne disziplinären Charakter.	537
4.	Das Verfahren zur Durchsetzung der Vereinsordnung	538
4.1.	Die Organzuständigkeit	538
4.1.1.	Die Zuständigkeit der Mitgliederversammlung oder des Vorstands	538
4.1.2.	Die Zuständigkeit von Vereinsgerichten	539
4.1.2.1.	Die Befugnis des Vereins zur Anordnung einer eigenen Gerichtsbarkeit	539
4.1.2.2.	Satzungserfordernisse	539
4.1.2.3.	Das Vereinsgericht als Organ des Vereins	539
4.2.	Der persönliche Geltungsbereich der Vereinsgerichtsbarkeit.	540
4.2.1.	Beginn und Ende bei Mitgliedern	540
4.2.2.	Organmitglieder ohne Vereinsmitgliedschaft	540
4.2.3.	Die Verbindlichkeit der Verbandsgerichtsbarkeit bei Zentralvereinen; Unterwerfungsverhältnisse.	540
4.3.	Der sachliche Geltungsbereich der Vereinsgerichtsbarkeit.	541
4.3.1.	Disziplinärer Ordnungsbereich	541
4.3.1.1.	Ausschließungstreitigkeiten.	541
4.3.1.2.	Streitigkeiten aus dem disziplinären Ordnungsbereich	541
4.3.2.	Nichtdisziplinärer Ordnungsbereich	541
4.3.2.1.	Rechtstatsächliches.	541

4.3.2.2.	Die Nachprüfung von Beschlüssen von Vereinsorganen	541
4.3.2.3.	Die Zuweisung von Organstreitigkeiten.	541
4.3.2.4.	Die Zuweisung nichtdisziplinärer Streitigkeiten zwischen dem Verein (Verband) und seinen Mitgliedern.	542
4.3.2.5.	Die Zuweisung von Streitigkeiten unter Mitgliedern, die sich aus dem Mitgliedschaftsverhältnis ergeben.	542
4.4.	Verfahrensgrundsätze	543
4.4.1.	Verfahrensordnung des Vereins; Vorschusspflicht	543
4.4.2.	Die Verfahrenseinleitung	543
4.4.2.1.	Die Antragstellung in Ordnungsverfahren mit disziplinärem Charakter sowie beim Vereinsausschluss.	543
4.4.2.2.	Zur Zulässigkeit eines Rehabilitationsverfahrens	544
4.4.2.3.	Die amtswegige Einleitung eines Disziplinar-Ordnungsverfahrens durch besondere Kontrollorgane	544
4.4.2.4.	Die Beachtung etwaiger Fristen	544
4.4.2.5.	Keine Zuständigkeit des Vorstands zur Ausschließung von Vorstandskollegen oder von Mitgliedern anderer Vereinsorgane	545
4.4.2.6.	Die Verwirkung des Anspruchs auf Verhängung von disziplinären Ordnungsmaßnahmen einschließlich des Ausschließungsrechts	545
4.4.2.7.	Die Prüfung bei Einleitung eines Ordnungsverfahrens.	546
4.4.3.	Das Verfahren bis zur Beratung über den Ordnungstatbestand.	546
4.4.3.1.	Die Mitteilung der Tagesordnung im Falle der Zuständigkeit der Mitgliederversammlung oder des Vorstands	546
4.4.3.2.	Satzungsmäßige Besetzung des Ordnungsorgans; Ersatzzuständigkeit der Mitgliederversammlung.	546
4.4.3.3.	Keine Mitwirkungspflicht des »Beschuldigten«.	547
4.4.3.4.	Die Gewährung rechtlichen Gehörs.	547
4.4.3.5.	Die Entscheidung vorbereitende Maßnahmen; der u. U. erforderliche Sühneversuch	548
4.4.4.	Verfahrensgrundsätze für die Beratung bzw. Verhandlung über eine Ordnungsmaßnahme	549
4.4.4.1.	Die Ablehnung von Mitgliedern des Ordnungsorgans	549
4.4.4.2.	Zur Frage der Zulassung von Vertretern eines Mitglieds, insbesondere eines Rechtsanwalts	549
4.4.5.	Entscheidungsgrundsätze bei Ordnungsmaßnahmen	550
4.4.5.1.	Die eigenständige Verhaltensbeurteilung	550
4.4.5.2.	Zum Ermessen, eine Ordnungsmaßnahme zu verhängen.	551
4.4.5.3.	Die Beachtung der Treuepflicht und des Gleichbehandlungsgrundsatzes.	551
4.4.5.4.	Die Beachtung des Grundsatzes »ne bis in idem«	552
4.4.5.5.	Keine Verfahrensmitwirkung eines durch den Ordnungsverstoß unmittelbar betroffenen Mitglieds oder Organmitglieds oder bei »Richten in eigener Sache«	552
4.4.5.6.	Selbstablehnung des durch eine Ordnungswidrigkeit verletzten Mitglieds eines Ordnungsorgans	552
4.4.5.7.	Zuständigkeit der Mitgliederversammlung bei Betroffenheit des an sich zuständigen Vorstands	553
4.4.5.8.	Zum Stimmrechtsausschluss des Betroffenen im Falle der Zuständigkeit der Mitgliederversammlung für die Entscheidung über Ordnungsmaßnahmen.	553
4.4.5.9.	Einzelabstimmung bei Ordnungsverfahren gegen mehrere Mitglieder; zum Stimmrechtsausschluss	553
4.4.5.10.	Kein Stimmrechtsausschluss wegen Vorbefassung.	553

4.4.5.11.	Beachtung der zur Tatzeit geltenden Vereinssanktionsbestimmungen	553
4.4.5.12.	Erforderliche Abstimmungsmehrheiten	553
4.4.6.	Bekanntgabe der Ordnungsentscheidung an den Betroffenen.	554
4.4.6.1.	Grundsätzliche Bekanntgabe des Vereinsausschlusses durch den Vorstand	554
4.4.6.2.	Bekanntgabe anderer Ordnungsentscheidungen.	554
4.4.6.3.	Satzungsbestimmungen zur Eröffnung bzw. zum Zugang der Ordnungsentscheidung	554
4.4.7.	Die Wirksamkeit der Ordnungsentscheidung.	555
4.4.8.	Zum Erfordernis der Begründung einer Vereinsordnungsmaßnahme	555
4.4.9.	Zur Kostengrundscheidungs.	556
4.4.10.	Ersatz von Anwaltskosten durch den Verein im Falle einer unbegründeten Anschuldigung	556
4.4.11.	Nach bestandskräftiger Ablehnung einer Ordnungsmaßnahme grundsätzlich keine Neubehandlung	557
4.4.12.	Zur Zulässigkeit der erneuten Entscheidung über eine Vereinsstrafe und ihrer Aufhebung durch die letzte zuständige Vereinsinstanz	557
4.5.	Zulässigkeit der Bekanntgabe einer Vereinsstrafe an die Mitglieder sowie deren Veröffentlichung in der Vereinszeitschrift	557
4.6.	Tatsachenentscheidungen des (Sport-)Schiedsrichters und deren eingeschränkte vereins- und staatsgerichtliche Nachprüfung	558
4.6.1.	Rechtsgrundlagen.	558
4.6.2.	Der Begriff Tatsachenentscheidungen.	559
4.6.3.	Fehlerhafte Regelanwendung	560
4.6.4.	Ausnahmsweise verbands- und staatsgerichtliche Nachprüfung von Tatsachenentscheidungen	560
5.	Vereinsinterne Rechtsmittel im disziplinarischen und nichtdisziplinarischen Ordnungsbereich.	561
5.1.	Satzungsmäßige Belehrung der Rechtsfolgen der Nichtanrufung oder nicht rechtzeitigen Anrufung einer vereinsinternen Rechtsmittelinstanz	561
5.2.	Vor einer gerichtlichen Klage grundsätzlich Einhaltung des vereinsinternen Rechtsmittelweges.	561
5.3.	Satzungsmäßige Festlegung des Rechtsmittelweges; zur Zulässigkeit einer bloßen Verfahrensordnung.	561
5.4.	Vereinsregelungserfordernisse im Einzelnen	562
5.4.1.	Bestimmung der Rechtsmittelinstanz	562
5.4.2.	Bestimmung des Rechtsmittelberechtigten	562
5.4.3.	Form der Rechtsmitteleinlegung	562
5.4.4.	Bestimmung einer Frist zur Rechtsmitteleinlegung; Verwirkung im Falle des Fehlens einer solchen Anordnung	562
5.4.5.	Beschränkung der Rechtsmittelbefugnis.	563
5.4.6.	Zahlung eines Kostenvorschusses; Folgen der Nichtentrichtung	563
5.4.7.	Verfahrensgrundsätze für die Rechtsmittelinstanz.	563
5.4.7.1.	Beachtung nur elementarer Verfahrensgrundsätze	563
5.4.7.2.	Zweite Instanz grundsätzlich Fortsetzung der ersten Instanz.	563
5.4.7.3.	Dritte Vereinsinstanz als Rechtsbeschwerdeinstanz.	564
5.5.	Im disziplinarischen Bereich grundsätzlich aufschiebende Wirkung eines Rechtsmittels; Ausnahmen	564

VI. Vereinsstreitigkeiten vor Gericht	565
1. Abschnitt. Vereinsstreitigkeiten vor dem ordentlichen Gericht	565
1. Allgemeine Grundsätze	565
1.1. Der Begriff Vereinsstreitigkeit; Zuständigkeit der ordentlichen (Zivil-)Gerichte	565
1.2. Grundsätzlich kein satzungsmäßiger Ausschluss des Rechtsweges zum (Schieds-)Gericht	565
1.2.1. Der Grundsatz	565
1.2.2. Die Ausnahmen	566
1.3. Zur Anrufung des Staatsgerichts bzw. Schiedsgerichts bei Versäumung des vereinsinternen Rechtsmittelweges und bei satzungsmäßigen Klagefristen sowie zur Verwirkung des Klagerechts.	566
1.3.1. Gerichtliche Anfechtung von Vereinsmaßnahmen ohne Einhaltung des vereinsinternen Rechtsmittelweges bei fehlender satzungsmäßiger Belehrung	566
1.3.2. Gesetzliche und satzungsmäßige Klagfristen.	567
1.3.3. Zur Verwirkung des Klagerechts.	567
1.4. Notwendigkeit und Entbehrlichkeit der Einhaltung des vereinsinternen Rechtsmittelweges (Vorschaltverfahren).	569
1.4.1. Der Grundsatz	569
1.4.2. Ausnahmen	569
1.4.3. Grundsätzliche vorherige Anrufung der Mitgliederversammlung vor einer Klage bei Streit unter Vorstandsmitgliedern oder unter Mitgliedern sonstiger Vereinsorgane	570
2. Die sachliche Zuständigkeit eines Amts- oder Landgerichts.	570
2.1. Die erstinstanzielle Zuständigkeit eines Landgerichts.	570
2.2. Die erstinstanzielle Zuständigkeit eines Amtsgerichts.	570
2.3. Zum Streitwert in Vereinsstreitigkeiten	570
2.4. Die örtliche Zuständigkeit	573
2.4.1. Klagen gegen den Verein	573
2.4.2. Klagen des Vereins gegen seine Mitglieder oder der Mitglieder gegeneinander.	574
2.4.3. Beginn und Ende dieser Sitzgerichtsstände.	575
2.4.4. Der Gerichtsstand im Falle der Vereinsinsolvenz	575
3. Der Verein (Insolvenzverwalter) als Partei; die gesetzliche Vertretung des Vereins	575
3.1. Die Parteifähigkeit	575
3.1.1. Beginn der Parteifähigkeit des rechtsfähigen Vereins.	575
3.1.2. Ende der Parteifähigkeit des rechtsfähigen Vereins	575
3.1.3. Die Parteifähigkeit des nichtrechtsfähigen Vereins im Zivilprozess	576
3.1.4. Die aktive und passive Parteifähigkeit von Vereinsuntergliederungen.	576
3.2. Der Insolvenzverwalter als Partei	577
4. Die Vertretung des Vereins	578
5. Zur Bewilligung von Prozesskostenhilfe an den Verein	578
6. Mögliche Klagen bei Vereinsstreitigkeiten	578
6.1. Die Feststellungsklage	578
6.1.1. Allgemeines	578
6.1.2. Mögliche Klaganträge	578
6.1.3. Die Beschränkung der Feststellungsklage auf Beschlussteile	579

6.1.4.	Zur Pflicht eines Mitglieds zur Erhebung einer Feststellungsklage aus dem Treuegedanken heraus	579
6.1.5.	Die Klageberechtigten und das Feststellungsinteresse	579
6.1.6.	Der Verein als (grundsätzlich) Beklagter.	580
6.1.7.	Fragen der Darlegungs- und Beweislast bei Anfechtung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung	581
6.1.7.1	Allgemeine Grundsätze	581
6.1.7.2.	Verfahrensrechtliche Pflichten des Anfechtungsklägers.	582
6.1.7.3.	Sekundärpflichten des Vereins	582
6.1.7.4.	Darlegungs- und Beweislast des Vereins bei ins Feld geführten Verfahrensfehlern	582
6.1.7.5.	Offensichtliche Irrelevanz und offensichtliche Relevanz	583
6.1.7.6.	Ausnahmsweise Beweisbelastung des anfechtenden Mitglieds bei der Protokollgenehmigung	583
6.1.7.7.	Beweisbelastung des Vereins für materielle Fehlerfreiheit	583
6.1.8.	Rechtskraftwirkung	584
6.1.9.	Die positive Beschlussfeststellungsklage	584
6.1.10.	Grundsätzlich keine gerichtliche Anfechtung negativer Sachbeschlüsse	585
6.1.11.	Die Feststellungsklage des Vereins gegen den abberufenen Vorstand	585
6.2.	Die Leistungsklage	585
6.2.1.	Die Aufnahmeklage	585
6.2.2.	Klage des Vereins gegen Mitglieder	585
6.2.3.	Die Einrede der Nichtigkeit oder Anfechtbarkeit eines Versammlungsbeschlusses.	586
6.2.4.	Die Mitgliederklage (im engeren Sinne) gegen den Verein wegen unmittelbarer Rechtsverletzung	586
6.2.5.	Die Klage des ehrenamtlich für den Verein tätigen Mitglieds auf Freistellung von einer Verbindlichkeit nach Übernahme einer gefahrgeneigten Tätigkeit	587
6.2.6.	Klage des Mitglieds gegen den Verein wegen unberechtigten Ausschlusses	587
6.2.7.	Klage des Mitglieds gegen den Verein und/oder gegen den Vorstand wegen schuldhafter Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.	587
6.2.8.	Zur Klage eines Mitglieds gegen den Verein wegen der Verletzung des Persönlichkeitsrechts.	587
6.2.9.	Klage eines Mitglieds eines Züchtervereins gegen diesen auf Schadensersatz wegen fehlerhafter Verweigerung der Eintragung eines gekörten Tieres in das Zuchtbuch	588
6.2.10	Klage eines Sportvereins gegen den Sportverband auf Schadensersatz wegen unberechtigten Punkteabzugs	588
6.2.11.	Gerichtliche Anfechtung von Beschlüssen der Delegiertenversammlung eines Zentralverbandes durch ein Mitglied ohne Delegiertenstellung	588
6.2.12.	Klage von Mitgliedern gegen den Verein und gegen Organmitglieder oder nur gegen Organmitglieder	588
6.2.13.	Keine Widerrufsklage vor oder während der Anhängigkeit eines Vereinsordnungsverfahrens	588
6.2.14.	Zur Zulässigkeit der Mitgliederklage – actio pro socio – beim Verein	589
6.2.15.	Die Klagen von Mitgliedern gegeneinander	590

6.3.	Die Gestaltungsklage	590
6.3.1.	Grundsätzliches zur Gestaltungsklage.	590
6.3.2.	Mögliche Gestaltungsklagen.	590
6.4.	Organstreitigkeiten	591
6.4.1.	Der Begriff.	591
6.4.2.	Die Leistungsklage des Vereins gegen Organmitglieder	591
6.4.2.1.	Mögliche Klagen	591
6.4.2.2.	Darlegungs- und Beweislast bei Schadensersatzklagen wegen pflichtwidriger Amtsführung.	591
6.4.3.2.	Der Ausgleichsanspruch des Vereins gegen ein Organmitglied	592
6.4.3.	Die Klage des Vorstands wegen Nichtentlastung	593
6.4.3.1.	Die Beschlussfeststellungsklage.	593
6.4.3.2.	Die Leistungsklage auf Entlastung	593
6.4.3.3.	Die Klage auf Beschlussfassung über die Entlastung.	593
6.4.3.4.	Die negative Feststellungsklage bei Verweigerung der Entlastung und Fehlen eines besonderen Entlastungsanspruchs	593
6.4.4.	Klage des Vorstands gegen seine Abberufung	594
6.4.5.	Streitigkeiten zwischen Vereinsorganen; erforderliche Anrufung der Mitgliederversammlung vor einer Feststellungsklage	594
6.4.6.	Streitigkeiten zwischen verschiedenen Organen desselben Vereins	594
7.	Die gerichtlichen Prüfungen bei Vereinsstreitigkeiten	595
7.1.	Die Inhaltskontrolle von Vereinsregelungen und -maßnahmen	595
7.1.1.	Gesetzmäßigkeitskontrolle und Inhaltskontrolle.	595
7.1.2.	Kritik und Zustimmung	596
7.1.3.	Keine Inhaltskontrolle bei Satzungen und Maßnahmen von Religionsgesellschaften und Weltanschauungsgemeinschaften bei fehlender Außenwirkung	597
7.2.	Die gerichtlichen Prüfungen bei disziplinären Ordnungsmaßnahmen einschließlich des Vereinsausschlusses.	598
7.2.1.	Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen disziplinären Ordnungsmaßnahmen und Ausschließung	598
7.2.2.	Übersicht über die gerichtlichen Prüfungen	598
7.2.3.	Volle Nachprüfung der formellen Ordnungsmäßigkeit.	599
7.2.3.1.	Vorschaltverfahren	599
7.2.3.2.	Erstreckung der Vereinsordnungsgewalt auf den Betroffenen	599
7.2.3.3.	Satzungsmäßige Grundlage der Ordnungsmaßnahme	599
7.2.3.4.	Ordnungsmäßigkeit des Verfahrens nach Gesetz und Satzung	599
7.2.3.5.	Prüfung der Beachtung allgemein gültiger, ungeschriebener Verfahrensgrundsätze	600
7.2.3.6.	Prüfung der Ordnungsmaßnahme auf Vereinbarkeit mit dem staatlichen Recht	601
7.2.4.	Die unbeschränkte staatsgerichtliche Sachverhaltskontrolle	601
7.2.5.	Die beschränkte Nachprüfung der Subsumtion des festgestellten Sachverhalts unter eine Sanktionsnorm bei Vereinen ohne Aufnahmezwang	602
7.2.6.	Der Willküratbestand	602
7.2.7.	Die grobe Unbilligkeit	602
7.2.8.	Die uneingeschränkte Prüfung des wichtigen Grundes bei einem nicht in der Satzung geregelten Ausschluss.	603
7.2.9.	Die Billigkeitsprüfung bei Ausschluss aus einem Verein mit Aufnahmezwang	603
7.2.10.	Fragen der Darlegungs- und Beweislast	604

7.2.11.	Im Prozess kein Nachschieben von Gründen	604
7.2.12.	Die staatsgerichtliche Feststellung der Unwirksamkeit einer Vereinsmaßnahme; keine abändernde oder ersetzende Entscheidung der Vereinsinstanz	605
7.2.13.	Einrede der Nichtigkeit	605
7.3.	Die gerichtliche Überprüfung von nichtdisziplinären Ordnungsmaßnahmen von Verbänden und Vereinen	606
7.3.1.	Beispiele für solche Streitfälle	606
7.3.2.	Zur Prüfungsbefugnis des Gerichts bei nichtdisziplinären Ordnungsentscheidungen oder Vereinsmaßnahmen ohne Strafcharakter.	607
7.3.3.	Die sehr eingeschränkte gerichtliche Nachprüfung von Preisrichter- bzw. Rennausschussentscheidungen	608
7.4.	Folgewirkungen rechtskräftiger Urteile in Vereinssachen	609
7.4.1.	Unwirksamkeit einer Ausschließung.	609
7.4.2.	Schadensersatzansprüche des zu Unrecht ausgeschlossenen Mitglieds	610
7.4.3.	Unwirksamkeit von Wahlen.	610
7.4.4.	Unwirksamkeit des Widerrufs des Vorstandsamtes	610
7.4.5.	Registereinreichungen	611
7.4.6.	Zur Bindung des Registergerichts an rechtskräftige Urteile und einstweilige Verfügungen des Prozessgerichts.	611
8.	Einstweiliger Rechtsschutz in Vereinssachen	612
8.1.	Allgemeines	612
8.2.	Antragsberechtigung	612
8.3.	Verfügungsanspruch.	613
8.4.	Verfügungsgrund	613
8.5.	Keine Ausschöpfung des vereinsinternen Rechtsweges	613
8.6.	Zum verschlossenen und eröffneten einstweiligen Rechtsschutz in einer Angelegenheit der Freiwilligen Gerichtsbarkeit	613
8.7.	Einzelfälle	614
8.7.1.	Verhinderung der Abhaltung einer Mitgliederversammlung.	614
8.7.2.	Doppeleinberufungen	614
8.7.3.	Einwirkung auf die Willensbildung in der Mitgliederversammlung	614
8.7.4.	Zuziehung eines Beraters	615
8.7.5.	Aussetzung von disziplinären Ordnungsmaßnahmen	615
8.7.6.	Suspendierung von einer Organstellung; Tätigkeitsverbot	615
8.7.7.	Abberufener Vorstand	616
8.7.8.	Verbot der Anmeldung eines Vereinsbeschlusses zum Vereinsregister	617
8.7.9.	Gegendarstellung.	617
8.7.9.1.	Presserechtlicher Anspruch.	617
8.7.9.2.	Deliktsrechtlicher Anspruch.	617
8.7.10.	Einstweiliger Rechtsschutz bei Verletzung von Mitgliedschaftsrechten, insbesondere durch ungerechtfertigte Bestrafung oder durch Vereinsausschluss	617
8.7.11.	Einstweiliger Rechtsschutz im Sportbereich	618
8.7.12.	Einstweiliger Rechtsschutz durch das Vereinsschiedsgericht	618
8.7.13.	Einstweilige Verfügung und Registergericht	618
8.7.14.	Kein einstweiliger Rechtsschutz in einer Angelegenheit der Freiwilligen Gerichtsbarkeit	619

2. Abschnitt. Vereinsstreitigkeiten vor dem Schiedsgericht	620
1. Grundsätzliche Gleichstellung der privaten Schiedsgerichtsbarkeit mit der staatlichen Rechtsprechung	620
2. Die Einrede der bestehenden Schiedsklausel in einem Zivilprozess	620
3. Mögliche Klagen zum Schiedsgericht	620
3.1. Vorbehalt der bürgerlichen Rechtsstreitigkeit	620
3.2. Leistungs- und Feststellungsklagen	620
3.3. Die Gestaltungsklage	620
3.4. Die Klage im Urkundenprozess	621
4. Die aufschiebende Wirkung der Anrufung des Schiedsgerichts	621
5. Maßnahmen des einstweiligen Rechtsschutzes durch ein Schiedsgericht	621
5.1. Gesetzliche Entscheidungskompetenz	621
5.2. Entscheidungszuständigkeit	622
5.3. Glaubhaftmachung	622
5.4. Gewährung des rechtlichen Gehörs	622
5.5. Entscheidung; Verbot der Zwangsandrohung; Sicherheitsleistung	622
5.6. Rechtsbehelfe	623
5.7. Wirksamkeit und Vollziehbarkeit	623
5.8. Originäre staats- und schiedsgerichtliche Zuständigkeit für einstweilige bzw. sichernde Maßnahmen	624
5.9. Beachtung der schiedsgerichtlichen Hauptsachezuständigkeit durch das Staatsgericht	625
VII. Haftungsverhältnisse	626
1. Die sog. Organhaftung	626
1.1. Der Normzweck des § 31 BGB und sein persönlicher und sachlicher Geltungsbereich	626
1.1.1. Rechtsgrundlage der Organhaftung	626
1.1.2. Normzweck	626
1.1.3. Persönlicher Anwendungsbereich des § 31 BGB	626
1.1.4. Sachlicher Anwendungsbereich des § 31 BGB: keine Haftungsbegründung	627
1.2. Haftung des Vereins für verfassungsmäßig berufene Vertreter und weitere Vereinsrepräsentanten und Ausnahmen	628
1.2.1. Unmittelbare Anwendung des § 31 BGB	628
1.2.2. § 31 BGB in erweiterter Anwendung	628
1.2.2.1. Haftung für Innenorgane	628
1.2.2.2. Haftung für den faktisch tätigen Vorstand sowie für den ausgeschiedenen Vorstand	629
1.2.2.3. Haftung für Vereinsrepräsentanten auch ohne Vertretungsbefugnis	629
1.2.3. Keine Vereinshaftung für die Mitglieder des (echten) Vereinsschiedsgerichts	630
1.3. Haftungsvoraussetzung: vereinsamtliche Tätigkeit	631
1.3.1. Vereinsamtliche Tätigkeiten	631
1.3.2. Keine Zurechnung bei außeramtlichem Verhalten	631
1.3.3. Besonderheiten bei der Haftung aus Gefährdung	632
1.4. Der Einfluss der Vertretungsordnung auf die Organhaftung	632
1.5. Der haftungsbegünstigte Dritte	633
1.5.1. Außenstehende Personen	633
1.5.2. Vereinsmitglieder	633
1.5.3. Organmitglieder	634

1.6.	Der haftende Verein	634
1.6.1.	Monoverein	634
1.6.2.	Personalunion: mehrere haftende Vereine	634
1.6.3.	Mehrspartenverein und Zentralverband	634
1.6.4.	Personalunion im Verein und in einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft sowie Entsendungsfall	635
1.6.5.	Delegierte	635
1.6.6.	Verschmelzung	635
1.7.	Mitwirkendes Verschulden	636
1.8.	Die persönliche Haftung des Vorstands; gesamtschuldnerische Haftung und Ausgleichspflicht; Beweisfragen	636
1.8.1.	Die persönliche Haftung	636
1.8.2.	Gesamtschuldnerische Haftung; Inanspruchnahme des Vorstandsvorsitzenden	636
1.8.3.	Innenausgleich zwischen Verein und haftendem Organmitglied	637
1.9.	Darlegungs- und Beweislast	637
1.9.1.	Inanspruchnahme durch Dritte	637
1.9.2.	Inanspruchnahme des Vorstands usw. durch den Verein	638
1.10.	Kein Ausschluss und keine Milderung der sich aus § 31 BGB ergebenden Vereinshaftung durch die Satzung; vertragliche Haftungsbegrenzung	638
1.10.1.	§ 31 BGB als zwingende Gesetzesvorschrift	638
1.10.2.	Vertragliche Haftungsbegrenzung; Ausnahme	639
1.11.	Gesetzliche Haftungsbeschränkungen bei ehrenamtlicher und unentgeltlicher Vorstandstätigkeit	639
1.12.	Haftungseinschränkung bei ehrenamtlicher und gefahrgeneigter Vorstandstätigkeit nach der Rechtsprechung	639
2.	Besondere Organhaftungsverhältnisse	640
2.1.	Die Haftung des Vereins für Organisationsmängel	640
2.1.1.	Grundsätze	640
2.1.2.	Grundsätzlich keine Außenhaftung des Vereins bei einem vereinsinternen Organisationsmangel	641
2.1.3.	Übersicht über die Haftung wegen Organisationsmängel	641
2.1.4.	Einzelfälle	642
2.1.5.	Zur Organisationspflicht eines Vereins als Träger eines Krankenhauses (Übersicht)	643
2.2.	Die Haftung des Vereins und des Vorstands wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht	644
3.	Besondere Vereins- und Vorstandshaftungsfälle	644
3.1.	Keine Anwendung des § 31 BGB bei sozialversicherungsrechtlicher Haftung des Vereins als Unternehmer	644
3.2.	Keine Anwendung des § 31 BGB bei der Vorstandshaftung nach § 25 Abs. 1 UmwG	645
4.	Die Erweiterung der Vereinshaftung bei Vereinsvormundschaft und Vereinsbetreuung	645
4.1.	Allgemeines zur Vereinsvormundschaft und Vereinsbetreuung	645
4.2.	Haftungsverhältnisse	645
4.2.1.	Haftung des Vereins bei Fehlen jeglichen Bezugs zur Vormundschaft oder Betreuung	645
4.2.2.	Haftung des Vereins im Rahmen der Vereinsvormundschaft oder Vereinsbetreuung	646
4.2.2.2.	Vereinsbetreuung	646
4.2.2.3.	Einzelbetreuer	646

5.	Die Haftungsverschärfung für Lohnsteuerhilfvereine	647
6.	Die Haftungsverlagerung bei Tätigkeit des Vereins als öffentlich-rechtlich Beliehener	647
6.1.	Allgemeine Grundsätze	647
6.2.	Einzelfälle öffentlich-rechtlicher Beleihungstätigkeiten	648
6.3.	Grenzfälle; Haftung des beliehenen Vereins	649
6.4.	Der Unfallversicherungsschutz	649
6.4.1.	Der Verein als Unternehmer	649
6.4.2.	Der Verein als Beitragspflichtiger	650
6.4.3.	Allgemeines zur Versicherung gegen Arbeitsunfall	650
6.4.4.	Der Unfallversicherungsschutz auf Grund eines Beschäftigungsverhältnisses von Nichtvereinsmitgliedern	651
6.4.5.	Grundsätzlich kein Unfallversicherungsschutz für Vereinsmitglieder und deren ausnahmsweise versicherungsrechtliche Beschäftigung	652
6.4.6.	Grundsätzlich kein Versicherungsschutz bei freiberuflicher Tätigkeit für einen Verein; Ausnahmen	654
6.4.7.	Versicherungsschutz bei ehrenamtlicher Tätigkeit in Berufsverbänden der Landwirtschaft	655
6.4.8.	Versicherungsschutz bei ehrenamtlicher Tätigkeit im Gesundheitswesen und in der Wohlfahrtspflege	655
6.4.9.	Versicherungsschutz bei ehrenamtlicher Tätigkeit als Helfer in Unglückshilfe-Unternehmen und im Zivilschutz	656
6.4.10.	Versicherungsschutz bei ehrenamtlicher Tätigkeit in bestimmten privatrechtlichen Verbänden	656
6.4.11.	Versicherungsschutz im Rahmen der Entwicklungshilfe	657
6.4.12.	Unfallversicherungsschutz für Organmitglieder bei Fehlen einer ausdrücklichen gesetzlichen Einbeziehung	657
6.4.13.	Grundsätzlich kein Versicherungsschutz bei ehrenamtlicher Organtätigkeit	657
6.4.14.	Versicherungsschutz des Betriebssports in der Organisation eines Vereins	658
6.5.	Die Haftungsverlagerung vom Verein als Unternehmer oder von diesem Beschäftigten auf den Träger der gesetzlichen Unfallversicherung	659
6.5.1.	Die Haftungsetzsetzung durch gesetzlichen Unfallversicherungsschutz	659
6.5.2.	Die Haftungsbeschränkung zu Gunsten der Unternehmer	659
6.5.3.	Haftungsverlagerung zu Gunsten anderer im Betrieb des Vereins tätiger Personen	660
6.5.4.	Keine Haftungsverlagerung bei vorsätzlichem Handeln des Schädigers	661
6.5.5.	Keine Haftungsverlagerung bei Wegeunfällen; Ausnahmen bei Betriebswegeunfällen	661
7.	Die Haftung des Vereins für seine Angestellten und für seine Mitglieder	662
7.1.	Die Haftung für Erfüllungsgehilfen	662
7.1.1.	Der Begriff Erfüllungsgehilfe	662
7.1.2.	Haftungsfälle und mögliche Erfüllungsgehilfen des Vereins	663
7.1.3.	Die mögliche Haftungsbegrenzung	663
7.2.	Die Haftung für Verrichtungsgehilfen	664
7.2.1.	Der Begriff Verrichtungsgehilfe	664
7.2.2.	Mögliche Verrichtungsgehilfen des Vereins	664
7.2.3.	Verrichtungsgehilfe bei zweifelhaftem organschaftlichen Handeln	665

8.	Die Haftung der Organmitglieder dem Verein und den Vereinsgläubigern gegenüber	665
8.1.	Die Haftung der Organmitglieder dem Verein gegenüber	665
8.1.1.	Die Haftungsgrundlagen	665
8.1.2.	Von der Haftung betroffene Organmitglieder sowie Beginn und Ende der Haftung.	665
8.1.3.	Haftungsmaßstab	666
8.1.4.	Insbesondere: Die Pflicht der Vorstandsmitglieder zur Verschwiegenheit	669
8.1.5.	Der Inhalt der Haftung; Freistellungsanspruch des Vereins	670
8.1.6.	Haftungseinschränkung bei einer Geschäftsverteilung	670
8.1.7.	Haftungsausschluss bei Befolgung eines Weisungsbeschlusses der Mitgliederversammlung	671
8.1.8.	Darlegungs- und Beweislast	671
8.1.9.	Gesamtschuldnerische Haftung mehrerer Vorstandsmitglieder; zur Haftungsheranziehung nur des Vorstandsvorsitzenden	671
8.1.10.	Innenausgleich unter mehreren haftenden Vorstandsmitgliedern.	672
8.1.11.	Der Verzicht und der Vergleich	672
8.1.12.	Die Verjährung	672
8.1.13.	Die gerichtliche Geltendmachung	672
8.2.	Die Haftung des Vorstands gegenüber Vereinsgläubigern	673
8.2.1.	Die allgemeine Deliktshaftung.	673
8.2.2.	Die Haftung wegen Herbeiführung eines Versicherungsfalles.	673
8.2.3.	Die Haftung des Vorstands wegen schuldhaft unterlassener Stellung des Insolvenzantrags	673
8.2.3.1.	Haftungsgrundsätze	673
8.2.3.2.	Haftung gegenüber sog. Altgläubigern	674
8.2.3.3.	Haftung gegenüber den sog. Neugläubigern.	674
8.2.3.4.	Zum Verschulden der Vorstandsmitglieder.	674
8.2.3.5.	Beweisfragen	675
8.2.3.6.	Verjährung.	675
8.2.3.7.	Keine Haftung außerhalb des Schutzbereichs des § 42 Abs. 2 BGB	675
8.2.3.8.	Die Haftung dem Verein gegenüber.	676
8.2.4.	Die Haftung des Vorstands wegen Nichtabführung der Beiträge des Arbeitnehmers zur Sozialversicherung oder zur Bundesanstalt für Arbeit.	676
8.3.	Die Gläubigerhaftung der Liquidatoren	678
8.4.	Haftung des Vorstands und sonstiger Vereinsrepräsentanten für Steuerschulden des Vereins sowie Haftung auch des Vereins bei Spendenverstoß und Nichtabführung der Lohnsteuer.	678
8.4.1.	Allgemeines	678
8.4.2.	Steuerliche Pflichten der Vertretungsorgane	678
8.4.3.	Beginn und Ende der steuerlichen Pflichten des Vorstands usw.	679
8.4.4.	Steuerliche Verantwortung bei mehreren Vorstandsmitgliedern	680
8.4.5.	Haftungsbefreiung bei Einschaltung eines Steuerberaters.	680
8.4.6.	Mögliche Haftungsbegrenzung im Falle der schriftlichen Ressortaufteilung	680
8.4.7.	Steuerliche Haftungsgrundsätze für Organpersonen des Vereins	681
8.4.8.	Ermessen der Haftungsinanspruchnahme bei mehreren Haftenden	683
8.4.9.	Haftung des Vereins, des Vorstands und nicht vertretungsberechtigter Organmitglieder bei einem Spendenverstoß.	684

8.4.10.	Haftung des Vereins und Vorstands wegen Nichtabführung der Lohnsteuer.	685
9.	Haftungsverhältnisse zwischen dem Verein und seinen Mitgliedern.	685
9.1.	Die Haftung des Mitglieds dem Verein gegenüber.	685
9.1.1.	Die Erfüllungshaftung.	685
9.1.2.	Die Haftung aus unerlaubter Handlung.	685
9.2.	Die Haftung des Vereins den Mitgliedern gegenüber.	686
9.2.1.	Das Mitgliedschaftsrecht als sonstiges Recht i. S. d. § 823 Abs. 1 BGB und die Begründung einer Schadensersatzverpflichtung des Vereins »ähnlich der positiven Vertragsverletzung«.	686
9.2.2.	Mögliche Haftungstatbestände.	686
9.2.3.	Mitwirkendes Verschulden des Mitglieds.	687
9.2.4.	Haftende.	687
9.3.	Sonderfall: Ansprüche eines Mitglieds oder Nichtmitglieds nach rechts-widriger Bestrafung und der Veröffentlichung in der Vereinszeitschrift.	687
9.3.1.	Sachverhalte aus der Vereinspraxis.	687
9.3.2.	Der presserechtliche Gegendarstellungsanspruch.	688
9.3.3.	Ansprüche des betroffenen Mitglieds oder Nichtmitglieds.	689
9.3.3.1.	Deliktsrechtlicher Anspruch auf rehabilitierende Veröffentlichung in der Vereinszeitschrift.	689
9.3.3.2.	Schadensersatzansprüche gegen den Verein und gegen die verantwortlichen Organmitglieder.	690
9.3.3.3.	Anspruch auf Geldentschädigung wegen schwerer Persönlichkeitsverletzung.	690
9.4.	Die Haftung der Vereinsmitglieder untereinander (insbesondere im Bereich des Sports).	691
9.4.1.	Der Anspruch des schädigenden Vereinsmitglieds auf Haftungsfreistellung durch den Verein.	691
10.	Haftungsmilderung.	691
10.1.	Haftungsmilderung wegen Schadensverursachung bei betrieblich veranlasster Arbeitsleistung.	691
10.1.1.	Allgemeines.	691
10.1.2.	Zur Haftungsmilderung zu Gunsten von Vereinsorganen und von Vereinsrepräsentanten.	692
10.1.3.	Haftungsmilderung zu Gunsten von Vereinsmitgliedern.	692
10.2.	Einzelvertragliche Haftungseinschränkungen mit Dritten.	693
10.2.1.	Allgemeine Grundsätze.	693
10.2.2.	Enthafungsvereinbarungen des Vereins und das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen.	694
11.	Die Haftung des Vereins mit seinem Vermögen; ausnahmsweise Haftungsdurchgriff auf die Vereinsmitglieder.	695
11.1.	Die Haftung des Vereins mit seinem Vermögen.	695
11.2.	Der Begriff Haftungsdurchgriff.	695
11.3.	Grundsätzlich keine Durchgriffshaftung wegen zweckwidriger Überschreitung des Nebenzweckprivilegs.	696
11.4.	Einzelne Durchgriffsfälle im Kapitalgesellschaftsrecht, kaum beim Verein.	696
11.4.1.	Haftung wegen existenzgefährdenden Eingriffs.	696
11.4.2.	Haftung wegen Vermögensvermischung.	696
11.4.3.	Die Sphärenvermischung.	697
11.5.	Haftungsdurchgriff im Tarifvertragsrecht.	697

VIII.	Der Verein im Insolvenzverfahren	698
1.	Das Insolvenzverfahren	698
1.1.	Insolvenzfähigkeit	698
1.2.	Zuständiges Insolvenzgericht	698
1.3.	Eröffnungsgründe	698
1.3.1.1.	Zahlungsunfähigkeit	698
1.3.1.2.	Zahlungsstockung	699
1.3.2.	Drohende Zahlungsunfähigkeit	699
1.3.3.	Überschuldung	699
1.4.	Antragstellung; Glaubhaftmachung; Anhörungen	701
1.4.1.	Antragsrecht des Insolvenzgläubigers	701
1.4.2.	Antragsrecht des Vereins	701
1.4.3.	Glaubhaftmachung	701
1.4.4.	Anhörungen	702
1.5.	Antragsrücknahme	702
1.6.	Antragsablehnung; Rechtsmittel; keine Registermitteilung; Eintragung in das Schuldnerverzeichnis	703
1.7.	Verfahrenseröffnung	703
1.7.1.	Eröffnungsbeschluss	703
1.7.2.	Bekanntmachungen	703
1.7.3.	Mitteilung der Verfahrenseröffnung und Registereintragung	703
1.7.4.	Rechtsmittel; Rechtsfolge der Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses	704
1.8.	Keine Unterbrechung des FG-Verfahrens	704
1.9.	Weitere Mitteilungen und Eintragungen im Vereinsregister	704
2.	Rechtliche Besonderheiten des Insolvenzverfahrens beim Verein	705
2.1.	Zentralverband mit Untergliederungen; Gesamtverein mit Vereinsabteilungen	705
2.2.	Vereine mit Auslandsberührung	705
2.3.	Das vom Insolvenzbeschluss erfasste Vermögen des nichtunternehmerischen Vereins	706
2.4.	Grundsätzlich kein Insolvenzbeschluss der Vereinsmitgliedschaften	706
2.5.	Die Zugehörigkeit eines Unternehmens des Vereins zur Insolvenzmasse	706
2.6.	Kein Anfall des Vereinsvermögens an den Fiskus	707
2.7.	Auflösung des Vereins als Folge des Beschlusses über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	707
2.8.	Der Weiterbestand der Vereinsorganisation	707
2.8.1.	Die Mitgliedschaft	707
2.8.2.	Der Weiterbestand und die Zuständigkeit der Mitgliederversammlung	708
2.8.3.	Die Zuständigkeit des Vorstands	709
2.8.3.1.	Der insolvenzfremde Bereich	709
2.8.3.2.	Der Vorstand als Vertreter des Vereins im Insolvenzverfahren	710
2.8.3.3.	Die Vertretung des Vereins im insolvenzfremden Bereich durch den Vorstand	711
2.8.3.4.	Entsprechende Geltung dieser Grundsätze für Liquidatoren	711
2.8.4.	Die Zuständigkeit des Insolvenzverwalters	711
2.8.5.	Die Verfahrensführungsbefugnis des Insolvenzverwalters	712
2.8.6.	Das u. U. erforderliche Zusammenwirken von Vorstand und Insolvenzverwalter in sog. Überschneidungsbereichen	712
2.8.7.	Die Beendigung des Insolvenzverfahrens	713

2.8.8.	Die Fortsetzung des Vereins (Hinweis)	713
2.8.9.	Das Ende des nicht fortgesetzten Vereins mit der Beendigung des Insolvenzverfahrens	714
IX.	Das Ende des rechtsfähigen Vereins	715
1.	Grundsätzliches zum Erlöschen des Vereins, zur Auflösung und zum Verlust der Rechtsfähigkeit	715
1.1.	Das Erlöschen des Vereins	715
1.2.	Die Auflösung des Vereins	715
1.3.	Der Verlust der Rechtsfähigkeit	715
2.	Die Fälle der Auflösung des Vereins	716
2.1.	Die Auflösung durch Beschluss der Mitgliederversammlung	716
2.1.1.	Das unentziehbare Auflösungsrecht	716
2.1.2.	Die zwingende Zuständigkeit der Mitgliederversammlung; zulässige und unzulässige Erschwerungen	716
2.1.3.	Beschlussinhalt; Auflösung und Satzungsänderung	717
2.1.4.	Die Mehrheiten	718
2.1.5.	Wirksamwerden; Aufhebung	718
2.1.6.	Die besonderen Rechtsverhältnisse bei den religiösen Vereinen und Weltanschauungsgemeinschaften	719
2.1.7.	Anmeldung (nur) der Vereinsauflösung zum Registergericht und Registereintragung	720
2.1.8.	Die Anmeldung beim Handelsregistergericht	720
2.1.9.	Die Mitteilung an die Konzessionsbehörde	720
2.1.10.	Die steuerlichen Anzeigen	720
2.2.	Die Auflösung des Vereins infolge Zeitablaufs	721
2.2.1.	Der Auflösungsstatbestand	721
2.2.2.	Die Änderung der Zeitdauer	721
2.2.3.	Der Auflösungsbeschluss vor dem Ablauf der Zeitdauer	721
2.2.4.	Registeranmelde- und Mitteilungspflichten	721
2.3.	Die Auflösung infolge satzungsmäßig bestimmter Voraussetzungen	722
2.4.	Die Auflösung wegen Sitzverlegung ins Ausland	722
2.4.1.	Der Auflösungsstatbestand	722
2.4.2.	Registeranmeldungen usw.	722
2.5.	Die automatische Auflösung durch Wegfall aller Mitglieder; die lange Untätigkeit	722
2.5.1.	Der Mitgliederwegfall	722
2.5.2.	Die endgültige Aufgabe der Vereinstätigkeit	723
2.6.	Ereignisse, die nicht automatisch zur Auflösung des Vereins führen	724
2.6.1.	Erreichung oder Unmöglichwerden des Vereinszwecks	724
2.6.2.	Vermögenslosigkeit, Abweisung des Insolvenzantrags mangels Masse	724
2.6.3.	Handlungsunfähigkeit	724
3.	Der Verlust der Rechtsfähigkeit	724
3.1.	Allgemeines	724
3.2.	Die Entziehung der Rechtsfähigkeit durch die Verwaltungsbehörde	725
3.2.1.	Der Entziehungsgrund satzungswidrige Verfolgung eines wirtschaftlichen Zwecks	725
3.2.2.	Der Entziehungsgrund satzungswidrige Verfolgung eines anderen Zwecks durch den konzessionierten Verein	725

3.2.3.	Die zuständigen Entziehungsbehörden.	725
3.2.4.	Verfahren und Rechtsbehelfe	728
3.2.5.	Registereintragung; Mitteilungen.	728
3.2.6.	Fortsetzung des Vereins in nichtrechtsfähiger Form	729
3.2.7.	Die Liquidation	729
3.3.	Der Verlust der Rechtsfähigkeit durch Widerruf der Verleihung. .	729
3.3.1.	Der Verlusttatbestand.	729
3.3.2.	Verfahren und Rechtsbehelfe	729
3.3.3.	Die Fortsetzung des Vereins	729
3.3.4.	Die Liquidation	729
3.4.	Die Entziehung der Rechtsfähigkeit eines eingetragenen Vereins durch das Gericht wegen zu geringer Mitgliederzahl	729
3.4.1.	Der Entziehungstatbestand	729
3.4.2.	Der Antrag des Vorstands.	730
3.4.3.	Das amtswegige Entziehungsverfahren.	730
3.4.4.	Die Zurückweisung des Antrags.	730
3.4.5.	Der Entziehungsbeschluss, seine Anfechtung und seine Rechtskraft	730
3.4.6.	Die Fortsetzung oder Neugründung des Vereins.	731
3.5.	Der Verlust der Rechtsfähigkeit durch Löschung der Gesamteintragung des Vereins	731
3.5.1.	Die Löschung eines Scheinvereins	731
3.5.2.	Die Löschung der Gesamteintragung.	731
3.5.3.	Die Fortsetzung des Vereins oder Liquidation	732
3.5.4.	Mitteilungen	732
3.6.	Der Verzicht auf die Rechtsfähigkeit	732
3.6.1.	Die Zulässigkeit.	732
3.6.2.	Der Verzichtsbeschluss und die Verzichtserklärung.	732
3.6.3.	Die Fortsetzung als nichtrechtsfähiger Verein.	732
3.6.4.	Anmeldung und Registereintragung; Mitteilung an Konzessionsbehörde.	733
4.	Der Fiskus als Gesamtrechtsnachfolger des Vereinsvermögens	733
4.1.	Die Anfallgründe	733
4.2.	Vorhandensein von Aktivvermögen als Anfallvoraussetzung. . . .	734
4.3.	Der zuständige Fiskus	734
4.4.	Der Fiskus als Gesamtrechtsnachfolger des Vereinsvermögens; Untergang der Existenz des Vereins	734
4.5.	Die beschränkte Schuldenhaftung des Fiskus	735
4.6.	Die nachlassgerichtliche Feststellung des Anfallrechts des Fiskus. .	735
4.7.	Die Pflicht zur zweckentsprechenden Vermögensverwendung . . .	736
5.	Der Verein im Abwicklungsstadium	736
5.1.	Allgemeine Grundsätze	736
5.1.1.	Das Abwicklungsziel	736
5.1.2.	Die zur Liquidation führenden Tatbestände	737
5.1.3.	Das Erfordernis verwertbaren Vereinsvermögens	737
5.2.	Der Liquidationsverein	737
5.2.1.	Die Identität zwischen dem »werbenden« Verein und dem Liquidationsverein	737
5.2.2.	Die uneingeschränkte Rechtsfähigkeit des Liquidationsvereins	738
5.2.3.	Verfahrensrechtliche Fragen	738
5.2.4.	Der Einfluss des Liquidationszwecks auf den korporationsrechtlichen Vereinsinnenbereich sowie auf die Vertretung.	739

5.2.4.1.	Satzung und Nebenordnungen.	739
5.2.4.2.	Zum Weiterbestand der Vereinsordnungsgewalt.	740
5.2.4.3.	Satzungsänderungen; Abbau der Vereinsorganisation.	740
5.2.4.4.	Nichtkorporationsrechtlicher Vereinsbereich.	741
5.2.5.	Weiterbestand des Liquidationsvereins bei Wegfall sämtlicher Mitglieder.	741
5.3.	Die Liquidatoren.	741
5.3.1.	Allgemeines zur Funktion der Liquidatoren.	741
5.3.2.	Die Mitglieder des amtierenden Vorstands als »geborene« Liquidatoren.	741
5.3.3.	Satzungsmäßig bestellte andere Liquidatoren.	742
5.3.3.1.	Amtsfähigkeit.	742
5.3.3.2.	Satzungsbestimmungen.	742
5.3.4.	Die Bestellung von »gekorenen« Liquidatoren durch ein Vereinsorgan.	743
5.3.5.	Liquidatorenwechsel.	743
5.3.6.	Die Bestellung eines Notliquidators.	743
5.3.7.	Das mit Liquidatoren bestehende Auftrags- oder Anstellungsverhältnis.	744
5.3.8.	Abberufung und Amtsniederlegung der Liquidatoren.	744
5.4.	Die Beschlussfassung der Liquidatoren und die Vertretung des Liquidationsvereins durch die Liquidatoren.	745
5.4.1.	Die Beschlussfassung.	745
5.4.2.	Die Vertretung durch mehrere Liquidatoren.	745
5.4.3.	Der Umfang der Vertretungsbefugnis der Liquidatoren.	746
5.5.	Die auf die Liquidatoren sich beziehenden Registeranmeldungen und Mitteilungen.	746
5.5.1.	Anmeldung der ersten Liquidatoren.	746
5.5.2.	Anmeldung der späteren Liquidatoren.	747
5.5.3.	Anmeldung einer nicht einstimmigen Beschlussfassung.	747
5.5.4.	Anmeldung einer Beschränkung der Vertretungsmacht.	748
5.5.5.	Anmeldung der Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB.	748
5.5.6.	Die Registereintragungen.	748
5.5.7.	Der Registerzwang und der registerrechtliche Vertrauensschutz.	748
5.5.8.	Die Mitteilungen an die Konzessionsbehörde.	749
5.5.9.	Anmeldungen zum Handelsregister.	749
5.6.	Die satzungsrechtliche und gesetzliche Geschäftsführung der Liquidatoren.	749
5.6.1.	Die satzungsrechtliche Geschäftsführung.	749
5.6.2.	Die gesetzliche Geschäftsführung.	749
5.6.2.1.	Die Bekanntmachung der Auflösung usw. und der Gläubigeraufruf; Zweck und Erfordernis.	749
5.6.2.2.	Die Form der öffentlichen Bekanntmachung.	750
5.6.2.3.	Der Zeitpunkt der Veröffentlichung.	750
5.6.2.4.	Der Inhalt der Bekanntmachung.	750
5.6.2.5.	Zeitpunkt der Bewirkung der Veröffentlichung.	751
5.6.2.6.	Die besondere Aufforderung bekannter Gläubiger.	751
5.6.2.7.	Rechtsfolgen ordnungsgemäßer, unterlassener oder mangelhafter Bekanntmachung.	752
5.6.3.	Zur organschaftlichen Pflicht, eine Eröffnungsbilanz erstellen zu lassen.	752
5.6.4.	Die Abwicklung laufender Geschäfte.	752

5.6.4.1.	Allgemeines zu den gesetzlich beschriebenen Aufgaben der Liquidatoren	752
5.6.4.2.	Die vorübergehende Fortführung eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes	753
5.6.4.3.	Grundsätze für die Beendigung laufender Geschäfte	753
5.6.5.	Die Einziehung der Forderungen des Vereins	754
5.6.5.1.	Der Grundsatz	754
5.6.5.2.	Die Ausnahmen	754
5.6.6.	Die Erfüllung bekannter, fälliger und unstreitiger Vereinsverbindlichkeiten	755
5.6.7.	Die Versilberung des Vereinsvermögens	756
5.6.7.1.	Der Grundsatz	756
5.6.7.2.	Die Ausnahmen	756
5.6.8.	Die Pflicht der Liquidatoren, Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens zu stellen.	756
5.6.9.	Die Verpflichtung der Liquidatoren zur Einhaltung des sog. Sperrjahres	757
5.6.9.1.	Der Grundsatz	757
5.6.9.2.	Die Ausnahmen	757
5.6.9.3.	Der mögliche Fortbestand der Verteilungssperre über das Sperrjahr hinaus	757
5.6.10.	Die Sicherung bekannter, aber noch befriedigungsfähiger Forderungen vor der Schlussverteilung.	758
5.6.10.1.	Allgemeines zur Sicherstellungspflicht	758
5.6.10.2.	Die Sicherstellung durch Hinterlegung	758
5.6.10.3.	Die Sicherheitsleistung bei nicht ausführbarer oder streitiger Verbindlichkeit	759
5.7.	Die Verteilung des Liquidationsüberschusses an die Anfallberechtigten	759
5.7.1.	Die Aufgabe der Liquidatoren	759
5.7.2.	Die Anfallberechtigten	760
5.7.2.1.	Die Anfallberechtigten kraft Satzungsanordnung	760
5.7.2.2.	Die steuerlich zu beachtende Vermögensbindung.	760
5.7.2.3.	Die Bestimmung des Anfallberechtigten durch ein Vereinsorgan.	761
5.7.2.4.	Die Bestimmung des Anfallberechtigten durch die Mitgliederversammlung eines nichtwirtschaftlichen Vereins.	761
5.7.2.5.	Das hilfsweise gesetzlich bestimmte Anfallrecht der Vereinsmitglieder oder des Fiskus.	761
5.7.2.6.	Die Änderung des bestehenden Anfallrechts durch den Liquidationsverein	762
5.7.3.	Der Anspruch des Anfallberechtigten auf den Liquidationserlös	762
5.8.	Die Schlussverteilung.	763
5.8.1.	Die Durchführung.	763
5.8.2.	Mängel der Schlussverteilung.	764
5.9.	Die Schlussrechnung und Entlastung der Liquidatoren	764
5.10.	Erlöschen des Vereins nach Abschluss des vereinsrechtlichen Liquidationsverfahrens und nach Abschluss des Insolvenzverfahrens	764
5.11.	Das Ende des Amtes des Liquidators	764
6.	Die Haftung der Liquidatoren.	764
6.1.	Die gesetzliche Haftung den Gläubigern des Vereins gegenüber	764
6.1.1.	Tatbestandsvoraussetzungen.	764
6.1.2.	Haftungsumfang	765

6.1.3.	Sonstige Fragen im Zusammenhang mit der Gläubigerhaftung . . .	765
6.1.4.	Der (vorläufige) Rechtsschutz für den Gläubiger	766
6.2.	Die Haftung der Liquidatoren nach § 179 BGB	766
6.3.	Die Haftung der Liquidatoren gegenüber dem Verein	766
7.	Die Rechtsstellung leer ausgegangener Gläubiger.	766
7.1.	Kein Anspruch bei ordnungsgemäßer Liquidation	766
7.2.	Ansprüche leer ausgegangener Gläubiger bei gesetzwidriger Liquidation	767
8.	Steuerrechtlicher Fortbestand des Vereins trotz Löschung seiner Eintragung ..	768
9.	Fortsetzung der Liquidation trotz Löschung der Eintragung des Vereins bei fehlender Vermögenslosigkeit.	768
10.	Das Ende des rechtsfähigen Vereins	770
10.1.	Die Anmeldung der Beendigung der Liquidation durch die Liquidatoren	770
10.2.	Erklärung der Beendigung des Liquidatorenamtes	770
10.3.	Die Prüfungspflicht des Registergerichts hinsichtlich der Vermögenslosigkeit des Vereins	770
10.4.	Die Registereintragung; seine rechtsbekundende Bedeutung . . .	770
10.5.	Schließung des Registerblattes ohne Anmeldung	771
10.6.	Die u. U. erforderliche Anmeldung zum Handelsregister	771
11.	Die Nachtragsliquidation	771
11.1.	Entsprechende Anwendung des § 273 Abs. 4 AktG	771
11.2.	Verfahrensgrundsätze	771
11.3.	Wiederaufleben der Prozess- und Beteiligtenfähigkeit	772
11.4.	Verfahrensgrund: Auftauchen von bisher übersehenem Vereinsvermögen	772
11.5.	Nichtvermögensrechtlicher nachträglicher Abwicklungsbedarf. . .	772
11.6.	Die Vertretungsbefugnis des Nachtragsliquidators	772
11.7.	Die Eintragung des Nachtragsliquidators im Vereinsregister. . . .	773
11.8.	Abberufung von Nachtragsliquidatoren	773
11.9.	Durchführung der Nachtragsliquidation grundsätzlich nach Liquidationsvorschriften	773
11.10.	Die Wiedereintragung des Vereins im Vereinsregister	773
11.11.	Anmeldung des Endes der Nachtragsliquidation	773
11.12.	Schließung des Registerblattes	773
12.	Die Aufbewahrung der Bücher und Schriften des Vereins	774
13.	Funktionsnachfolge keine Rechtsnachfolge	774
X.	Die Fortsetzung des Vereins nach Auflösung usw. und nach Entziehung der Rechtsfähigkeit; Rechtsformwechsel; Verschmelzung von Vereinen	775
1.	Die Fortsetzung des Vereins.	775
1.1.	Allgemeines zur Fortsetzung bzw. zur Reaktivierung	775
1.2.	Die Fortsetzung des aufgelösten Vereins	775
1.2.1.	Kein Liquidationsgebot	775
1.2.2.	Die Fortsetzungsfähigkeit.	776
1.2.3.	Fortsetzung des Vereins auf Grund Satzungsklausel	776
1.2.4.	Fortsetzung nach Auflösungsbeschluss	776
1.2.5.	Die Fortsetzung des Vereins in der Insolvenz	777
1.2.5.1.	Die Fortsetzung als rechtsfähiger Verein	777
1.2.5.2.	Fortsetzung als rechtsfähiger Verein trotz satzungsmäßiger Anordnung des Fortbestehens als nichtrechtsfähiger Verein	778
1.2.5.3.	Die Fortsetzung des Vereins in nichtrechtsfähiger Form; Pflicht zur Registeranmeldung	778

1.5.4.	Vollmachtnachweis	806
1.5.5.	Beistand	807
1.5.6.	Akteneinsicht	807
1.5.7.	Elektronische Akte; elektronisches Dokument	807
1.5.8.	Bekanntgabe von Dokumenten, formlose Mitteilung	809
1.5.9.	Fristen	809
1.5.10.	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	809
1.5.11.	Antrag auf Wiedereinsetzung	809
1.5.12.	Entscheidung über die Wiedereinsetzung	810
1.5.13.	Verfahrensverbindung	810
1.5.14.	Aussetzung des Verfahrens	810
1.5.15.	Antragsrücknahme; Beendigungserklärung	810
1.6.	Vorschriften für das Verfahren im ersten Rechtszug	811
1.6.1.	Verfahrenseinleitender Antrag	811
1.6.2.	Anregung des Verfahrens	811
1.6.3.	Anträge und Erklärungen zur Niederschrift der Geschäftsstelle	811
1.6.4.	Ermittlung von Amts wegen und Mitwirkung der Beteiligten	811
1.6.5.	Verfahrensleitung	812
1.6.6.	Beweiserhebung	812
1.6.7.	Förmliche Beweisaufnahme	812
1.6.8.	Glaubhaftmachung	812
1.6.9.	Termin	813
1.6.10.	Persönliches Erscheinen der Beteiligten	813
1.6.11.	Persönliche Anhörung	813
1.6.12.	Zwangsmittel	813
1.6.13.	Vergleich	814
1.6.14.	Grundlage der Entscheidung	814
1.6.15.	Entscheidung durch Beschluss	814
1.6.16.	Rechtsbehelfsbelehrung	814
1.6.17.	Wirksamwerden	814
1.6.18.	Bekanntgabe des Beschlusses	815
1.6.19.	Berichtigung des Beschlusses	815
1.6.20.	Ergänzung des Beschlusses	815
1.6.21.	Abhilfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	815
1.6.22.	Formelle Rechtskraft	816
1.6.23.	Rechtskraftzeugnis	816
1.6.24.	Abänderung und Wiederaufnahme	816
1.7.	Erstbeschwerdeverfahren	816
1.7.1.	Vorbemerkung	816
1.7.2.	Statthaftigkeit der Beschwerde	816
1.7.3.	Beschwerdeberechtigte	816
1.7.4.	Beschwerdewert; Zulassungsbeschwerde	817
1.7.5.	Statthaftigkeit der Beschwerde nach Erledigung der Hauptsache	817
1.7.6.	Beschwerdefrist	817
1.7.7.	Einlegung der Beschwerde	817
1.7.8.	Beschwerdebegründung	817
1.7.8.1.	Oberlandesgericht als Beschwerdegericht	818
1.7.9.	Anschlussbeschwerde	818
1.7.10.	Verzicht auf die Beschwerde; Rücknahme der Beschwerde	818
1.7.11.	Gang des Beschwerdeverfahrens	818
1.7.12.	Beschwerdeentscheidung	819
1.8.	Die Rechtsbeschwerde	819
1.8.1.	Vorbemerkung	819

1.8.2.	Statthaftigkeit der Rechtsbeschwerde	819
1.8.3.	Frist und Form der Rechtsbeschwerde	819
1.8.3.1.	Erforderliche Vertretung durch einen beim Bundesgerichtshof zugelassenen Rechtsanwalt	820
1.8.4.	Darlegung der Gründe der Rechtsbeschwerde	820
1.8.5.	Mögliche Anschlussrechtsbeschwerde	820
1.8.6.	Entscheidung über die Rechtsbeschwerde	820
1.8.7.	Zurückweisungsbeschluss	821
1.8.8.	Sprungrechtsbeschwerde	821
1.9.	Das Amtslöschungsverfahren	821
1.9.1.	Vorbemerkung und löschungsfähige Eintragungen	821
1.9.2.	Entbehrlichkeit und Unzulässigkeit eines Amtslöschungsverfahrens	822
1.9.2.1.	Entbehrlichkeit	822
1.9.2.2.	Unzulässigkeit	822
1.9.3.	Ablehnung der Einleitung eines Amtslöschungsverfahrens	823
1.9.4.	Mitteilungspflichten öffentlich-rechtlicher Behörden zur Vermeidung unrichtiger oder unterlassener Anmeldungen zum Vereins- und Handelsregister	823
1.9.5.	Die Einleitung des Löschungsverfahrens	823
1.9.6.	Der Widerspruch	823
1.9.7.	Zulässigkeit und Unzulässigkeit der Amtslöschung	824
1.9.7.1.	Formelle Voraussetzungen	824
1.9.7.2.	Materielle Löschungsvoraussetzung; Unzulässigkeit der Eintragung	824
1.9.7.3.	Kein Löschungsermessen u. a. bei folgenden wesentlichen Eintragungsmängeln	825
1.9.7.4.	Die Löschung und ihre Wirkung	825
1.9.7.5.	Die mögliche Löschung der Löschung	826
1.10.	Das Zwangsgeldverfahren	826
1.10.1.	Grundsatz	826
1.10.2.	Gesetzliche Fälle der Zwangsandrohung bei vertretungsberechtigten Organpersonen von Vereinen	826
1.10.3.	Zwangsgeldandrohungen bei Verschmelzungen, u. a. bei Beteiligungen von Vereinen	826
1.10.4.	Erzwingbare Anmeldungen und Erreichungen beim Handelsregistergericht	827
1.10.5.	Die dem Zwangsverfahren unterworfenen Personen	827
1.10.6.	Die Pflicht zur Einleitung des Zwangsverfahrens	828
1.10.7.	Die das Zwangsverfahren einleitende Verfügung	828
1.10.8.	Die Pflichterfüllung oder die Zwangsgeldfestsetzung	828
1.10.9.	Der Einspruch und seine Verbescheidung	829
1.10.10.	Die Verwerfung des Einspruchs und die erneute Zwangsgeldfestsetzung	829
1.10.11.	Die nicht gerechtfertigte gerichtliche Inanspruchnahme	830
1.10.12.	Die nachträgliche Pflichterfüllung	830
1.11.	Erteilung von Bescheinigungen	830
1.12.	Registervorschriften im BGB	830
1.12.1.	Maßgeblich für die Einsicht in das Vereinsregister ist § 79 BGB, der lautet:	830
1.13.	Weitere Registervorschriften	831
1.13.1.	Elektronisches Vereinsregister	831

1.13.2.	Ergänzungen des Vereinsregisterrechts durch die Vereinsregisterverordnung	832
1.13.2.1.	Vorbemerkung: die Vereinsregisterverordnung	832
1.13.2.2.	Die Bestimmungen der VRV	832
1.13.3.	Mitteilungspflichten in Vereinsregistersachen	841
2.	Zu den Amtspflichten in Registerangelegenheiten (§ 839 BGB)	843
3.	Der mit einer Firma im Handelsregister eingetragene Verein	844
3.1.	Der rechtsfähige Verein als Träger eines kaufmännischen Unternehmens	844
3.1.1.	Der Verein als Kaufmann	844
3.1.2.	Der Betrieb eines Gewerbes	845
3.1.3.	Der Verein als Istkaufmann nach § 1 HGB	846
3.1.4.	Der Verein als Kaufmann kraft Eintragung nach § 2 HGB (sog. Kannkaufmann)	846
3.1.5.	Der Verein als Kaufmann kraft freigestellter Eintragung nach § 3 HGB	846
3.2.	Die Erstanmeldung zum Handelsregister	847
3.2.1.	Die Anmeldung durch sämtliche Vorstandsmitglieder; die Unterschriftszeichnung	847
3.2.2.	Form und Inhalt der Anmeldung und die beizufügenden Unterlagen	847
3.2.2.1.	Form der Anmeldungen	847
3.2.2.2.	Der Inhalt der Anmeldung	848
3.2.3.	Die Anmeldung einer Zweigniederlassung	848
3.3.	Die später anzumeldenden Veränderungen	849
3.3.1.	Die anmeldepflichtigen Personen	849
3.3.2.	Die anmeldepflichtigen Änderungen	849
3.4.	Die Prüfungspflicht des Handelsregistergerichts	850
3.5.	Die Handelsregistereintragungen und die Bekanntmachungen	850
3.5.1.	Die Eintragungen auf Grund Anmeldung	850
3.5.2.	Die Eintragungen von Amts wegen	851
3.5.3.	Die Bekanntmachungen	851
3.6.	Das Zwangsgeldverfahren (Hinweis)	851
4.	Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	851
4.1.	Geltungsbereich des Gerichts- und Notarkostengesetzes (= GNotKG)	851
4.2.	Kostenschuldner	851
4.2.1.	Antrags- und Einreichungsschuldner	851
4.2.2.	Auslagenschuldner	852
4.2.3.	Kostenschuldner aufgrund gerichtlicher Entscheidung	852
4.3.	Gebührenfreie Geschäfte	852
4.4.	Gebührenbefreiung aufgrund Landesrechts	853
4.5.	Fälligkeit der Gebühren und Auslagen	853
4.6.	Kostenansatz; Erinnerung; Beschwerde	853
4.7.	Kosten bei »gewöhnlichen« Beschwerden und Rechtsbeschwerden	854
4.8.	Kosten der erfolglosen Rüge wegen Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör	855
4.9.	Der Geschäftswert	855
4.10.	Geschäftswert bei mehreren Erklärungen in einer Urkunde	856
4.10.1.	Derselbe Beurkundungsgegenstand	856
4.10.2.	Verschiedene Beurkundungsgegenstände	857
4.11.	Notarkosten und Gerichtskosten bei Anmeldungen zum Vereinsregister	857

4.11.1.	Notarkosten bei Beurkundung der Satzung	857
4.11.2.	Notarkosten und Gerichtskosten bei Erstanmeldung des Vereins. ...	858
4.11.3.	Notarkosten und Gerichtskosten bei späteren Eintragungen in das Vereinsregister	858
4.11.3.1.	Löschung der Gesamteintragung	858
4.11.3.2.	Gebührenfreie Eintragungen	859
4.12.	Gerichtskosten in sonstigen Verfahren der freiwilligen Gerichtbarkeit	859
4.12.1.	Zwangsgeldverfahren	859
4.12.2.	Das Amtslöschungsverfahren und Widerspruchsverfahren	859
4.12.3.	Kosten für Ablichtungen und Ausdrucke	859
5.	Gerichtskosten in Handelsregistersachen (Überblick)	860
5.1.	Gesetzliche Grundlagen	860
5.2.	Geschäftswert.	860
5.3.	Gebührenhöhe.	860
6.	Die Notar- und Gerichtskosten bei einer Verschmelzung.	860
6.1.	Geschäftswert.	860
6.2.	Notarkosten.	861
6.2.1.	Beurkundung des Verschmelzungsvertrages	861
6.2.2.	Beurkundung der Zustimmungsbeschlüsse der Mitgliederversammlungen	861
6.2.3.	Beurkundung von Verzichtserklärungen.	861
6.2.4.	Anmeldung zum Vereinsregister.	861
6.3.	Die Gerichtskosten	861
7.	Rechtsanwaltskosten bei auftragsgemäßer Tätigkeit für Beteiligte in Vereinsregistersachen oder sonstigen gerichtlichen Vereinssachen in der freiwilligen Gerichtsbarkeit	862
7.1.	Kostengrundsätze.	862
7.2.	Belehrungspflicht des Rechtsanwalts über Wertgebühren.	862
7.3.	Anwaltschaftliche Mitwirkung bei der Vereinsgründung	862
7.4.	Mögliche weitere Aufträge und entstehende Gebühren	862
7.5.	Anwaltschaftliche Beratung von Vereinsmitgliedern in der Mitgliederversammlung.	863
7.6.	Anwaltschaftliche Vertretung bei der (schieds-)gerichtlichen Anfechtung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung	863
7.7.	Anwaltschaftliche Vertretung bei der gerichtlichen Anfechtung einer Vereinsstrafe	864
7.8.	Anwaltschaftliche Vertretung einer Partei in einem Verfahren vor dem Vereinsschiedsgericht	864
8.	Sonstige Kosten.	864
8.1.	Gebühren für Registereinsicht	864
8.2.	Auslagen	865
8.3.	Notarkosten.	865
8.3.1.	Registeranmeldungen.	865
8.3.2.	Fertigung des Entwurfs einer Satzung	865
8.3.3.	Entwurf einer Satzung	865
9.	Der im Handelsregister eingetragene Verein	865
9.1.	Die Registereintragungspflicht	865
9.2.	Unterstützung der Registergerichte zur Vermeidung u. a. unrichtiger Eintragungen	866
9.2.1.	Mitteilungspflichten der Behörden.	866
9.2.2.	Beteiligung der berufsständigen Organe und deren Beschwerderecht	866

10. Form und Inhalt der Erstanmeldung zum Handelsregister.	866
10.1. Anzumeldender Vorstand und Inhalt der Anmeldeerklärung	866
10.2. Anmeldung von Änderungen.	867
10.3. Verpflichtung zur Einhaltung von zwingenden Angaben in Geschäftsbriefen.	867
10.4. Amtswegige Eintragungen bei Insolvenzverfahren	867
11. Die Gerichts- und Notarkosten bei einer Verschmelzung.	867
11.1. Geschäftswert.	867
11.2. Notarkosten.	867
11.2.1. Beurkundung des Verschmelzungsvertrages	867
11.2.2. Beurkundung der Zustimmungsbeschlüsse der Mitgliederversammlungen	868
11.2.3. Beurkundung von Verzichtserklärungen.	868
11.2.4. Anmeldung zum Vereinsregister.	868
11.3. Die Gerichtskosten	868
XII. Der nichtrechtsfähige Verein	869
1. Begriff und Erscheinungsformen; gesetzlich verschlossene Berechtigungen bzw. Zulassungen	869
1.1. Begriff	869
1.2. Erscheinungsformen	869
1.3. Dem nichtrechtsfähigen Verein verschlossene Betätigungen bzw. Berechtigungen	871
2. Die Teilrechtsfähigkeit des nichtrechtsfähigen Vereins	872
2.1. Die Unterstellung des nichtrechtsfähigen Vereins unter das Recht der bürgerlichen Gesellschaft	872
2.2. Die heute weitgehend entsprechende Geltung des Rechts des rechtsfähigen Vereins	872
2.3. Die Anerkennung des nichtrechtsfähigen Vereins als selbstständiges Rechtssubjekt (Rechtsträger)	872
2.3.1. Gründe für die Anerkennung.	872
2.3.2. Der nichtrechtsfähige Verein im Arbeitsrecht	873
2.3.3. Der nichtrechtsfähige Verein im öffentlichen Recht – ausgenommen Straf- und Prozessrecht	873
2.3.4. Die Beteiligtenfähigkeit des nichtrechtsfähigen Vereins nach Verwaltungsverfahrensgesetzen.	874
2.3.5. Die Beteiligtenfähigkeit in Verwaltungsprozessen.	874
2.3.6. Die Beteiligtenfähigkeit im Strafprozess und im OWi-Verfahren	874
2.3.6.1. Die Beteiligung in einem Strafverfahren als Verletzter.	874
2.3.6.2. Die Nebenbeteiligung in einem Strafverfahren.	875
2.3.6.3. Die Beteiligung des Vereins an einem OWi-Verfahren	875
2.3.7. Die aktive Parteifähigkeit im Zivilprozess.	875
2.3.8. Die aktive Parteifähigkeit von Koalitionen im arbeitsgerichtlichen Urteils- und Beschlussverfahren	875
2.3.8.1. Urteilsverfahren	875
2.3.8.2. Beteiligtenfähigkeit im Beschlussverfahren.	876
2.3.9. Die passive Parteifähigkeit im Zivilprozess	876
2.3.10. Der nichtrechtsfähige Verein in der ZPO-Zwangsvollstreckung.	877
2.3.10.1. Die uneingeschränkte Parteifähigkeit	877

2.3.10.2.	Der gegen den Verein oder gegen Vereinsmitglieder gerichtete Vollstreckungstitel	877
2.3.10.3.	Die entsprechende Anwendung des § 735 ZPO.	878
2.3.11.	Die Insolvenzverfahrensfähigkeit	878
2.4.	Weitere Rechtspositionen des nichtrechtsfähigen Vereins	879
2.4.1.	Die Kaufmannseigenschaft.	879
2.4.2.	Firmenfähigkeit	879
2.4.3.	Markenrechtsfähigkeit	879
2.4.4.	Erbfähigkeit	879
2.4.5.	Grundbuchfähigkeit.	880
2.4.5.	Kontofähigkeit.	880
2.4.6.	Wechsel- und Scheckfähigkeit	880
3.	Die Abgrenzung des nichtrechtsfähigen Vereins von der Gesellschaft des bürgerlichen Rechts sowie Mischformen	881
3.1.	Die notwendige körperschaftliche Organisation	881
3.2.	Die Abgrenzung zur Gesellschaft des bürgerlichen Rechts	881
3.3.	Mischformen	882
3.4.	Umdeutung	882
3.5.	Länger dauerndes Auftreten als Verein	883
4.	Die grundsätzliche Gleichbehandlung des nichtrechtsfähigen Vereins mit dem rechtsfähigen Verein.	883
4.1.	Der Grundsatz der gleichen Behandlung beider Vereinsarten	883
4.2.	Die Entstehung des nichtrechtsfähigen Dauervereins durch Gründung und Rechtsformwechsel	883
4.3.	Das verbindliche Vereinsrecht	884
4.3.1.	Die Vereinsverfassung und -satzung	884
4.3.2.	Satzungsauslegung; revisionsgerichtliche Nachprüfung.	884
4.3.3.	Das satzungsnachrangige Vereinsrecht	884
4.3.4.	Das Vereinsgewohnheitsrecht und die ständige Übung.	885
4.4.	Der Vorstand	885
4.4.1.	Die notwendige Bestellung.	885
4.4.2.	Das Vorstandsamt	885
4.4.3.	Die gerichtliche Vorstandsbestellung	885
4.4.4.	Die Vertretungsmacht	886
4.4.5.	Keine aus der Satzung herzuleitende Befugnis des Vorstands zur Vertretung von Vereinsmitgliedern	886
4.4.6.	Die Willensbildung des Vorstands	887
4.4.7.	Geschäftsführung und Entlastung	887
4.4.8.	Die Haftung des Vorstands gegenüber dem Verein.	887
4.5.	Die Mitgliederversammlung und die weiteren Vereinsorgane	887
4.5.1.	Die Notwendigkeit und die Zuständigkeit	887
4.5.2.	Die Pflicht zur Einberufung.	888
4.5.3.	Die gerichtliche Einberufungsermächtigung.	888
4.5.4.	Das im Übrigen entsprechend geltende Recht des rechtsfähigen Vereins	888
4.5.5.	Die Mehrheiten bei Satzungs- und Zweckänderungen sowie bei der Vereinsauflösung.	889
4.5.6.	Die weiteren Vereinsorgane	889
4.6.	Die Mitgliedschaft	890
4.6.1.	Die Mitgliedsfähigkeit	890
4.6.2.	Der Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft	890
4.6.3.	Der Inhalt der Mitgliedschaftsrechte und -pflichten	891
4.6.4.	Die Ordnungsgewalt des Vereins	891

4.7.	Die Vermögensverhältnisse.	891
4.7.1.	Die Vermögensbildung.	891
4.7.2.	Der nichtrechtsfähige Verein als Träger des Vermögens; Haftung. . .	891
4.7.3.	Die Trennung des Vereinsvermögens vom Vermögen der Mitglieder	892
4.7.4.	Die Verwaltung und die Verfügungsbefugnis	892
4.8.	Die Haftung für Vereinsverbindlichkeiten	892
4.8.1.	Die auf das Vereinsvermögen beschränkte Haftung der Mitglieder	892
4.8.2.	Der Verein als Schuldner	893
4.8.3.	Persönliche Haftung der Mitglieder nur bei besonderem Verpflichtungsgrund	893
4.8.4.	Die Haftung der Mitglieder eines wirtschaftlich tätigen Vereins . .	894
4.9.	Die Haftung des für den (Dauer-)Verein Handelnden	894
4.9.1.	Gesetzliche Regelung und Regelungsinhalt.	894
4.9.2.	Beschränkung der Haftung auf den rechtsgeschäftlichen Vereinsaußenbereich	894
4.9.3.	Erforderliches Handeln gegenüber Dritten.	895
4.9.4.	Der Handelnde	895
4.9.5.	Das erforderliche Handeln für einen nichtrechtsfähigen Verein. . .	896
4.9.6.	Haftung nur bei Gültigkeit des Geschäfts.	897
4.9.7.	Inhalt und Umfang der Haftung	897
4.9.8.	Das Verhältnis der Haftung des Handelnden zur Haftung des Vereins.	897
4.9.7.	Beweislast und Haftungsausschluss	898
4.9.8.	Haftung mehrerer Handelnder.	898
4.9.9.	Die Befreiungs- und Regressansprüche.	899
4.9.10.	Keine Handelndenhaftung bei politischen Parteien und Parlamentsfraktionen	899
4.9.11.	Rechtsscheinhaftung des für den rechtsfähigen Verein Handelnden bei Fortlassung des Rechtsformzusatzes	899
4.10.	Die steuerliche Haftung.	900
4.10.1.	Die steuerliche Pflichterfüllung	900
4.10.2.	Die Haftung	900
5.	Das Ende des Vereins.	900
5.1.	Die Auflösung und die Beendigung	900
5.2.	Der Fiskus als Erwerber des Vereinsvermögens.	901
5.3.	Die Liquidation	901
5.4.	Die Fortsetzung des Vereins	902
XIII.	Das Vereinsschiedsgericht	903
1.	Voraussetzungen für die Anerkennung einer Vereinsschiedsgerichtsbarkeit . .	903
1.1.	Die Abgrenzung Vereinsschiedsgericht zum Vereinsgericht als Vereinsorgan	903
1.2.	Erstmalige Verhängung einer Vereinsstrafe durch ein unechtes Schiedsgericht als Vereinsorgan	904
1.3.	Zur Schiedsgerichtsbarkeit politischer Parteien.	905
2.	Das ständige Schiedsgericht und das Gelegenheitsschiedsgericht	906
2.1.	Das institutionelle Schiedsgericht.	906
2.2.	Das Gelegenheitsschiedsgericht	907
3.	Die Bildung des Schiedsgerichts auf Grund der Satzung	907
3.1.	Die Schiedsgerichtsordnung in der Gründungssatzung.	907

3.2.	Verbindlichkeit einer Schiedsklausel in einer Schiedsgerichtsordnung	908
3.3.	Die Anordnung oder Abschaffung der Schiedsgerichtsbarkeit durch Satzungsänderung	908
4.	Satzungsregelungen zur Schiedsgerichtsbarkeit	908
4.1.	Beschränkung auf Gegenstände satzungsmäßiger Bindung.	908
4.2.	Die Schiedsverfahrensordnung als notwendiger Satzungsbestandteil	909
4.3.	Die Schiedsfähigkeit.	909
4.3.1.	Die objektive Schiedsfähigkeit	909
4.3.2.	Insbesondere: Objektive Schiedsfähigkeit bei Streitigkeiten betreffend die Anfechtung von Beschlüssen der Mitgliederversammlung und sonstiger Vereinsorgane.	910
4.3.3.	Kein Ausschluss kartellrechtlicher Streitigkeiten.	910
4.3.4.	Die subjektive Schiedsfähigkeit	911
4.3.5.	Der Ausschluss des ordentlichen Rechtswegs und die Beachtung des Bestimmtheitsgrundsatzes	911
4.3.6.	Fakultativer Inhalt der Schiedsklausel: materielle Rechtsanwendung, Rechtsgestaltung	912
4.4.	Die persönliche Geltung der Schiedsklausel	912
4.4.1.	Beginn und Ende der Bindung der Vereinsmitglieder und Organmitglieder.	912
4.4.2.	Rechtsnachfolge.	913
4.4.3.	Die Verbindlichkeit der Schiedsklausel für den Insolvenzverwalter ...	913
4.4.5.	Keine Verbindlichkeit der Schiedsklausel für Vereinsangestellte. ...	913
4.4.6.	Zur Verbindlichkeit von Schiedsklauseln eines übergeordneten Vereinsverbandes	913
4.4.7.	Die Anerkennung der satzungsmäßigen Schiedsgerichtsbarkeit durch Vertrag.	913
4.5.	Zuständigkeit des Schiedsgerichts trotz fehlender oder nichtiger Schiedsklausel	914
5.	Die Schiedsvereinbarung	914
5.1.	Begriff, Rechtsnatur und Notwendigkeit	914
5.2.	Form der Schiedsvereinbarung	915
5.3.	Schiedsvereinbarung unter Verbraucherbeteiligung	915
5.4.	Heilung eines Formmangels durch rügelose Einlassung	915
5.5.	Inhalt der Schiedsvereinbarung	916
5.6.	Die Verweisung auf eine Schiedsgerichtsordnung	916
5.7.	Persönlicher Geltungsbereich der Schiedsvereinbarung.	916
6.	Gesetzlicher Inhalt der Schiedsvereinbarung bzw. einer satzungsmäßigen Schiedsklausel: Befugnis zur Kompetenz-Kompetenz-Entscheidung	917
6.1.	Kompetenz-Kompetenz	917
6.2.	Verfahren bei Rüge der Unzuständigkeit des Schiedsgerichts und der Kompetenzüberschreitung	917
7.	Rechtliche Wirkungen der satzungsmäßigen Schiedsklausel bzw. der Schiedsvereinbarung	918
7.1.	Materiellrechtliche Wirkungen.	918
7.2.	Verfahrensrechtliche Wirkungen	918
8.	Der Grundsatz der Überparteilichkeit	919
8.1.	Bedeutung des Grundsatzes	919
8.2.	Das Schiedsgericht als Einrichtung des Vereins.	919
9.	Die Bildung des Schiedsgerichts (kraft Satzungsanordnung und kraft Individualvereinbarung)	920

Inhaltsverzeichnis

9.1.	Die Zusammensetzung des Schiedsgerichts	920
9.2.	Die Bestellung der Schiedsrichter beim vereinbarten Schiedsgericht	920
9.2.1.	Die Verfahrensfreiheit	920
9.2.2.	Die Schiedsrichterbestellung bei Fehlen einer Verfahrensvereinbarung beim vereinbarten Schiedsgericht	920
9.2.3.	Gerichtliche Bestellung im Falle einer Übermachtstellung einer Partei bei der Schiedsrichterernennung	920
9.2.4.	Gerichtliche Ersatzbestellung der Schiedsrichter.	921
9.2.5.	Schiedsrichterbestellung durch Dritte	921
9.3.	Zur Wirksamkeit der Schiedsrichterbestellung durch Wahl	922
9.4.	Die Schiedsrichterbefähigung	923
9.4.1.	Allgemeine Grundsätze	923
9.4.2.	Schiedsrichterbefähigung von Vereinsmitgliedern nur bei ausdrücklichem Einverständnis der Schiedsparteien	923
9.5.	Der Schiedsrichtervertrag	924
9.5.1.	Wesen und Rechtsnatur	924
9.5.2.	Die Partner des Schiedsrichtervertrages	925
9.5.3.	Der Abschluss des Schiedsrichtervertrages	925
9.5.4.	Die Rechte der Schiedsrichter	925
9.5.4.1.	Der Vergütungsanspruch	925
9.5.4.1.1.	Der Anspruch auf Auslagenersatz	926
9.5.4.1.2.	Der Anspruch auf Zahlung eines Vorschusses und die Folgen der Nichtzahlung	926
9.5.4.2.	Sonstige Befugnisse der Schiedsrichter	927
9.5.5.	Die Pflichten der Schiedsrichter	927
9.5.5.1.	Die Mitwirkung bei der Ernennung des Vorsitzenden Schiedsrichters	927
9.5.5.2.	Die Verfahrensförderungspflicht	927
9.5.5.3.	Die Befolgung von Weisungen beider Parteien	928
9.5.5.4.	Die Verschwiegenheitspflicht	928
9.5.5.5.	Auskunftserteilung und Rechnungslegung	928
9.5.5.6.	Mitwirkung bei der Beratung und beim Schiedsspruch	928
9.5.6.	Die Haftung des Schiedsrichters	929
9.5.7.	Die Beendigung des Schiedsrichtervertrages	929
10.	Grundzüge des schiedsgerichtlichen Verfahrens	930
10.1.	Partei- und Prozessfähigkeit	930
10.2.	Rechtsanwälte und sonstige Personen als Verfahrensbevollmächtigte	930
10.3.	Die Durchführung des schiedsgerichtlichen Verfahrens	930
10.3.1.	Der Grundsatz der Gleichbehandlung der Parteien	930
10.3.2.	Der Grundsatz der Gewährung rechtlichen Gehörs	931
10.3.3.	Aktive Mitwirkungspflicht zur Gehörsgewährung	933
10.3.4.	Die Freiheit der Parteien bzw. des Satzungsgebers zur Verfahrensgestaltung	933
10.3.5.	Der Schiedsort	933
10.3.6.	Die Verfahrenseinleitung durch den Schiedsantrag	933
10.3.7.	Die Schiedsklage	934
10.3.7.1.	Mögliche Schiedsklagen	934
10.3.7.2.	Mindestinhalt der Schiedsklage	934
10.3.7.3.	Bekanntmachung der Schiedsklage und Klageerwidern	935
10.3.7.4.	Klagänderung, Klagergänzung, Widerklage, Aufrechnung	935
10.4.	Die Ablehnung eines Schiedsrichters	935

10.4.1.	Offenbarungspflicht der Schiedsrichter	935
10.4.2.	Ablehnungsgründe	935
10.4.3.	Das Ablehnungsverfahren	936
10.4.3.1.	Die Behandlung der Ablehnung durch das Schiedsgericht	936
10.4.3.2.	Die Anrufung des staatlichen Gerichts und dessen Entscheidung	936
10.4.3.3.	Fortsetzung des schiedsgerichtlichen Verfahrens bei nicht erledigter Ablehnung	937
10.5.	Weitere Grundsätze des schiedsrichterlichen Verfahrens	938
10.5.1.	Allgemeines	938
10.5.2.	Aktenbildung und Aufbewahrung	938
10.5.3.	Akteneinsicht	938
10.5.4.	Anerkenntnis und Verzicht	938
10.5.5.	Antragstellung	938
10.5.6.	Prozesskostenhilfe	939
10.5.7.	Aussetzung	939
10.5.8.	Beiladung	939
10.5.9.	Beratungsgeheimnis	939
10.5.10.	Beteiligung Dritter am Schiedsverfahren	939
10.5.11.	Beweissicherung	940
10.5.12.	Eidesstattliche Versicherung	940
10.5.13.	Fristen	940
10.5.14.	Förderpflicht	941
10.5.15.	Hausrecht/Ordnungsstörungen	941
10.5.16.	Heilung von Mängeln des Verfahrens/Verlust des Rügerechts	941
10.5.17.	Klageänderung	942
10.5.18.	Klagerücknahme	942
10.5.19.	Das Insolvenzverfahren	942
10.5.20.	Kostenvorschuss	942
10.5.21.	Ladung	942
10.5.22.	Mündliche Verhandlung/schriftliches Verfahren	943
10.5.23.	Nichtöffentlichkeit	943
10.5.24.	Protokoll	944
10.5.25.	Verfahrensvollmacht	944
10.5.26.	Rechtsmittelverfahren	944
10.5.27.	Säumnis	944
10.5.28.	Schiedshängigkeit	945
10.5.29.	Streitwert des schiedsrichterlichen Verfahrens; Festsetzung und Vereinbarung	945
10.5.30.	Wahrheitspflicht	946
10.5.31.	Wiedereinsetzung	946
10.6.	Staatsgerichtliche Zuständigkeiten während des schiedsrichterlichen Verfahrens	946
10.6.1.	Amtsgerichtliche Zuständigkeit	946
10.6.2.	Zuständigkeit der Oberlandesgerichte	947
10.7.	Die Beendigung des schiedsrichterlichen Verfahrens	947
10.7.1.	Verfahrensbeendigung infolge außergerichtlicher Einigung	947
10.7.2.	Weitere, durch Beschluss festzustellende Verfahrensbeendigungen	948
10.7.3.	Beendigung des Amtes des Schiedsrichters	948
10.7.4.	Der Schiedsvergleich	948
10.7.4.1.	Erfordernisse eines Schiedsvergleichs	948
10.7.4.2.	Der Schiedsspruch mit vereinbartem Inhalt	949

10.7.4.3.	Rechtskraftwirkung	949
10.7.4.4.	Formersetzung entsprechend § 127a BGB; Frage des Erfordernisses der Vollstreckbarerklärung.	949
10.7.4.5.	Vollstreckbarerklärung durch einen Notar	949
10.8.	Der Schiedsspruch	950
10.8.1.	Entscheidungsfindung	950
10.8.2.	Form und Inhalt des Schiedsspruchs	950
10.8.3.	Bekanntmachung des Schiedsspruchs an die Parteien; keine Niederlegung	951
10.8.4.	Abweichende Meinung	952
10.9.	Die Kostenentscheidung	952
10.9.1.	Die Kostenentscheidung im Schiedsspruch	952
10.9.2.	Die Festsetzung des Gegenstandswertes	954
10.9.3.	Die Kostenentscheidung in einem gesonderten Schiedsspruch . . .	954
10.10.	Die Rechtskraft des Schiedsspruchs	955
10.10.1.	Allgemeines	955
10.10.2.	Formelle Rechtskraft	955
10.10.3.	Materielle Rechtskraft	955
10.10.4.	Einschränkungen der materiellen Rechtskraft beim Schiedsspruch	956
10.11.	Berichtigung, Auslegung und Ergänzung des Schiedsspruchs . . .	956
10.11.1.	Berichtigung	956
10.11.2.	Auslegung	956
10.11.3.	Ergänzung	956
10.11.4.	Formen und Fristen	957
10.12.	Die staatsgerichtliche Aufhebung des Schiedsspruchs	957
10.12.1.	Amtswegige Prüfung des Vorliegens eines Schiedsspruchs	957
10.12.2.	Aufhebungsgründe	957
10.12.2.1.	Allgemeines	957
10.12.2.2.	Fehlen der subjektiven oder der objektiven Schiedsfähigkeit und mangelnde Schiedsbindung	957
10.12.2.3.	Behinderung in Angriffs- und Verteidigungsmitteln.	958
10.12.2.4.	Überschreiten der Grenzen der Schiedsvereinbarung oder der satzungsmäßigen Schiedsklausel	958
10.12.2.5.	Verstoß gegen bestimmte Verfahrensvorschriften	958
10.12.2.6.	Mangelnde objektive Schiedsfähigkeit nach deutschem Recht . . .	959
10.12.2.7.	Ordre public	959
10.12.3.	Gerichtliches Verfahren	959
10.12.3.1.	Unzulässigkeit bei Vollstreckbarerklärung.	959
10.12.3.2.	Antragsbefugnis und Antragsfrist	960
10.12.3.3.	Gerichtszuständigkeit und -verfahren.	960
10.12.3.4.	Entscheidung des Oberlandesgerichts.	960
10.12.3.5.	Rechtsbeschwerde	960
10.12.3.6.	Wirkung der Aufhebung	961
10.12.3.7.	Mögliche Neubildung des Schiedsgerichts	961
10.13.	Vollstreckbarerklärung des Schiedsspruchs	961
10.13.1.	Notwendigkeit der Vollstreckbarerklärung im Vereinsbereich. . . .	961
10.13.2.	Zulässige und unzulässige Verfahrensgegenstände.	962
10.13.3.	Verfahren auf Vollstreckbarerklärung	962
10.13.4.	Ablehnung der Vollstreckbarerklärung bei bestimmten Aufhebungsgründen; Präklusion	963
10.13.5.	Zu berücksichtigende Einwendungen	963
10.13.6.	Prüfungskompetenz des Gerichts	963

10.13.7.	Entscheidung des Gerichts	964
10.13.8.	Rechtsbeschwerde	964
XIV.	Das Recht der in privatrechtlicher Form bestehenden Verbände	965
1. Abschnitt.	Allgemeines Verbandsrecht.	965
1.	Begriffsbestimmungen.	965
1.1.	Der heutige Verbandsbegriff.	965
1.2.	Der Begriff Vereinsverband	966
1.3.	Der Zentralverein (Gesamtverein) bzw. Zentralverband	966
1.3.1.	Die Verbandsstruktur.	966
1.3.2.	Die Untergliederung als Zweigverein des Zentralvereins.	967
1.3.2.1.	Das Entstehen eines Zentralvereins (Zentralverbands) mit Zweigvereinen	967
1.3.2.2.	Voraussetzungen für die Anerkennung einer Untergliederung als Zweigverein	967
1.3.2.3.	Die Mehrfachmitgliedschaft.	969
1.3.2.4.	Die Vermögensverhältnisse des Zweigvereins	970
1.3.2.5.	Zustimmung eines übergeordneten Organs zur Vorstandsbestellung von Untergliederungen	971
1.3.2.6.	Weitere besondere Rechtsverhältnisse beim Zweigverein, insbesondere Vertretung, Haftung.	971
1.3.3.	Auflösungen und Ausschluss von Untergliederungen durch den Zentralverband; Schicksal der Mitglieder solcher Unterorganisationen, Selbstauflösungsrecht von Untergliederungen	972
1.3.4.	Die Beachtung der Autonomie des Unterverbandes durch den Oberverband	972
1.3.5.	Die unselbstständige Untergliederung	973
1.4.	Spitzenverbände.	975
2.	Die Funktionen der Verbände; Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Zentralvereinen und Vereinsverbänden	975
2.1.	Die Funktion der Verbände	975
2.2.	Die Gemeinsamkeiten bei Zentralvereinen und Vereinsverbänden	975
2.3.	Die Unterschiede	976
3.	Besondere Rechtsverhältnisse der Vereinsverbände.	976
3.1.	Die Gründung.	976
3.2.	Die Verfassung des Vereinsverbandes	977
3.3.	Die Mitgliedschaft im Vereinsverband	978
3.4.	Geltung von Verbandsrecht, insbesondere der Strafgewalt für Einzelmitglieder der Anschlussvereine	978
4.	Die Delegiertenversammlung bei Zentralverbänden, Großvereinen und – selten – bei Vereinsverbänden	978
4.1.	Delegiertenversammlungen keine Vertreterversammlungen	978
4.2.	Verbände bzw. Vereine mit Delegierten	979
4.3.	Einführung einer Delegiertenversammlung; Satzungsänderung ..	979
4.4.	Satzungserfordernisse	980
4.4.1.	Der Delegiertenschlüssel	980
4.4.2.	Die Festlegung der Zahl der Delegierten bei Vereinsverbänden mit »geborenen« Mitgliedern der Verbandsversammlung	980
4.4.3.	Die u. U. erforderliche Festlegung eines Mehrstimmrechts von Delegierten	981
4.4.4.	Die Festlegung der Amtsdauer der Delegierten.	981

5.	Die Wahl der Delegierten	982
5.1.	Das Vorschlagsrecht	982
5.2.	Wahlssysteme; Satzungserfordernisse	982
5.2.1.	Verweisung hinsichtlich der Wahlarten auf diejenigen bei Vorstandswahlen	982
6.	Die Rechtsstellung der Mitglieder bei Delegiertenversammlungen.	982
6.1.	Das Minderheitsrecht gemäß § 37 BGB.	982
6.2.	Die Unterrichtung der Mitglieder bei Lohnsteuerhilfvereinen . .	983
6.3.	Kein Teilnahmerecht der Mitglieder; zum Teilnahmerecht von Vorstandsmitgliedern von Verbandsuntergliederungen.	983
7.	Rechte und Pflichten der Delegierten in der Delegiertenversammlung	983
7.1.	Teilnahmepflicht	983
7.2.	Ausübung der Teilnahmerechte	983
7.3.	Keine gespaltene Stimmabgabe bei Mehrstimmrechten	983
7.4.	Beachtung der Interessen des Verbandes (Großvereins) bei der Stimmabgabe	984
7.5.	Keine Stimmvollmacht.	984
7.6.	Die Pflicht zur Stimmenthaltung bei Interessenkollision	984
8.	Die Rechte und Pflichten eines Delegierten im Übrigen	984
8.1.	Informationspflicht	984
8.2.	Aufwendungsersatz	984
8.3.	Recht zur Anfechtung von Beschlüssen der Delegiertenversammlung	984
9.	Die Haftung der Delegierten.	985
10.	Das Ende des Delegiertenamtes.	985
11.	Die Urabstimmung	985
12.	Besondere Rechtsverhältnisse bei Sportverbänden	985
12.1.	Der deutsche Sportverband als Mitglied eines internationalen Sportverbands	985
12.2.	Beschäftigung im Sport: arbeitsvertragliche oder mitgliedschaftliche Pflicht	986
12.2.1.	Die Begriffe Arbeits- bzw. Beschäftigungsverhältnis	986
12.2.1.1.	Kein einheitlicher Begriff	986
12.2.1.2.	Der arbeitsrechtliche Begriff Arbeitnehmer	986
12.2.1.3.	Der steuerrechtliche Begriff Arbeitnehmer	986
12.2.1.4.	Der sozialversicherungsrechtliche Begriff Beschäftigter.	986
12.2.2.	Sport-Arbeitnehmer und vereinsrechtliche Beschäftigung als Sportamateur	987
12.2.2.1.	Sportarbeitsverhältnisse im Sportdachverband; Spieler der Nationalmannschaft und (Feld-)Schiedsrichter	987
12.2.2.2.	Berufssportler und weitere im Sportbereich beschäftigte Personen als Arbeitnehmer.	988
12.2.2.3.	So genannte Nicht-Amateure als Sportarbeitnehmer	988
12.2.2.4.	Vereinsangehörige Sport-Amateure keine Arbeitnehmer.	989
12.2.3.	Mehrfache arbeitsvertragliche Bindung	990
12.2.4.	Beschäftigung arbeitnehmerähnlicher Personen	990
12.3.	Haftung von sporttreibenden Vereinsmitgliedern bei Schädigung anderer Sportler	990
12.3.1.	Allgemeines	990
12.3.2.	Spielregeln und Fairnessgebot	991
12.3.2.1.	Bedeutung der Sportregeln.	991
12.3.2.2.	Der Geltungsbereich von Sportregeln.	992
12.3.2.3.	Haftungsmaßstab bei Fehlen von Sportregeln	992

12.3.3.	Haftung bei Körperverletzungen im Mannschaftssport	993
12.3.3.1.	Mannschaftssportarten.	993
12.3.3.2.	Haftung nur bei Vorsatz bei versichertem Beschäftigungsverhältnis bei Verletzung eines Spielers der gleichen Mannschaft	993
12.3.3.3.	Auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit beschränkte Haftung des schädigenden Sportlers unter Orientierung des Haftungsmaßstabes an verletzten Sportregeln.	993
12.3.4.	Haftung bei Sport nebeneinander – parallel ausgeübte Sportarten	995
12.3.4.1.	In Betracht kommende Sportarten.	995
12.3.4.2.	Haftungsmaßstab.	995
12.3.5.	Beweisfragen	996
12.3.6.	Haftung bei gefährlichen (Extrem-)Sportarten.	996
12.3.6.1.	In Betracht kommende Sportarten.	996
12.3.6.2.	Grundsätzlicher Haftungsausschluss, aber nicht bei Versicherungsschutz.	997
12.3.7.	Keine Haftungsbegrenzung bei Sportverletzungen durch überlegenen zum Nachteil eines wenig geübten Sportlers.	997
12.4.	Die Haftung des Sportvereins wegen Verletzung der Verkehrssicherungspflicht.	997
12.4.1.	Haftung wegen eines Organisationsmangels.	997
12.4.2.	Haftender Verein, haftender Vorstand und insbesondere des Vorstandsvorsitzenden	998
12.4.3.	Haftung des Sportvereins als Sportveranstalter oder Betreiber einer Sportanlage	998
12.4.3.1.	Der Begriff des haftenden Sportveranstalters	998
12.4.3.2.	Verkehrssicherungspflichten des Sportvereins im Einzelnen	999
12.4.3.3.	Einzelfälle	1000
12.4.4.	Zur Delegierung von Verkehrspflichten	1002
12.4.5.	Insbesondere: Pflicht des Sportvereins zur möglichen Verhinderung von Zuschauerausschreitungen; mögliche Sanktionen des Sportverbandes gegen den Sportverein bei Verletzung dieser Pflicht; Ansprüche des Vereins gegen gewalttätige Zuschauer.	1003
12.4.5.1.	Die Pflicht des Sportvereins als Veranstalter oder Ausrichter zur Sicherung gegen Zuschauerausschreitungen	1003
12.4.5.2.	Strafen des Sportverbandes gegen korporative Mitglieder wegen Zuschauerausschreitungen; Ansprüche des Vereins gegen gewalttätige Zuschauer.	1004
12.4.5.3.	Schadensersatzpflicht des Störers dem veranstaltenden Sportverein gegenüber	1006
12.5.	Die Haftung des Vereins als Tierhalter oder -hüter.	1006
12.5.1.	Die Begriffe Tierhalter und Tierhüter.	1006
12.5.2.	Die Gefährdungshaftung für sog. Luxustiere	1006
12.5.3.	Die Haftung aus vermutetem Verschulden bei Haltung eines sog. Nutztieres.	1007
12.5.4.	Die von einem Vereinsmitglied oder von einem Verein gehaltenen Tiere als Nutz- oder Luxustiere.	1007
12.5.5.	Haftung als Tieraufseher	1008
12.5.6.	Haftungsausschlüsse.	1008
12.5.6.1.	Handeln auf eigene Gefahr	1008
12.5.6.2.	Haftungsausschluss wegen Treuwidrigkeit	1008
12.5.6.3.	Ausdrücklicher Haftungsausschluss zwischen dem (Reiter-)Verein und dem Mitglied	1009

Inhaltsverzeichnis

12.5.6.4.	Ausnahmsweise: stillschweigender Haftungsausschluss	1009
12.6.	Rechtsfragen aus Anlass eines Spielertransfers.	1009
12.6.1.	Der Begriff Transfer	1009
12.6.2.	Der Transfervertrag	1010
12.6.3.	Die Aus- und Weiterbildungs- bzw. Transferentschädigung	1011
12.7.	Sponsoring.	1013
12.8.	Sportlizenzen im Bereich des Profimannschaftssports.	1013
12.8.1.	Vorbemerkung	1013
12.8.2.	Arten und Träger von Sportlizenzen	1013
12.8.3.	Rechtsgrundlagen der Lizenzierung	1014
12.8.3.1.	Lizenzordnung	1014
12.8.3.2.	Der Lizenzvertrag sowie die Schiedsvereinbarung.	1015
12.8.3.2.1.	Bedeutung des Lizenzvertrages	1015
12.8.3.2.2.	Wesentlicher Inhalt des Lizenzvertrages	1015
12.8.3.2.3.	Kündigung des Lizenzvertrages	1016
12.8.3.2.4.	Schiedsvereinbarung	1016
12.8.4.	Die Vereinslizenz als Mitgliedschaftsrecht.	1016
12.8.4.1.	Die Lizenz als Benutzungsrecht im vereinsrechtlichen Bereich . .	1016
12.8.4.2.	Die Lizenz als Mitgliedschaftsrecht eigener Art im gesellschaftsrechtlichen Bereich	1016
12.8.4.3.	Zur Übertragbarkeit der Vereinslizenz	1017
12.8.4.3.1.	Vereinsrechtlicher Bereich	1017
12.8.4.3.2.	Gesellschaftsrechtlicher Bereich	1018
12.8.4.4.	Der Verlust der Vereinslizenz	1018
12.8.4.4.1.	Vereinsrechtlicher Bereich	1018
12.8.4.4.2.	Gesellschaftsrechtlicher Bereich	1019
12.8.5.	Kartellrecht	1020
12.8.6.	Das Lizenzierungsverfahren	1021
12.8.6.1.	Zweck	1021
12.8.6.2.	Zweistufige Regelung.	1021
12.8.6.3.	Grundzüge des materiellen Prüfungsverfahrens	1022
12.8.6.4.	Verbandsinterne Rechtsmittel.	1023
12.8.7.	Gerichtlicher oder schiedsrichterlicher Rechtsschutz	1023
12.8.7.1.	Verbandsinternes Vorschaltverfahren	1023
12.8.7.2.	Einstweiliger Rechtsschutz	1023
12.8.7.3.	Hauptsacheklage	1024
12.8.7.4.	Fragen der Darlegungs- und Beweislast	1025
12.8.8.	Haftung bei fehlerhafter Lizenzierung	1026
12.8.8.1.	Allgemeines	1026
12.8.8.2.	Haftungsgrundlagen	1026
12.8.8.3.	Zum Vertretenmüssen der Mitglieder des Prüfungsorgans	1027
12.9.	Einstweilige Verfügungen durch das Staatsgericht im Sportbereich.	1028
12.9.1.	Hinweis	1028
12.9.2.	Allgemeines	1028
12.9.3.	Verfügungsbegehren im Einzelnen	1028
2. Abschnitt.	Die Koalitionen (Berufsverbände)	1030
1.	Vereine und Verbände mit besonderer verfassungsrechtlicher Privilegierung. . .	1030
2.	Der Begriff Koalition.	1030
3.	Einzelne Merkmale einer Koalition	1031
3.1.	Freie und auf Dauer angelegte Vereinigungen.	1031
3.2.	Das innerverbandliche Demokratieerfordernis	1032

3.3.	Das Erfordernis der Gegnerfreiheit und sonstigen Unabhängigkeit	1032
3.4.	Die Tarifwilligkeit	1033
3.5.	Die Anerkennung des geltenden Tarif-, Schlichtungs- und Arbeitskampfrechts	1034
3.6.	Die Leistungsfähigkeit und die Mächtigkeit	1034
4.	Das Grundrecht der Koalitionsfreiheit.	1034
4.1.	Überlagerung des Vereinsrechts für Koalitionen durch Art. 9 Abs. 3 GG	1034
4.2.	Das Verhältnis der Koalitionsfreiheit zur Vereinigungsfreiheit ...	1034
4.3.	Die positive Koalitionsfreiheit	1035
4.4.	Die negative Koalitionsfreiheit	1035
4.5.	Das kollektive Grundrecht der Koalition	1036
5.	Einzelne Rechtsverhältnisse	1036
5.1.	Der mögliche Aufnahmehzwang	1036
5.2.	Der Ausschluss aus einer Koalition	1036
5.3.	Der Austritt	1037
5.4.	Die Austrittsaufforderung	1038
5.5.	Die freie Meinungsäußerung	1038
5.6.	Die Mitgliedschaft in einem Koalitionsverein und die Tarifbindung	1038
5.7.	Die Personalvertretung	1039
5.8.	Die Werbung von Mitgliedern und die Information über die Tätigkeit des Koalitionsvereins	1040
5.9.	Haftungsfragen bei Rechtsberatung und bei Streik	1041
5.10.	Unterlassungsklage bei Störung der koalitionsmäßigen Betätigung	1042
5.11.	Prozessfragen	1042
6.	Beendigung einer Koalition	1043
a)	Zivilprozess	1042
b)	Arbeitsgerichtliches Verfahren	1042
3. Abschnitt.	Die politischen Parteien	1043
1.	Die Funktion	1043
2.	Der Begriff politische Partei	1044
2.1.	Die gesetzliche Definition	1044
2.2.	Die Partei als Verein mit ausschließlich natürlichen Personen als Mitglieder	1044
2.3.	Die erforderliche Einflussnahme auf die politische Willensbildung	1045
2.4.	Keine Anerkennung von Ausländer- und Exterritorialparteien ...	1046
2.5.	Einzelfälle	1047
2.5.1.	Territoriale Untergliederungen von Parteien fallen unter den Parteibegriff	1047
2.5.2.	Keine Parteien: Nebenorganisationen, Tarnorganisationen, Ersatzorganisationen, parteinahe Stiftungen	1047
3.	Die Rechtsquellen für die innere Ordnung der Parteien (Übersicht)	1047
4.	Die Freiheit der Gründung einer Partei, deren Bestandsschutz sowie das Demokratiegebot	1048
4.1.	Art. 21 GG als vorrangige Quelle des Parteienrechts	1048
4.2.	Die Gründungsfreiheit	1049
4.3.	Der Gründungsakt	1049
4.4.	Keine Handelndenhaftung; die Organhaftung	1049

4.5.	Prüfungsumfang des Registergerichts bei erstrebter Eintragung des Vereins	1049
4.6.	Der verfassungsrechtlich garantierte Bestandsschutz.	1049
4.7.	Das Demokratiegebot	1050
4.8.	Nach Art. 21 Abs. 1 GG zu beurteilende Sachverhalte bzw. Rechtsverhältnisse	1050
5.	Die Gliederung der Partei	1051
5.1.	Die erforderliche Satzungsregelung	1051
5.2.	Die gebotene gebietliche Gliederung	1051
5.3.	Der territorial gegliederte Parteiverband (Gebietsverband) als Rechtsgebilde zwischen dem Großverein und dem Vereinsverband.	1051
5.4.	Die Privilegierung des Gebietsverbandes der höchsten Stufe.	1052
5.5.	Die Beschränkung der Organisation auf Stadtstaaten	1052
5.6.	Die Umbildung, die Auflösung und der Austritt von Gebietsverbänden	1052
5.7.	Das Verhältnis zwischen der Gesamtpartei und den nachgeordneten Parteiverbänden	1053
5.8.	Die Gebietsverbände als nichtrechtsfähige und ausnahmsweise als rechtsfähige Vereine.	1054
6.	Die Parteisatzung	1054
6.1.	Allgemeines; Grundsatz der Satzungsgestaltungsfreiheit	1054
6.2.	Die Schriftlichkeit	1055
6.3.	Die Mindestregelungen der Parteisatzung	1055
6.4.	Der Name der Gesamtpartei und ihrer Gebietsverbände sowie der Namensschutz	1056
6.5.	Der Sitz und das Tätigkeitsgebiet der Partei	1057
6.6.	Der Zweck der Partei	1057
6.7.	Das Parteiprogramm	1057
6.8.	Die Aufnahme von Mitgliedern	1058
6.9.	Der Verlust der Parteimitgliedschaft sowie der Austritt.	1059
6.10.	Die Rechte und Pflichten der Mitglieder	1059
7.	Die Mitglieder- bzw. Vertreterversammlungen.	1060
7.1.	Die Organnotwendigkeit	1060
7.2.	Die Bildung von Mitglieder- oder Vertreterversammlungen; der Parteitag und die Hauptversammlung	1060
7.3.	Die Zusammensetzung der Vertreterversammlungen	1060
7.4.	Die Zuständigkeiten	1061
7.5.	Die Einberufungsformalitäten	1062
7.6.	Der Ablauf der Mitglieder- oder Vertreterversammlung	1062
7.7.	Die Beurkundung der Beschlüsse.	1062
7.8.	Die Urabstimmung	1063
7.9.	Parteiinterne Wahlen	1063
7.9.1.	Rechtsgrundlagen.	1063
7.9.2.	Wahlgrundsätze	1063
7.9.2.1.	Allgemeine Wahl	1063
7.9.2.2.	Unmittelbarkeit	1064
7.9.2.3.	Freie Wahl	1064
7.9.2.4.	Wahlgleichheit.	1064
7.9.2.5.	Geheime Wahl.	1064
7.9.3.	Wahlvorbereitung, Wahlvorschläge	1065
7.9.4.	Wahlsystem	1065
7.9.5.	Mehrheiten	1065

7.9.6.	Die Anfechtung von Parteiwahlen	1065
7.9.6.1.	Parteiinterne Anfechtung	1065
7.9.6.2.	Gerichtliche Anfechtung	1066
8.	Der Parteivorstand	1067
8.1.	Begriff und Funktionen	1067
8.2.	Zusammensetzung	1068
8.3.	Die Bestellung der Vorstandsmitglieder und deren Amtsdauer . . .	1068
8.3.1.	Bestellung durch Wahl	1068
8.3.2.	Bestellung kraft Satzungsermächtigung	1068
8.3.3.	Ergänzung; keine Kooptation	1068
8.3.4.	Bestellung durch Gericht	1068
8.3.5.	Bestelldauer	1069
8.3.6.	Abwahl, Amtsende	1069
8.4.	Willensbildung	1069
8.5.	Der (Gesamt-)Vorstand als Leitungsorgan	1069
8.6.	Der geschäftsführende Vorstand (Präsidium)	1070
8.7.	Die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung	1070
9.	Der allgemeine Parteiausschuss	1071
10.	Das Parteischiedsgericht	1071
10.1.	Die notwendige Bildung	1071
10.2.	Die Zuständigkeit	1072
10.3.	Die Schiedsrichterefähigkeit und die Bestellung der Schiedsrichter	1072
10.4.	Das paritätische Parteischiedsgericht	1072
10.5.	Die Unabhängigkeit der Schiedsrichter	1072
10.6.	Die notwendige Parteischiedsgerichtsordnung	1073
10.7.	Das Parteioberschiedsgericht	1073
10.8.	Parteischiedsgerichte im Regelfall keine Schiedsgerichte im Sinne der ZPO.	1073
11.	Die Ordnungsmaßnahmen der Partei und der Gebietsverbände gegen Mitglieder	1073
11.1.	Die erforderliche satzungsmäßige Verankerung	1073
11.2.	Die zulässigen Ordnungsmaßnahmen; Verfahrensgrundsätze . . .	1074
11.3.	Der Ausschluss aus der Partei	1074
11.3.1.	Satzungsregelungen	1074
11.3.2.	Satzungsverstoß	1075
11.3.3.	Verstoß gegen Parteigrundsätze	1075
11.3.4.	Verstoß gegen Parteiordnung	1075
11.3.5.	Verschulden	1076
11.3.6.	Zufügung eines schweren Schadens	1076
11.3.7.	Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit und der Gleichbehandlung; Ausschlussmessen	1077
11.3.8.	Ausschlussverfahren	1077
11.3.8.1.	Rechtsgrundlagen	1077
11.3.8.2.	Antragstellung	1078
11.3.8.3.	Anwaltsvertretung	1078
11.4.	Die Beachtung des Grundsatzes »ne bis in idem«	1079
11.5.	Die zeitliche Suspendierung von Mitgliedschaftsrechten als vorläufige Maßnahme gegen ein auszuschließendes Mitglied . . .	1080
11.6.	Automatischer Verlust der Mitgliedschaft durch Streichung aus der Mitgliederliste	1081
12.	Die Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände	1081
13.	Die Rechtsstreitigkeiten in Angelegenheiten der inneren Parteiordnung	1082

Inhaltsverzeichnis

13.1.	Der Rechtsweg	1082
13.2.	Die aktive und passive Parteifähigkeit sowie die Grundbuchfähigkeit.	1082
13.3.	Zur Befugnis von Parteimitgliedern zur gerichtlichen Anfechtung von Beschlüssen der Parteiorgane	1083
13.4.	Die staatsgerichtliche Überprüfung von Ordnungsmaßnahmen der politischen Parteien	1083
14.	Das für politische Parteien im Übrigen geltende bürgerliche Vereinsrecht	1084
15.	Publizität der Rechtsverhältnisse einer politischen Partei	1086
16.	Rechtsweg bei Streitigkeiten unter Beteiligung von Fraktionen	1086
16.1.	Rechtsstatus der Fraktionen	1086
16.2.	Rechtsweg bei Streitigkeiten unter Beteiligung von Fraktionen bzw. Fraktionsmitgliedern	1087
16.3.	Zivilgerichtliche Zuständigkeit.	1087
17.	Der Ausschluss aus Parlaments- und Ratsfraktionen	1087
17.1.	Allgemeines	1087
17.2.	Der erforderliche wichtige Grund	1087
17.3.	Verfahrensgrundsätze	1087
17.4.	Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten	1087
XV.	Die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie die religiösen Vereine	1089
1.	Begriffsbestimmungen.	1089
1.1.	Die verfassungsrechtlichen Begriffe Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sowie religiöse Vereine	1089
1.2.	Der Begriff Religionsgemeinschaft	1089
1.3.	Bestehende Religionsgemeinschaften	1089
1.4.	Erstreckung des Grundrechtsschutzes auf mit Kirchen oder Religionsgemeinschaften eng verbundenen Einrichtungen bzw. Organisationen, insbesondere auf kirchliche bzw. religiöse Vereine; zur Fähigkeit eines Vereinsverbandes (eines Dachverbandes) eine Religionsgemeinschaft zu sein	1091
1.5.	Abspaltungen als Religionsgemeinschaften.	1092
1.6.	Die Weltanschauungsgemeinschaften.	1092
2.	Das Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften im Rahmen des für alle geltenden Gesetzes	1093
2.1.	Der maßgebliche Verfassungsschutz	1093
2.2.	Das originäre Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht in inneren Angelegenheiten	1093
2.3.	Die Beachtung des für alle geltenden Gesetzes	1096
2.4.	Die Beachtung des »für alle geltenden Gesetzes« bei der Erlangung der Rechtsfähigkeit durch Eintragung in das Vereinsregister sowie die Verbindlichkeit zwingenden Vereinsrechts für alle Religionsgemeinschaften, auch wenn sie nichtrechtsfähige Vereine sind	1098
2.4.1.	Die Erlangung der Rechtsfähigkeit.	1098
2.4.2.	Die Verbindlichkeit zwingender vereinsrechtlicher BGB-Vorschriften und allgemeiner nicht kodifizierter Vereinsgrundsätze auch für die in nichtrechtsfähiger Rechtsform bestehenden Religionsgemeinschaften	1099
2.5.	Keine Aushilfe staatlicher Gerichte nach §§ 29, 37 Abs. 2 BGB	1100

3.	Rechtsstreitigkeiten vor staatlichen Gerichten unter Beteiligung einer verfassungsrechtlich privilegierten Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft oder religiösen Vereinen	1100
3.1.	Die zulässige Prüfung der verfassungsrechtlichen Privilegierung . . .	1100
3.2.	Bisherige Rechtsgrundsätze	1100
3.2.1.	Grundsätzlich keine Zuständigkeit staatlicher Gerichte in den eigenen Angelegenheiten der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	1100
3.2.2.	Zuständigkeit staatlicher Gerichte bei der erforderlichen Beurteilung von Rechtsfragen nach staatlichem Recht	1102
3.2.3.	Die Beachtung des innerreligionsgemeinschaftlichen Rechts durch das staatliche Gericht	1103
3.3.	Neuere Rechtsentwicklung.	1104
3.3.1.	Die bisher freiwillige Inanspruchnahme der staatlichen Gerichtsbarkeit durch die Religionsgemeinschaften	1104
3.3.2.	Nunmehr: Eingeschränkte Zuständigkeit staatlicher Gerichte . . .	1104
4.	Grundzüge des kirchlichen Vereinigungsrechts	1105
4.1.	Das Vereinigungsrecht der katholischen Kirche	1105
4.1.1.	Die kirchliche Vereinigungsfreiheit und die kirchlichen Vereinigungsformen	1105
4.1.2.	Die für alle Vereine geltenden Vorschriften des CIC/1983	1106
4.1.2.1.	Vereinsgründung	1106
4.1.2.2.	Die kirchenamtliche Überprüfung der Statuten als Voraussetzung der Anerkennung als nichtrechtsfähige Vereinigung	1107
4.1.2.3.	Die Mitgliedschaft	1107
4.1.2.4.	Das Selbstbestimmungsrecht	1108
4.1.2.5.	Aufsicht	1108
4.1.3.	Die nichtrechtsfähigen privaten Vereinigungen	1108
4.1.3.1.	Entstehung	1108
4.1.3.2.	Rechtsnatur	1108
4.1.3.3.	Satzungsautonomie	1108
4.1.3.4.	Aufsicht und Leitungsgewalt	1108
4.1.3.5.	Auflösung und Vermögensverwendung	1109
4.1.4.	Die rechtsfähigen privaten Vereinigungen	1109
4.1.4.1.	Die Erlangung der Rechtsfähigkeit.	1109
4.1.4.2.	Aufsicht	1109
4.1.4.3.	Grundsätzlich keine Auswirkung der kirchlichen Rechtsfähigkeit im staatlichen Bereich	1109
4.1.5.	Die öffentlichen Vereinigungen	1110
4.1.5.1.	Die amtliche Errichtung	1110
4.1.5.2.	Vereinigungszwecke (can. 301 § 1).	1110
4.1.5.3.	Kirchengutseigenschaft des Vermögens öffentlicher Vereinigungen	1110
4.1.5.4.	Die besondere Unterstellung unter die kirchliche Hierarchie . . .	1110
4.2.	Hinweise zum Vereinigungsrecht der Evangelischen Kirche	1110
XVI.	Die altrechtlichen Vereine	1112
1.	Begriff und kurzer historischer Rückblick	1112
2.	Die Rechtsfähigkeit und die Parteifähigkeit	1112
2.1.	Das grundsätzlich maßgebende Landesrecht	1112
2.2.	Rechtsfähigkeit nach gemeinrechtlicher Auffassung	1113
2.3.	Rechtsfähigkeit auf Grund staatlichen Privilegiums	1113
2.4.	Rechtsfähigkeit auf Grund staatlicher Vorschriften.	1113

Inhaltsverzeichnis

2.5.	Die Parteifähigkeit	1114
2.6.	Altrechtliche Vereine mit Rechtsfähigkeit aus zwei Rechtsquellen.	1114
2.7.	Die Bereinigung der zweifelhaften Rechtsfähigkeit älterer Vereine durch das Landesrecht	1114
3.	Der Vorbehalt des Art. 82 EGBGB hinsichtlich der Verfassung altrechtlicher Vereine.	1115
4.	Die Verfassung altrechtlicher Vereine i. S. d. Art. 163 AGBGB	1117
5.	Die Genehmigung von Satzungsänderungen privilegierter altrechtlicher Vereine	1117
5.1.	Der Verlust durch Gesetz in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz	1117
5.2.	Die Entziehung der Rechtsfähigkeit nach § 43 BGB	1118
6.	Die Rechtsbereinigung in Bayern	1118
6.1.	Die anerkannten Vereine	1118
6.2.	Sonstige nichtwirtschaftliche privatrechtliche Vereinigungen	1118
7.	Die nichtrechtsfähigen Vereine	1118
XVII.	Das Vereinsrecht in den neuen Bundesländern	1120
1.	Die Rechtslage in der früheren DDR bis zum 20.2.1990.	1120
2.	Das Gesetz über Vereinigungen vom 21.2.1990	1121
3.	Der Verlust der Rechtsfähigkeit wegen unterlassenen Antrags auf Registrierung.	1121
4.	Der Bestandsschutz bei der Überführung der DDR-Vereine in das Recht der Bundesrepublik Deutschland.	1121
5.	Die Überleitung der Organhaftung	1122
B.	Das öffentliche Vereinsrecht.	1123
I.	Die allgemeine Vereinigungsfreiheit	1123
1.	Der Vereinsbegriff im Sinne des Art. 9 GG und des Vereinsgesetzes.	1123
1.1.	Die Definitionen des Gesetzgebers und des Bundesgerichtshofs ...	1123
1.2.	Der Geltungsbereich des öffentlich-rechtlichen Vereinsbegriffs und sein Verhältnis zu dem des bürgerlichen Rechts.	1123
1.3.	Die Unmaßgeblichkeit der Rechtsform der Vereinigung.	1124
1.4.	Die Vereinigung einer Mehrheit natürlicher oder juristischer Personen	1124
1.5.	Der für längere Zeit beabsichtigte freiwillige Personenzusammenschluss	1124
1.6.	Die Unterwerfung unter eine organisierte Willensbildung zur Erreichung eines gemeinsamen Zwecks	1125
2.	Die vom Vereinsbegriff ausgenommenen politischen Parteien und Fraktionen; Verbot von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften.	1125
2.1.	Die vom Vereinsverbot ausgenommenen politischen Parteien und Parlamentsfraktionen.	1125
2.2.	Zum Verbot von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften	1127
3.	Die allgemeine und die besondere Vereinigungsfreiheit	1127
4.	Das Grundrecht der Vereinigungsfreiheit.	1128
4.1.	Grundrechtsnorm	1128
4.2.	Die Beschränkung des Grundrechts auf Deutsche und Unionsbürger	1128
4.3.	Der wesentliche verfassungsrechtliche Schutz für den Verein	1129
4.4.	Gesetzliche Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit.	1129

4.5.	Unzulässige Beeinträchtigung der Vereinstätigkeit	1130
4.6.	Kein Schutz des Vereins nach Art. 9 Abs. 1 GG bei Jedermann-Tätigkeit	1130
II.	Die ein Vereinsverbot rechtfertigenden Tatbestände	1131
1.	Die Beschränkung der Vereinigungsfreiheit durch Art. 9 Abs. 2 GG	1131
2.	Zum Betätigungsverbot an Stelle eines Vereinsverbots: Verhältnismäßigkeit auf Rechtsfolgenreise?	1131
3.	Das Verbot von Vereinigungen, deren Zwecke oder Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen	1132
3.1.	Die Zurechnung	1132
3.2.	Der Verstoß gegen Strafgesetze	1134
4.	Das Verbot von Vereinen, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten	1134
4.1.	Die geschützte verfassungsmäßige Ordnung	1134
4.2.	Die aggressive Bekämpfung der verfassungsmäßigen Ordnung.	1134
5.	Das Verbot von Vereinen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten	1135
5.1.	Der Verbotstatbestand	1135
5.2.	Die Zielverwirklichung bzw. subjektive Seite des Verbotstatbestands	1136
III.	Das Verbotsverfahren	1138
1.	Die Behördenzuständigkeit	1138
1.1.	Die Verbotsbehörden	1138
1.2.	Die Verbotsbehörden als Ermittlungsbehörden und die zur Hilfe verpflichteten Behörden	1138
2.	Die Einleitung und die Durchführung des Ermittlungsverfahrens.	1139
2.1.	Die behördeninternen Ermittlungen	1139
2.2.	Das förmliche Ermittlungsverfahren	1139
2.3.	Die Einschaltung des Verwaltungsgerichts zur Durchführung richterlicher Ermittlungshandlungen – Zeugenvernehmung, Anordnung der Beschlagnahme oder Durchsuchung.	1140
3.	Die Einstellung des Ermittlungsverfahrens	1142
4.	Die Verbotsverfügung	1142
4.1.	Zum Erfordernis einer vorherigen Anhörung.	1142
4.2.	Die Verbotsverfügung gegen Vereine ohne Untergliederungen und ohne Neben- oder Hilfsorganisationen	1142
4.3.	Das Verbot von Vereinen mit Teilorganisationen sowie von Vereinen mit Neben- oder Hilfsorganisationen	1143
4.4.	Die Rechtsbehelfsbelehrung und die Bekanntmachung der Verbotsverfügung	1145
5.	Die Wirksamkeit, Vollziehbarkeit und Unanfechtbarkeit der Verbotsverfügung und die Wirkungen im zivil- und strafrechtlichen Bereich.	1145
5.1.	Die Wirksamkeit	1145
5.2.	Die Vollziehbarkeit.	1146
5.3.	Die Unanfechtbarkeit (Bestandskraft) des Vereinsverbots.	1146
6.	Die Anfechtungsklage gegen das Vereinsverbot	1147
6.1.	Die Klageberechtigten	1147
6.2.	Die Klagfrist	1147
6.3.	Die Gerichtszuständigkeit	1148
6.4.	Zusammentreffen von Klagen in Vereinssachen; Aussetzung und Benachrichtigung	1148

6.5.	Die Aussetzung der Vollziehung des Vereinsverbots; der Erfolg der Klage	1149
7.	Das Kennzeichenverbot	1149
8.	Das Verbot der Bildung von Ersatzorganisationen	1151
8.1.	Der Begriff Ersatzorganisation	1151
8.2.	Das Verbot der Fortsetzung bestehender Organisationen als Ersatzorganisation	1152
8.3.	Das Feststellungsverfahren	1152
8.3.1.	Das vereinfachte Ermittlungsverfahren	1152
8.3.2.	Die Feststellungsverfügung bei Ersatzorganisationen von verbotenen Vereinen	1153
8.3.3.	Die Feststellungsverfügung bei Ersatzorganisationen von verbotenen politischen Parteien	1153
8.4.	Keine aufschiebende Wirkung einer Anfechtungsklage	1153
8.5.	Vorläufige Maßnahmen gegen Ersatzorganisationen	1153
8.6.	Die Strafbarkeit	1154
8.7.	Ermittlungsbefugnisse der Verbotsbehörde nach § 4 VereinsG auch nach der Verfügung eines Vereinsverbots	1154
IV.	Der Vollzug des Vereinsverbots	1155
1.	Die Behördenzuständigkeit beim Vollzug	1155
1.1.	Die Zuständigkeit der Verbotsbehörde	1155
1.2.	Die Zuständigkeit der Vollzugsbehörde	1155
2.	Die Register- und Grundbucheintragungen	1156
2.1.	Die Eintragungen in öffentlichen Registern	1156
2.2.	Die Eintragungen im Grundbuch (Schiffs-, Schiffsbauregister)	1156
3.	Die Vermögensbeschlagnahme	1157
3.1.	Der Umfang der Beschlagnahme	1157
3.2.	Das durch die Beschlagnahme eingetretene Veräußerungsverbot.	1157
3.3.	Der Gutgläubenschutz	1157
3.4.	Die Auskunfts- und Versicherungspflicht des Vorstands	1157
3.5.	Die Sicherstellung von im Vereinsgewahrsam befindlichen Sachen sowie von Sachen des Vereinsvermögens im Gewahrsam Dritter; die Aufhebung der Sicherstellung	1158
3.6.	Die Beschlagnahme von Forderungen und anderen Vermögensrechten	1159
3.7.	Die Verwaltung des beschlagnahmten Vermögens	1159
3.8.	Das Ende der Beschlagnahme	1160
4.	Die grundsätzlich durchzuführende Einziehung des Vermögens des Vereins	1160
4.1.	Das Absehen von der Vermögenseinziehung	1160
4.2.	Die Durchführung des Einziehungsverfahrens	1161
4.3.	Die Mitteilung des Rechtsübergangs sowie die Grundbucheintragungen	1162
5.	Die mögliche Einziehung von Gegenständen Dritter	1162
5.1.	Der Zweck der Regelung in § 12 VereinsG	1162
5.2.	Die Prüfung der Forderungen der Vereinsgläubiger	1163
5.3.	Die einziehbaren »Kollaborationsforderungen«	1163
5.4.	Die einziehbaren Umgehungsforderungen	1164
5.5.	Der Gutgläubenschutz	1164
5.6.	Die Einziehung von Sachen Dritter	1164
5.7.	Die Behandlung beschränkt-dinglicher Rechte und anderer Rechte Dritter an den eingezogenen Gegenständen	1164

5.8.	Die Einziehung wegen relativer Unwirksamkeit von Umgehungsgeschäften des Vereins	1165
5.9.	Die besondere Einziehungsverfügung; der Rechtsübergang auf den Einziehungsbegünstigten	1166
6.	Die endgültige Abwicklung der Vermögensverhältnisse des nunmehr nicht mehr bestehenden Vereins	1166
6.1.	Übersicht	1166
6.2.	Die Anmeldung der Forderungen	1166
6.3.	Die Feststellung der Aktiva und Passiva	1167
6.4.	Die vorzeitige Befriedigung von Forderungen	1167
6.5.	Die Gläubigerbefriedigung sowie die Verwendung des Überschusses	1167
6.6.	Das Insolvenzverfahren über die besondere Vermögensmasse	1167
6.7.	Der Ausgleich unbilliger Härten	1168
6.8.	Das Erlöschen des Vereins; beim eingetragenen Verein Schließung des Registerblattes	1168
7.	Die verwaltungsgerichtliche Anfechtung von Maßnahmen des Verbotsvollzugs	1168
7.1.	Die anfechtbaren Vollzugsmaßnahmen	1168
7.2.	Das Widerspruchsverfahren	1169
7.3.	Die Anfechtungsklage	1169
7.4.	Die Aussetzung des Verfahrens durch das Verwaltungsgericht.	1169
V.	Das Verbot von Koalitionen	1170
1.	Das ILO-Übereinkommen Nr. 87.	1170
2.	Das Verbotsverfahren.	1170
2.1.	Die Bestätigung des Verbots oder der Verfügung nach § 8 Abs. 2 Satz 1 VereinsG durch ein Obergericht bzw. durch das Bundesverwaltungsgericht	1170
2.2.	Die Versagung der Bestätigung.	1171
2.3.	Einstweilige Anordnungen.	1171
VI.	Die besonderen Vorschriften für Ausländervereine und für ausländische Vereine	1172
1.	Keine Geltung des Art. 9 Abs. 1 GG	1172
2.	Die Begriffe »Ausländerverein« und »ausländischer Verein«	1172
3.	Die Anmelde- und Auskunftspflichten	1173
3.1.	Ausländervereine	1173
3.2.	Ausländische Vereine	1174
3.3.	Die Mitteilungen an das Bundesverwaltungsamt sowie die Ahndung von Zuwiderhandlungen	1174
4.	Das Verbot eines Ausländervereins.	1174
4.1.	Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)	1174
4.2.	Die allgemeinen und die erweiterten Verbotsgründe	1175
4.3.	Das Verbotsverfahren.	1177
4.4.	Die Betätigungsverbote für Mitglieder und Ausländervereine.	1177
4.5.	Verbot der Bildung von Ersatzorganisationen eines verbotenen Ausländervereins	1178
5.	Das Organisations- und Betätigungsverbot gegen einen ausländischen Verein	1178
5.1.	Das Organisationsverbot gegen einen ausländischen Verein	1178
5.1.1.	Das Organisationsverbot entsprechend § 14 VereinsG	1178
5.1.2.	Das Betätigungsverbot gegen einen ausländischen Verein und das Organisationsverbot gegen dessen inländische Teilorganisation	1178

5.2.	Das Verbot ausländischer Vereine, deren Mitglieder und Leiter sämtlich oder überwiegend Deutsche oder ausländische Unionsbürger sind	1179
5.3.	Verbot von Wirtschaftsvereinigungen	1179
6.	Die Berichtspflichten der Ausländerbehörden	1180
7.	Der räumliche Geltungsbereich von Vereinsverboten	1180
VII.	Die Grundrechtsfähigkeit von Vereinen sowie deren Befugnis zur Verfassungsbeschwerde.	1182
1.	Der rechtsfähige Verein	1182
2.	Der nichtrechtsfähige Verein	1183
3.	Zur Parteifähigkeit nach der Vereinsauflösung	1183
4.	Die Beschwerdebefugnis	1183
I.	Der rechtsfähige Verein im internationalen Privatrecht.	1185
1.	Das Personalstatut	1185
2.	Das Verbandsstatut nach dem Recht des Gründungsstaates oder nach dem des Sitzstaates	1185
2.1.	Deutscher Ausgangspunkt (»Sitztheorie«): Maßgeblichkeit des Rechts des Sitzstaates	1186
2.2.	Der effektive Verwaltungssitz	1186
2.3.	Gründungstheorie: Maßgeblichkeit des Rechts des Gründungsstaates	1186
2.4.	Status quo: Sitztheorie zurechtgestutzt durch EuGH	1186
3.	Der inhaltliche Geltungsbereich des Verbandsstatuts	1187
3.1.	Der Verbandsstatut regelt für den Verein sämtliche vereinsrechtliche Fragen, vom Beginn des Vereins bis zu dessen Ende:	1187
3.1.	Nicht- oder Nichtalleinverbindlichkeit des Verbandsstatuts	1187
3.2.1.	Verbandsstatut und Insolvenzstatut	1187
3.2.2.	Maßgeblichkeit des Vollmachtstatuts	1188
3.2.3.	Statut bei unerlaubter Handlung (Deliktstatut)	1188
4.	Der Verein im Internationalen Umwandlungsrecht	1188
5.	Registerrecht	1189
5.1.	Eintragung der Verlegung des Sitzes eines (deutschen) Vereins in das Ausland	1189
5.2.	Eintragung eines im Ausland gegründeten ausländischen Vereins in das deutsche Vereinsregister	1189
II.	Der nichtrechtsfähige Verein im internationalen Privatrecht	1189
III.	Die Geltung des Rechts von deutschen Spitzenverbänden übergeordneten Fachverbänden im innerdeutschen Rechtsbereich; internationales Sportverbandsrecht, insbesondere bei Doping.	1189
1.	Vorbemerkung.	1189
2.	Die Verbindlichkeit des Regelwerkes sog. internationaler Verbände für die Einzelmitglieder ihrer korporativen Mitglieder; Verbindlichkeit des World-Anti-Doping-Codes	1191
3.	Verpflichtung zum Abschluss einer Schiedsvereinbarung zu Entscheidungen von Streitigkeiten zwischen dem Sportspitzenverband und dem Athleten vor allem in Doping, aber auch in sonstigen Streitigkeiten, auch zwischen Verbänden	1192
4.	Zur Verbindlichkeit ausländischer Schiedsgerichtsentscheidungen.	1192

D.	Die Besteuerung von Vereinen und Verbänden	1195
I.	Steuerbefreiungen und steuerliche Ermäßigungen	1195
II.	Körperschaften	1196
1.	Der Verein	1196
2.	Gemeinnützigkeit von Körperschaften	1197
3.	Besonderheiten	1197
3.1.	Funktionale Untergliederungen	1197
3.2.	Regionale Untergliederungen	1198
III.	Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit	1198
1.	Gemeinnützige Zwecke i. S. d. § 52 AO	1198
1.1.	Wissenschaft und Forschung (§ 52 Abs. 2 Nr. 1)	1199
1.2.	Erziehung, Volks- und Berufsbildung einschließlich der Studentenhilfe (Nr. 7)	1199
1.3.	Kunst und Kultur (kulturelle Zwecke, Nr. 5)	1199
1.4.	Religion (Nr. 2)	1200
1.5.	Internationale Gesinnung, Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens (Nr. 13)	1201
1.6.	Entwicklungszusammenarbeit (Nr. 15)	1201
1.7.	Naturschutz und Landschaftspflege im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes und der Naturschutzgesetze der Länder, Umweltschutz, Küstenschutz und Hochwasserschutz (Nr. 8)	1202
1.8.	Heimatspflege und Heimatkunde (Nr. 22)	1202
1.9.	Jugend- und Altenhilfe (Nr. 4)	1202
1.10.	Öffentliches Gesundheitswesen und öffentliche Gesundheitspflege, insbesondere die Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten, auch durch Krankenhäuser im Sinne des § 67 der Abgabenordnung und von Tierseuchen (Nr. 3)	1203
1.11.	Wohlfahrtswesen, insbesondere Zwecke der amtlich anerkannten Verbände der freien Wohlfahrtspflege (§ 23 der Umsatzsteuer- Durchführungsverordnung), ihrer Unterverbände und ihrer angeschlossenen Einrichtungen und Anstalten (Nr. 9)	1204
1.12.	Sport (Schach gilt als Sport, Nr. 21)	1204
1.13.	Förderung des demokratischen Staatswesens im Geltungsbereich dieses Gesetzes; hierzu gehören nicht Bestrebungen, die nur bestimmte Einzelinteressen staatsbürgerlicher Art verfolgen oder die auf dem kommunalpolitischen Bereich beschränkt sind (Nr. 24),	1206
1.14.	Tier- und Pflanzenzucht, Kleingärtnerei, traditionelles Brauchtum einschließlich des Karnevals, der Fastnacht und des Faschings, der Soldaten- und Reservistenbetreuung, des Amateurfunkens, des Modellfluges und des Hundesports (Nr. 23)	1207
1.15.	Kriminalprävention (Nr. 20)	1209
1.16.	Sonstige förderungswürdige Zwecke	1209
1.17.	Ausschluss extremistischer Vereinigungen von der Anerkennung der Gemeinnützigkeit, § 51 Abs. 3 AO	1210
2.	Mildtätige Zwecke	1210
3.	Kirchliche Zwecke (§ 64 AO)	1213
4.	Die allgemeinen Merkmale der Gemeinnützigkeit im Einzelnen	1213
4.1.	Förderung der Allgemeinheit	1213
4.1.1.	Aufnahmegebühren, Mitgliedsbeiträge, Umlagen	1214
4.1.2.	Investitionsumlagen	1215

4.1.3.	Durchschnittsberechnung	1215
4.1.4.	Spenden	1216
4.1.5	Förderung der Allgemeinheit durch Verwirklichung der steuerbegünstigten Zwecke im Ausland	1218
4.2.	Selbstlosigkeit (§ 55 AO)	1219
4.2.1.	Begriff	1219
4.2.2.	Eigenwirtschaftliche Zwecke	1219
4.2.3.	Ausschließliche Mittelverwendung für satzungsgemäße Zwecke	1220
4.2.4.	Gewährung von Darlehen	1222
4.2.5.	Verluste im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb oder im Bereich der Vermögensverwaltung	1223
4.2.6.	Keine Rückzahlung von Vereinsvermögen bei Ausscheiden aus dem Verein oder bei Vereinsauflösung	1225
4.2.7.	Unverhältnismäßig hohe Vergütungen	1225
4.2.8.	Verwendung von Mitteln für die Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft	1226
4.2.9.	Vermögensbindung	1227
4.3.	Ausschließlichkeit (§ 56 AO)	1227
4.4.	Unmittelbarkeit (§ 57 AO)	1228
4.4.1.	Einschaltung von Hilfspersonen	1229
4.4.2.	Mittelbeschaffungsvereine	1229
4.4.3.	Weiterleitung von Mitteln	1231
4.4.4.	Überlassung von Arbeitskräften	1231
4.4.5.	Überlassung von Räumen	1231
4.4.6.	Gesellige Veranstaltungen	1231
5.	Bildung von Rücklagen	1232
5.1.	Freie Rücklagen	1232
5.2.	Gebundene Rücklagen	1233
6.	Anforderung an die Satzung (§§ 59–61 AO)	1234
7.	Mustersatzung für einen gemeinnützigen Verein	1236
IV.	Die Tätigkeitsbereiche einer gemeinnützigen Körperschaft	1240
1.	Ideeller Bereich	1240
1.1.	Einnahmen im ideellen Bereich	1240
1.2.	Ausgaben im ideellen Bereich	1240
1.3.	Gemischte Aufwendungen	1241
2.	Vermögensverwaltung	1241
3.	Der steuerbegünstigte Zweckbetrieb	1243
4.	Steuerpflichtiger wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	1251
5.	Gewinnermittlung beim steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb	1255
6.	Berücksichtigung von Verlusten	1258
7.	Sonderfälle	1260
7.1.	Bandenwerbung	1260
7.2.	Werbung auf Fahrzeugen	1261
7.3.	Benefiz- und Wohltätigkeitsveranstaltungen	1262
8.	Altmaterialsammlung	1264
9.	Kommerzielle Werbung und Sponsoring	1264
10.	Verfahren, wenn mehrere Vereine gemeinsam einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb unterhalten	1266
11.	Veranlagung bei Vereinsgründungen	1266
V.	Spenden	1267
1.	Mäzenatentum und Spendenabzug, Fundraising	1267
2.	Zuwendungsbegriff, Spenden und Mitgliedsbeiträge	1267

2.1.	Freiwilligkeit	1268
2.2.	Unentgeltlichkeit	1269
3.	Spendenempfänger und begünstigte Zwecke	1270
4.	Gegenstand der Spende	1272
4.1.	Geldzuwendungen	1272
4.2.	Sachzuwendungen	1272
4.3.	Bewertung von Spenden	1272
4.4.	Sachspenden aus Privatvermögen	1272
4.5.	Sachspenden aus dem Betriebsvermögen	1273
4.6.	Aufwandsspenden, Verzicht auf Erstattungsansprüche	1274
4.7.	Verwendung der Spenden	1274
4.8.	Zuwendungsbestätigung	1275
4.10.	Höhe des Spendenabzugs	1276
4.11.	Großspendenregelung	1276
4.12.	Spendenabzugsverfahren	1276
4.13.	Spendenabzug bei Personengesellschaften	1277
5.	Haftung und Vertrauensschutz	1277
6.	Gewerbsteuer und Spenden	1279
VI.	Andere Steuern	1280
1.	Umsatzsteuer	1280
1.1.	Allgemeines	1280
1.2.	Der Verein als Unternehmer	1280
1.3.	Steuerbefreiungen	1282
1.4.	Steuersätze	1284
1.5.	Berechnung der Umsatzsteuer	1285
1.6.	Vorsteuer	1286
1.7.	Durchschnittssatz für abziehbare Vorsteuern	1286
1.8.	Kleinunternehmerbesteuerung	1287
1.9.	Regelbesteuerung	1287
1.10.	Umsatzsteuererklärung	1287
1.11.	Aufzeichnungen	1288
2.	Gewerbsteuer	1288
3.	Kapitalertragsteuer	1289
4.	Grundsteuer und Grunderwerbsteuer	1289
5.	Erbschaft- und Schenkungsteuer	1290
6.	Kraftfahrzeugsteuer	1290
7.	Lotteriesteuer	1290
8.	Steuerabzug für ausländische Künstler und Sportler	1291
9.	Steuerabzug bei Bauleistungen	1291
E.	Lohnsteuerrecht im Verein	1293
I.	Allgemeines	1293
1.	Einführung	1293
1.1.	Arbeitsrechtliche Grundsätze	1293
1.2.	Lohnsteuer- und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der Zuschläge	1294
II.	Einführung in die Systematik	1294
1.	Arbeitsrechtliche Bestimmungen	1294
1.1.	Schutzbestimmung nach dem Arbeitszeitgesetz	1294
1.2.	Sonn- und Feiertagsarbeit	1294
1.3.	Nacharbeit	1295
2.	Voraussetzungen des § 3b EStG	1295

Inhaltsverzeichnis

III.	Erläuterung des Begriffes »Zuschläge«	1295
1.	Das geltende Zuschlagsprinzip	1295
2.	Zuschläge nur für tatsächlich geleistete Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeit	1296
3.	Pauschal gezahlte Lohnzuschläge	1296
4.	Aufzeichnungspflicht	1296
IV.	Definition des Begriffes »Grundlohn« in § 3 b EStG	1297
1.	Grundlohn	1297
2.	Daher zählen zum Grundlohn:	1298
3.	Nicht zum Grundlohn zählen:	1298
V.	Ermittlung des Grundlohnes und die Umrechnung in einen Stundenlohn	1299
1.	Ermittlung des Grundlohnes	1299
2.	Umrechnung des Grundlohnes/Grundgehaltes in einen Stundenlohn	1299
3.	Berechnungsbeispiele (H 3 b »Grundlohn« LStR entnommen)	1299
VI.	Zusammentreffen von Mehrarbeitszuschlägen und zu gewährenden Zuschlägen nach § 3b EStG	1301
VII.	Pauschale Abschlagszahlungen (R 3 b Abs. 7 LStR)	1301
VIII.	Der jeweilige Umfang der Steuerfreiheit	1302
1.	Nachtarbeit	1302
2.	Sonntagsarbeit	1302
3.	Feiertagsarbeit	1302
IX.	Möglichkeiten der Lohnsteueroptimierung	1303
1.	Steuerfreie Arbeitgeberleistungen nach §§ 3, 3 b EStG Arbeitgeberzuschüsse zur Kranken- und Pflegeversicherung bei Gesellschaftergeschäftsführern	1303
2.	Steuerfreiheit von Zuschlägen für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit bei Geschäftsführern einer GmbH und Regelarbeitszeit	1303
3.	Reisekostenpauschalen und Verpflegungsmehraufwendungen	1303
5.	Entfernungspauschalen	1304
X.	Steuerliche Gegebenheiten bei Berufssportlern	1305
1.	Art der Einkünfte	1305
2.	Werbeeinnahmen des Sportlers	1305
2.1.	Auffassung der Finanzverwaltung	1305
2.2.	Sonstige Zahlungen an Berufssportler	1306
2.4.	Steuerliche Gegebenheiten bei der Beschäftigung von ausländischen Sportlern	1306
2.4.1.	Beschränkte und unbeschränkte Steuerpflicht	1306
2.4.2.	Behandlung von Einkünften aus nicht selbstständiger Tätigkeit eines ausländischen Sportlers	1306
2.4.3.	Behandlung von Einkünften aus selbstständiger Tätigkeit eines Sportlers/Künstlers	1306
2.4.4.	Steuerfreie Einnahmen	1307
2.4.5.	Vornahme des Steuerabzuges und Haftung	1308
2.4.6.	Doppelbesteuerungsabkommen	1308
XI.	Steuerliche Gegebenheiten bei Amateursportlern	1309
XII.	Steuerliche Gegebenheiten bei Trainern	1310
XIII.	Steuerliche Gegebenheiten bei Preisgeldern	1311

XIV.	Steuerliche Gegebenheiten bei Sportbekleidung und Ausrüstung (Berufskleidung)	1311
1.	Typische Berufskleidung	1311
2.	Freizeitbekleidung oder Bekleidung mit Sponsorenaufdruck zum Tragen nach den Veranstaltungen oder beim Training.	1312
XV.	Steuerliche Gegebenheiten bei der Nutzung vom Verein zur Verfügung gestellter Personenwagen	1312
1.	Allgemeines	1312
2.	1 %-Regel	1312
2.1.	Listenpreis	1312
2.2.	Privatfahrten	1312
2.3.	Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte	1313
2.4.	Die (maßgebende) Entfernung	1313
2.5.	Werbungskosten	1313
2.6.	Begrenzung der pauschalen Nutzungswertbesteuerung	1313
2.7.	Durch Arbeitnehmer gezahltes Nutzungsentgelt	1313
3.	Individueller Nutzungswert	1313
3.1.	Fahrtenbuch	1314
4.	Zahlung eines Nutzungsentgeltes	1314
5.	Wechsel zwischen 1 %-Methode und individueller Versteuerung	1314
XVI.	Aushilftätigkeit/Minijobs, steuerrechtliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung	1314
F.	Typische Hinterziehungshandlungen bei Sportvereinen	1317
1.	Manipulation der Einnahmen aus dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb	1317
2.	Manipulation der Einnahmen aus dem Verkauf von Eintrittskarten bei (Sport-)Veranstaltungen	1317
3.	Erlöse aus dem Verkauf von Spielern	1318
4.	Werbeeinnahmen	1318
5.	Manipulationen im Lohnsteuerbereich	1318
5.1.	Pauschalzahlungen an Spieler	1318
5.2.	Zahlungen an Trainer und Übungsleiter	1319
5.3.	Steuerstrafrechtliche Auswirkungen	1319
5.3.1.	So genannte »Schwarzgeldabreden«	1320
5.3.2.	Scheingeschäfte	1321
5.3.3.	Außenprüfung	1321
5.3.4.	Haftungsinanspruchnahme	1322
5.3.5.	Reaktionsmöglichkeiten in der Praxis	1322
6.	Manipulation bei Spenden	1323
6.1.	Erstellung von Spendenquittungen für die Bezahlung von Trainerstunden	1323
6.2.	Spenden zum Eintritt in den Sportverein	1324
6.3.	Auslandssachverhalte	1325
6.4.	Steuerstrafrechtliche Auswirkungen	1325
7.	Fazit	1325